

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Belagerungslohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Befreiung vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4598. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 18898. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4598

Inseratspreis: Die 7 gespaltene Kolonelle ober deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Kellame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Akademie für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Regierung über Deutschlands Zahlungsfähigkeit.

In der Denkschrift der deutschen Regierung über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands wird dargelegt, daß das deutsche Volkvermögen vor dem Kriege von vielen Seiten überschätzt worden ist. Auf Grund der Veranlagung zum Wehrbeitrag wird man es für die Zeit vor dem Kriege auf etwa 220 Milliarden Mark Gold beziffern dürfen. Dieses Vermögen ist durch den Verlust der Kolonien, der Unternehmungen im Auslande, der Abtretungen usw., durch die Wirkungen von Krieg und Kriegsfolge sehr stark vermindert worden.

Auf diesem verminderten Vermögen ist die Wiedergutmachung zu leisten. Da Deutschland seiner Schiffe und seiner Auslandsgehöfen verlustig gegangen ist, kann die Zahlung im wesentlichen nur durch die Ausfuhr von Waren beglichen werden. Ist die deutsche Volkswirtschaft imstande, die mit der Wiedergutmachung verbundenen Lasten zu tragen?

Die Bevölkerung ist an Zahl und Leistungsfähigkeit zurückgegangen. An Stelle der früheren Arbeitsfreudigkeit ist Unruhe und Arbeitsmühsal in viele Kreise getreten.

Die Denkschrift schildert den Zustand der verschiedenen Zweige der deutschen Volkswirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft hat einen großen Teil ihrer Leistungsfähigkeit verloren. Die deutsche Industrie hat eine dreifache Aufgabe zu lösen. Sie muß der industriellen Bevölkerung, die nicht auswandern kann, Arbeitsgelegenheit geben. Sie muß nach Wegfall der aus Schifffahrt und Kapitalanlagen im Auslande stammenden Einkünfte die Befähigung der deutschen Einfuhr ermöglichen; sie muß überdies die Ware für die Wiedergutmachung liefern. Auch die deutsche Industrie hat aber eine ihrer Grundlagen, Eisen, fast zu 1/2 verloren. Die deutsche Kohlenproduktion ist 1919 auf 108 Millionen Tonnen oder 57 Prozent der Förderung von 1913 gesunken. Durch den Verlust von Oberfeldern würde Deutschland mindestens die Verfühlung über weitere 18 Millionen Tonnen im Jahr verlieren. Die Wirkung jeder möglichen Steigerung der Förderung würde dadurch aufgehoben. Abgesehen von wenigen begünstigten Industrien, wie etwa der chemischen Industrie, wird die deutsche Industrie mehr und mehr zu einer Verbrauchsindustrie. Diese Verbrauchsindustrie muß ihre Rohstoffe durch die Ausfuhr von Fertigfabrikaten bezahlen. Nur wenn die Industrie mit voller Kraft arbeiten kann, wird sie das können und dabei genügend Ware für den inneren Markt zur Verfügung haben.

Das deutsche Verkehrsleben ist zerrüttet.

Dem deutschen Handel ist durch den Krieg und seine Folgen ein gutes Teil seiner Kapitalkraft genommen.

Hat man daher, wie eingangs erwähnt, das Volkvermögen vor dem Kriege mit 220 Milliarden angenommen, so wird man heute nach den Verringerungen im Osten und Westen, nach Verlust der gesamten Handelsflotte, nach Wüsten der ausländischen Wertpapiere, nach Verbrauch aller Warenvorräte und nach jahrelanger Abnutzung aller Produktionsmittel höchstens von 100 Milliarden reden können. Davon sind noch Auslandsschulden abzuziehen, die 8-10 Milliarden erreichen dürften.

Den verminderten produktiven Kräften steht allein aus dem Warenverkehre eine Verschuldung von etwa 50 Milliarden Mark gegenüber. Diese Waren sind teils auf Kredite gekauft, teils mit Banknoten bezahlt worden, von denen etwa 20 Milliarden Mark im Ausland sein dürften. Für die nächste Zeit wird man mit einer deutschen Ausfuhr von vielleicht 35-40 Milliarden Mark Papier rechnen können. Sie steht eine Einfuhr von vielleicht 80 Milliarden Mark an Lebensmitteln und Rohstoffen gegenüber. Die deutsche

Handelsbilanz ist also passiv. Sie kann nur aktiv werden, wenn die deutsche Industrie in so großem Umfang zu arbeiten vermag, daß sie zur Deckung des inneren Bedarfs ausreicht und die gesamte Einfuhr bezahlen kann. Sie kann erst wieder aktiv werden, wenn Deutschland sich völlig erholt hat.

Im Gegensatz dazu steht die Erfüllung des Friedensvertrages eine aktive Handelsbilanz voraus. Alle Leistungen der deutschen Volkswirtschaft an andere Volkswirtschaften müssen schließlich aus dem Haushalt des Reichs bezahlt werden, dem der Steuerzahler die nötigen Mittel zur Verfügung stellen muß. Gelingt es nicht, so muß eine wilde Kreditwirtschaft mit zunehmender Inflation eintreten.

Die Gesundung der deutschen Volkswirtschaft ist ohne Gesundung des deutschen Geldwesens nicht möglich. Die Gesundung des deutschen Geldwesens hängt von der Regelung der deutschen Finanzen, insbesondere von der Regelung der schwebenden Schulden ab. Die Regelung des Finanzwesens wird endlich von der Höhe und der Form der Entschädigungsverpflichtung bedingt. Die Steuern, insbesondere die direkten Steuern, sind sehr stark angehoben. Die indirekten Steuern lassen sich zur Zeit nicht wesentlich erhöhen. Man kann nicht durch Verbrauchsschneiden den Konsum verteuern, während man gleichzeitig 10 Milliarden Mark zu seiner Verbilligung einsehen muß. Die kritische Lage des deutschen Finanzwesens kann auch nicht durch das Gewaltmittel eines Staatsbankrotts gerettet werden. Da große Mengen Kriegsanleihe in den Händen kleiner Leute sind, die ein Staatsbankrott in das Lager der sozialen Unruhe treiben würde und das ganze deutsche Wirtschaftsleben auf Kredit aufgebaut ist, so würde ein Staatsbankrott den völligen Zusammenbruch sozial und politisch zur Folge haben.

Die Ausföhrung des Friedensvertrages in der jetzt vorliegenden Form wird die deutsche Finanzwirtschaft noch weiter gefährden. Geht man von einer rein finanziellen Belastung von nur 80 Milliarden Mark Gold durch den Friedensvertrag aus, so würde ein Haushalt von 4 Köpfen etwa 40 000 M. schulden, das macht zu einem Satz von 8 Prozent 2400 M. im Jahr. Da die heutige Besteuerung bereits einen Bedarf von über 30 Milliarden Mark im Jahr vorstelt, würde der Haushalt von 4 Personen unter den bestehenden Voraussetzungen mit Jahresleistungen von 4400 M. belastet sein. Dabei hatten im Jahre 1918 81,21 Prozent der prähispanischen Steuerzahler ein Einkommen von nicht über 3000 M. Insgesamt würden mindestens 2,4 Milliarden Mark Gold oder 24 Milliarden Mark Papier das deutsche Budget belasten. Das kann unter den heutigen Verhältnissen nur dadurch geschehen, daß die deutsche Regierung neue schwebende Schulden ausgibt.

Die Zerrüttung des deutschen Finanzwesens ist das naturgemäße Ergebnis des Krieges und seiner Folgen. In dieser Beziehung ist die Lage Deutschlands von derjenigen anderer Länder nicht grundlegend verschieden. Der arundlegende Unterschied seiner Stellung liegt darin, daß es infolge des Friedensvertrages nicht die Möglichkeit hat, Mittel und Wege frei zu wählen, die zur Gesundung seines Wirtschaftslebens und zur Rettung seiner Finanzen führen können. Ohne wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Völkern kann Deutschland weder sein Wirtschaftsleben aufbauen noch seine Finanzen ordnen. Ohne Ordnung seiner Finanzen ist die pünktliche Erfüllung seiner Verpflichtungen unmöglich. Wird Deutschland seine wirtschaftliche Bewegungsfreiheit wiedergewinnen, dann ist zu hoffen, daß sein arbeitewohntes Volk alle Kräfte zum Wiederaufbau seines wirtschaftlichen Lebens einsehen wird.

aufmerksam gemacht hatte, daß der deutsche Justizminister gleichzeitig Belgianer sei, und, da der Reichstag jetzt tagt, die gleichzeitige längere Abwesenheit des Reichstanzlers und des Vizekanzlers zu Unzutrefflichkeiten führen würde, beschloß die Konferenz die Frage der Vertretung bereits am Donnerstag zu besprechen. Die Konferenz vertagte sich hierauf.

Berlin, 5. Juli. Reichswehrminister Dr. Gehler und der Chef der Heeresleitung General v. Seeckt begaben sich heute abend zur Konferenz nach Spa.

Was Dr. Gehler in Spa will.

Wolffs Bureau meldet: Vor seiner Abfahrt nach Spa hatte Dr. Gehler eine Unterredung mit Vertretern der Presse. Er äußerte Genugtuung darüber, daß Deutschland jetzt in der Lage sei, an einem Tische mit der Entente zu verhandeln. Er erklärte darin ein Zeichen dafür, daß endlich unsere früheren Feinde einsehen, daß ihre eigenen Interessen ihren bisher verfolgten Plänen entgegenstehen. Seinen Standpunkt, den er wiederholt in der Öffentlichkeit geltend gemacht habe, indem er auf die Gefahren hinwies, die mit der Herabsetzung der uns vertretenden Truppenzahl verbunden sind, werde er auch in Spa vertreten. Eingehend äußerte sich Dr. Gehler über die Abwicklungsstellen, deren Auflösung nichts mehr im Wege stehe. Mit Interesse nahm der Minister die Nachricht entgegen, daß die Polen die Alliierten in Brüssel um Hilfe gegen die Bolschewiken gebeten haben.

Mit anderen Worten erklärt: Die zweifelslos tendenziös zurückgehaltene Meldung über die angeblich drohende Volkswirtschaftsgefahr im Osten kommen gerade zur rechten Zeit, um als Begründung für die Notwendigkeit der Beibehaltung einer starken deutschen Wehrmacht zu dienen. Im übrigen beweisen die Äußerungen des Reichswehrministers, daß sich die deutsche Regierung nach wie vor mit allen Kräften gegen die Verminderung der Stärke der Reichswehr stemmen will. Sie wird also die verhängnisvolle Politik fortsetzen, die das Mißtrauen der Entente gegen Deutschland dauernd verstärkt hat. Daß eine derartige unnütze Politik den Gang der Verhandlungen in Spa in jeder Hinsicht zum Schaden des deutschen Volkes ungünstig beeinflussen muß, haben wir schon mehrfach dargelegt.

Spa.

W. O. Es gehörte nicht mehr als die gesunde Vernunft eines normalen Menschen dazu, um zu wissen, daß auf Versailles ein Spa folgen mußte. Es war klar, daß der Traum der imperialistischen Machtpolitiker, die glaubten, mit einem militärischen Siege nicht nur die ganze Welt regieren, sondern auch die geschichtliche Entwicklung nach ihrem Gefallen lenken zu können, eines Tages einer schweren Enttäuschung weichen würde. Man hat in Versailles die Welt und die Geschichte behandelt, als ob sie kurzweilige Gesellschaftsspiele seien, denen man jede beliebige Gestaltung und Form aufzwingen kann. Wenige Monate haben genügt, um zu beweisen, daß die wirtschaftliche Entwicklung, daß die geschichtlichen Notwendigkeiten den künftigen Plan nicht achten. Das Rechenexempel der europäischen und der Weltwirtschaft, in das man den einen Faktor — Rußland — überhaupt nicht einsetzte, den andern Faktor — Deutschland — ohne jede Rücksicht auf seine Größe und Kraft hin- und herschob, dieses Rechenexempel mußte sehr bald an einen toten Punkt gelangen.

Nun eilen alle Staatsmänner nach Spa, um das fassliche Exempel von Versailles zu berichtigen. Es ist vieles anders seit Versailles und manches besser geworden. Die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten haben ihren Zwang nicht umsonst auf die noch festgestrunten Gemüter der Entente-Imperialisten ausgeübt. Sie haben erreicht, daß man sich endlich darauf besinnt, daß zu einer Wiederaufrichtung des europäischen Wirtschaftslebens alle Kräfte notwendig sind. Zwar läßt sich noch immer eine gähnende Lücke am Verhandlungstisch, noch immer fehlen die russischen Vertreter, aber sie sind doch bereits unsichtbar anwesend, und der große Wirtschaftsfaktor wird, wenn auch ungenannt und unverföhrt, dauernd über den Verhandlungen schweben. Das Wort: Ohne Rußland kein Europa! wird immer wieder in neuen Formulierungen bei den Verhandlungen auftauchen, und letzten Endes wird das Ergebnis der Konferenz von Spa nur das sein, daß die Notwendigkeit neuer Verhandlungen, an denen auch Rußland teilnimmt, offenbar wird. Vom Standpunkt des internationalen Sozialismus aus ist diese Erkenntnis einigermaßen beruhigend, wenn auch nicht voll befriedigend. Wir könnten zufriedener sein, wenn wir wüßten, daß nicht jeder der Konferenzteilnehmer in Spa insgeheim versuchen wird, die Abwesenheit der Vertreter Rußlands in seinem Sinne auszunutzen. Jeder wird versuchen, Rußland für sich gegen die andern auszuspielen, eine Methode, die nicht gerade geeignet ist, die so dringende notwendige wirtschaftliche Verständigung zwischen Rußland und dem übrigen Europa zu fördern. Aber stärker als all diese Intrigen wird die für Rußland kämpfende wirtschaftliche Notlage sein. Denn, ob die Konferenz in Spa es erkennen wird oder nicht, die Tatsache muß heute als unerschütterlich feststehend gelten: das durch den Krieg zerrüttete Wirtschaftsleben Europas und der Welt wird durch keinen noch so kapitalistisch kräftigen Staat — selbst nicht durch Amerika — wieder kapitalistisch aufgebaut werden können. Stände die Konferenz von Spa sichtbar unter diesem Wahrspruch, so könnten wir Positives von ihr erwarten, da sie alles tun wird, um diese Wahrheit zu verschleiern, wird sie uns lediglich negative Erkenntnisse bringen.

Die Rolle, die Deutschland auf der Konferenz in Spa spielen wird, ist keineswegs ehrenvoll. Wären wir heute wirtschaftlich mit dem großen russischen Nachbar verbunden, so wären wir ein Faktor, mit dessen Willen man rechnen müßte. Ohne dieses wird man sich heute nur über unser Können unterhalten, nachdem man das Urteil über den schlechten Willen unserer Militärs gefällt haben wird.

Daß die Einigkeit der Alliierten in Spa noch so groß sein wird, wie sie in Versailles gewesen ist, wird niemand glauben, der in den verflorenen Monaten die lebhaften Diskussionen der italienischen, englischen und französischen Presse verfolgt hat, in denen jeder dem andern die Schuld an dem Versagen der Wiederaufrichtung des europäischen Wirtschaftslebens zuschreibt. Die Hoffnung aber, die bereits einige deutsch-nationalistische Politiker und Journalisten zu schüren begannen, daß aus der Uneinigkeit der Alliierten neue Erfolge für die deutsche Politik erwachsen werden, diese Hoffnung ist trügerisch. Gewiß ist man sich in der Entente nicht darüber einig geworden und wird es trotz aller gegenteiligen Versicherungen kaum werden, wieviel jeder der Verbündeten von der von Deutschland zu zahlenden Kriegsschuld erhalten soll. Daß aber eine Kriegsschuld gezahlt werden und daß sie möglichst hoch bemessen sein soll, darüber ist man sich durchaus im klaren und völlig einig. Die Streitigkeiten untereinander werden deshalb nicht im geringsten die Einigkeit gegenüber dem Schuldner fördern. Vor allem aber herrscht Uebereinstimmung unter den Alliierten über die Notwendigkeit der Entwaffnung Deutschlands gemäß den Vorschriften des Friedensvertrages. Wenn die Frage auch nicht das A und O der Konferenz in Spa ist, so ist sie doch die Vorbedingung aller weiteren Verhandlungen und ist deshalb an die Spitze gesetzt mit der allerdings nicht sehr über-

Eröffnung der Konferenz in Spa.

Spa, 5. Juli. Die erste Besprechung der Konferenz fand heute vormittag 11 Uhr im Schloß de la Reineuse unter Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten Delacroix statt. An der Konferenz nahmen teil: von belgischer Seite Ministerpräsident Delacroix, der Minister des Äußeren Hymans und der Minister des Innern Japier, von englischer Seite Premierminister Lloyd George, Staatssekretär des Äußeren Lord Curzon und Sir L. Worthington Evans, von französischer Seite Ministerpräsident Millerand, Finanzminister Marjal und der Minister der öffentlichen Arbeiten Le Troquer, von italienischer Seite der Minister des Äußeren Graf Sforza und Bertolini, von japanischer Seite der Botschafter in London Graf Chinda, von deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Minister des Äußeren Dr. Simons, Finanzminister Dr. Wirth und Ernährungsminister Hermes. Sofort nach Eintreffen der deutschen Delegierten wurde ohne formelle Begrüßung in die Verhandlungen eingetreten und zunächst die Tagesordnung festgesetzt, welche die folgenden Punkte umfaßt soll: Durchführung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages, die Frage der Wiedergutmachungen, die Kohlenfrage, die Frage der Durchführung der Bestrafung der sogenannten Kriegsverbrecher, die Danziger Frage.

Reichskanzler Fehrenbach erklärte hierauf, nachdem er seiner Genugtuung über das Zustandekommen kontraktlicher Verhandlungen Ausdruck gegeben hatte, daß es der feste Wille der deutschen Delegation und des ganzen deutschen Volkes sei, die Friedensbedingungen loyal durchzuführen. Zur Behandlung der militärischen Frage würde allerdings die Anwesenheit des Reichswehrministers und des Generals v. Seeckt notwendig sein, die, als man gestern von der bevorstehenden Erörterung der militärischen Frage erfahren habe, sofort dringend herbeigebeten worden seien aber nicht vor morgen nachmittags eintreffen könnten. Die Konferenz beschloß, die Ankunft der Herren abzuwarten. Auf eine Frage des Reichskanzlers, ob vielleicht auf der Besprechung der Bestrafung die Anwesenheit des deutschen Justizministers erforderlich sei, wurde mitgeteilt, daß sie dringend erwünscht sei. Es würden übrigens auch der englische Lordkanzler und der französische Justizminister erscheinen. Nachdem Reichskanzler Fehrenbach darauf

gegenden Drohung, daß im Falle nicht ausreichender Erklärungen der deutschen Vertreter in der Entwaffnungsfrage die übrigen Beratungen abgebrochen seien. Es ist leicht verständlich, daß die Alliierten es gern so darstellen möchten, als ob die Konferenz in Spa nur um Deutschlands willen abberaumt sei. Sie können aber doch nicht die Tatsache aus der Welt schaffen, daß sie diese Konferenz mindestens ebenso notwendig brauchen wie Deutschland, daß es sich um Existenzfragen ganz Europas handelt, für die man gern die Lösung finden möchte. So notwendig es ist, daß die Alliierten erkennen, daß wirtschaftliche Diktate sinnlos sind, wenn der dem sie Aufgaben auferlegen, nicht in der Lage ist, diese Aufgaben zu erfüllen; so sehr es notwendig ist, daß die Alliierten begreifen, daß nur freiwillige Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus einen Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft ermöglichen kann, so sicher ist es, daß die deutschen Regierungsvorleiter es als ihre erste und vornehmste Pflicht ansehen müssen, in der Frage der Entwaffnung völlige Klarheit zu schaffen und der Welt zu beweisen, daß die Generale und Militärs nicht auch heute noch die allein in Deutschland Herrschenden sind. Wir können nicht verschweigen, daß unsere Hoffnungen in dieser Beziehung gering sind. Alle Handlungen, vor allem alle außenpolitischen Maßnahmen der deutschen Regierung haben bisher unter dem Diktat der Militärs gestanden. Es wäre erstaunlich, wenn ausgerechnet die Regierung der Herren Fehrenbach und Heinze eine energische Unabhängigkeit gegenüber den Militärs zeigen könnte. Es wird deshalb Sache des Proletariats sein, der Forderung der Entwaffnung den nötigen Nachdruck zu verleihen und darüber zu wachen, daß der Frieden Europas nicht wieder durch das geheime Treiben der deutschen Militärs, die heute schon dauernd die Ruhe Deutschlands gefährden, von neuem in Gefahr gebracht wird. Sollten an der intransigenten Haltung der deutschen Unterhändler in der Frage der Entwaffnung die wirtschaftlichen Verhandlungen scheitern, so wird die Arbeiterklasse von der Regierung dafür Rechenschaft fordern müssen.

Allen deutschen Sozialisten aber muß angefaßt der Verhandlungen in Spa und ohne Rücksicht auf den Verlauf, den sie nehmen, von vornherein klar sein, daß es sowohl für die politische als wirtschaftliche Zukunft Deutschlands, als auch für die wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, sowie für die Entwicklung zum Sozialismus klüger und erfolgreicher ist, anstatt dauernd die Frage von der Revision des Versailler Vertrages im Munde zu führen, durch die wirtschaftliche Verständigung mit Rußland diese Revision zu vollziehen.

Gothaisches.

In Gotha besteht der Ausnahmezustand, der mit einer Reichsexekution gegen die Gothaische Regierung einen glatten Verfassungsbegriff darstellt. Der Reichskommissar Holle, der in Gotha als Diktator fungiert, kam nicht als Vertreter eines höheren Rechts, sondern mit Befehl, Maßnahmen gegen den Landtagsauschuss zu ergreifen. Er löste die Landesversammlung und den Landtagsauschuss auf. Unse Genossen leiden unter dem Ausnahmezustand. Die Pressefreiheit ist beschritten, Selbstverständnis — wie kann es in Deutschland anders sein — wird die Zensur nur gegen die Arbeiterpresse ausgeübt. Das Schönste ist, daß der Ausnahmezustand von der Reichsregierung nicht, wie sie vorgab, auf Grund von verfassungswidrigen Verträgen der gothaischen Volksbeauftragten, sondern infolge verleumdender, lächerlicher Berichte aus den Reihen der bürgerlichen Parteien verhängt wurde. Noch vor kurzem haben sich Angehörige der bürgerlichen Parteien beim Reichskommissar für weitere Beibehaltung des Ausnahmezustandes eingesetzt.

In der am 1. Juli stattgefundenen Sitzung des Landtages haben unse Genossen einen Antrag eingebracht, den Reichspräsidenten zu ersuchen, den Ausnahmezustand über Gotha aufzuheben. Die Demokraten und die Reichsparteien stimmten für den Antrag, nachdem sich die Unabhängigen verpflichtet hatten, der Bildung einer parlamentarischen Regierung keinen Widerstand entgegenzusetzen. Die bürgerlichen Parteien wollten ein sogenanntes Beamten-Kabinettsministerium. Dem Widerstand unserer Genossen, die einem solchen Ministerium entschiedenste Opposition angedeihen ließen, es zu danken, daß die bürgerlichen Parteien nun doch sich zu einer Koalitionsgovernment des Bürgerblocks verstehen mußten. Nach einer energischen Abrechnung, die unse Genossen mit dem Diktator Holle hielten, schlugen die Parteien folgende Volksbeauftragte vor: Bauernbund Riehmann, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Wilmann, und Demokraten Landwirt Henn, Spindikus Wexler, Oberbürgermeister Liebetraut. Die Unabhängigen gaben bei der Wahl weiße Zettel ab.

Unser Gothaer Parteiblatt schreibt dazu:

„Die Schweregeburts war vorüber, erschöpft und resigniert übergeben Gebärende wie Wehmutter dieses neueste Produkt politischer Fruchtbarkeit der Gothaischen Öffentlichkeit. Wie lange dieses Paarungsprodukt zwischen Kaninchen und Katzen die Kraft haben wird, sein Lebensfunkeln gegen die Widrigkeiten des Lebens zu erhalten, und ob und wie lange die Gebärende diese Schweregeburts überlebt, muß die Zukunft lehren. Nächsten Dienstag soll sich die neue Regierung dem Parlament vorstellen; warten wir ab, was sie uns bringt. Die U.S.P. steht hoffnungsvoll und kampferfüllt der Zukunft entgegen!“

Ein Kommunistenprozeß in Berlin.

Zu Beginn der Freitagssitzung wurde das Kreuzverhör der Verteidigung gegen den Spigel-Töfel fortgesetzt. Rechtsanwalt Weinberg fragt den Zeugen, ob er nicht selber jene Formulare mit der Eidesformel für die Verurteilung von Kommunisten hergestellt habe. Töfel bestreitet die Formulare geschrieben zu haben und will diese von der Leitung erhalten haben. Rechtsanwalt Weinberg: Über nicht von der Leitung der R. P. D., sondern der Spigelzentrale. Haben Sie nicht selber Kommunisten aufgefordert, den Schwur abzulegen? Töfel: Ich lüchle erst alles zu bestreiten, räume dann zunächst ein, daß er selber den Schwur geleistet habe, leugnet aber, anderen den Eid abgenommen zu haben. Dies gehörte zu den Obliegenheiten des Sachst. Rechtsanwalt Weinberg: Haben Sie nicht von Ihren Vorgesetzten den Auftrag erhalten, Eide abzunehmen? Der Vorsitzende will die Frage als zu weitgehend ablehnen. Rechtsanwalt Weinberg: Ich will nur feststellen, daß die Erzählungen und Maximalen von Terror und Wörberzentrale nicht als das Werk von Spigeln. Ich frage den Zeugen Töfel: Hat er verschiedene Personen aufgefordert, den kommunistischen Eid zu leisten? Töfel: Ich muß dies als möglich zugeben. Rechtsanwalt Weinberg: Haben Sie nach der Auflösung des Roten Soldatenbundes Versuch zu seiner Neugründung gemacht? Töfel: Nein, ich habe nur mitgewirkt. Rechtsanwalt Weinberg: Haben Sie aufgefordert, die Spigeln Schröder-Wahne zu ermorden? Staatsanwalt Dr. Mann: Er erscheint mir angebracht, den Zeugen darauf hinzuweisen, daß er eventuell berechtigt ist, die Antwort auf diese Frage zu verweigern. Rechtsanwalt Weinberg (mit erhobener Stimme): Wir bemühen uns hier, ein schweres Verbrechen aufzudecken und der Staatsanwaltschaft zu zeigen, daß wir daran zu hindern. Das ist ein hartes Stück. Vorliegender (unterbrechend): Ich muß dem Herrn Staatsanwalt gegen einen derartigen Angriff der Verteidigung in Schutz nehmen. Staatsanwalt Dr. Mann: Der Zeuge wird durch solche Fragen von der Verteidigung terrorisiert. Rechtsanwalt Liebetraut (sehr erregt): Es fehlt mir jeder parlamentarische Ausdruck um diese Entgeißelung der Staatsanwaltschaft zu charakterisieren. Vorliegender: Die Verteidigung wiederholt tatsächlich dauernd die Fragen und sie stellt auch Fragen, die nicht zur Aufklärung der Ermordung Blas führen. Rechtsanwalt Weinberg: Haben Sie eine militärpolitische Abteilung bei den Kommunisten gebildet? Töfel bestreitet die Gründung, gibt aber seine Mitwirkung in dieser Abteilung zu. Rechtsanwalt Weinberg: Haben Sie Raubüberfälle und Mordversuche angezettelt und an solchen Unternehmungen teilgenommen? Töfel verweigert die Aussage unter Berufung auf seinen Eid, daß die wahrheitsgemäße Aussage ihm strafrechtlicher Verfolgung aussetzen würde. Ebenso verweigert Töfel die Aussage auf die Fragen, daß er Rente zu Raubzügen mit Waffen und Munition ausgereicht habe, daß er sofort keinen Obervertrauensmannern; Mitteilung von solchen Raubzügen gemacht hat und daß ihm sogar von den militärischen Dienststellen gestattet worden sei, daß geraubte Geld zu behalten. Desgleichen verweigert er die Auskunft darüber, ob er für seine provokatorische Tätigkeit bei den Kommunisten von bestimmten Stellen Geld erhalten habe. — Der Zeuge Simanow war früher Mitglied der R. P. D. Sie betundet, daß sie Töfel anfänglich für einen Idealisten gehalten habe, bis sie hinter seine Schliche kam, die ihr zeigten, daß der Mann seinen Namen verdient. Die Zeugin hat beobachtet, wie Töfel als Bezirksführer die jungen Leute nach den Versammlungen um sich scharte und an solchen Unternehmungen teilnahm. Sie hätte auch gehört, wie Töfel aufforderte, das Glas, die Scherben-Wahne, verschwinden zu lassen. Wehrliche Aufforderungen hat Töfel an die Jugendlichen hinsichtlich des Spigels Kraut ausgesprochen. Töfel ein Teil der weiteren Zeugen, die Frau des Freiseiter Majer, Frau Riehmann und der Vater des Riehmann; Töfel als Richter darstellen, verurteilt die Ehefrau des Töfel, seine Angaben durch ihr Zeugnis zu stützen. Desgleichen tritt kein ehemaliger Vormund Wilmann für die Glaubwürdigkeit des Töfel ein. Der Zeuge Thun betundet, daß Töfel ihn aufgefordert habe, Adolf Kraut, der als Spigel verdächtigt war, um die Ecke zu bringen. Der Zeuge schildert wie die Beileitung vor sich gehen sollte. Kraut sollte erst eins mit dem Stock bekommen und dann, der Zeuge macht eine entsprechende Bewegung, erledigt werden. Thun aber lehnte ab. Ebenso hatte Töfel in der militärpolitischen Abteilung alle jungen Leute angereizt, Telegraphenbrüche und Telefonbrüche zu durchzuführen. Staatsanwalt: Sollten Sie die Tat allein begangen oder wollte sich Töfel beteiligen? Zeuge Thun: Die Hauptarbeit sollte mir zufallen. Ich sollte Kraut niederstrecken. Bei der folgenden Konfrontation behauptet Töfel, daß der Zeuge Thun derjenige war, der gesagt habe, Kraut müsse ermordet werden. Ueber die Art der Ermordung wurde im Riehmannschen Lokal unter den Jugendlichen ganz offen verhandelt. Durch die Verteidigung in die Enge getrieben, gibt Töfel aber zu, mit dem Zeugen in der militärpolitischen Abteilung gearbeitet zu haben. — Zeuge Helmuth Schmidt behauptet, daß Töfel, als die Drucker des Hammer der Gleichheit Anoleum drauf, zur Wänderungen von Geschäftslokale aufgefordert habe. In einer Versammlung sprach Töfel „Eigentum ist Diebstahl“, erzte Kommunisten mühten alles moralische abstreifen und nehmen, was sie bekommen können. Der Zeuge ist selber der Verführung Töfels erlegen und bestraft worden. Zeuge Schmidt betundet ferner, daß Töfel eine Wille hatte, auf der die Namen von circa 20 Spigeln standen, die nach Töfels Angaben erledigt werden sollten. Schmidt betundet auch, daß Töfel Genossen auf den Kommunismus verurteilt habe. Zeuge Woz, der nochmals vernommen wird, bestreitet wiederum entschieden, mit der Ermordung Blas das geringste zu tun zu haben. Er habe niemals den Namen Franz geführt. Ebenso erklärt der Zeuge Hugo Fischer in einem mit Entschiedenheit, daß Töfel hier wiederum bewußt die Unwahrheit sage. Zeuge Lazarusdirektor Richter betundet, daß er selbst Mitglied der Deutschen Volkspartei sei und daher interessiert und beunruhigt war, als er in sein Lazarett einen Kommunisten erhielt, der bereits kriegsgerichtlich abgeurteilt war. Der Zeuge suchte sich mit Hoppe zu verständigen, was ihm über alles Erwartung gut gelang. Er lernte Hoppe als einen gebildeten Menschen kennen, dem man nach der charakteristischen Seite das beste Zeugnis ausstellen könne. Es war für den Zeugen unter den damaligen Verhältnissen schwer, auch bei den besten Absichten die Zufriedenheit der 100 Lazarettinsassen zu erlangen. Hoppe unterstellte ihn und hatte mehr Einfluss als der Soldatenrat. Nach seinen Charaktereigenschaften hält der Zeuge Hoppe einer Gewalttat für unfähig. — Als erster Sachverständiger wurde der Psychiater Dr. Kronfeld vernommen. Der Sachverständige gibt sein Gutachten dahin ab, daß für den Fall, daß Hoppe an der Tat beteiligt sei, der § 51 des Strafgesetzbuches nicht Anwendung finden könne, weil Hoppe nicht geisteskrank sei. Dawegen sei er in so hohem Maße jugendlich, d. h. fremden Einflüssen zugänglich, daß man die Ueberlegung nicht wie bei einem gesunden Menschen belassen dürfe, da ohne Verschulden des Betreffenden die Hemmungen gegen fremden Einfluß herabgedrückt sind. Bezüglich des Angeklagten Fischer man weist der Sachverständige darauf hin, daß Riehmann in erheblichem Maße erkrankt belastet sei und sein Schicksal Degenerationszeichen aufweise. Der Gefängnisarzt Sanitätsrat Lehnen tritt diesem Gutachten entgegen und behauptet, die volle Zurechnungsfähigkeit von Hoppe und Riehmann. — Vor der Verurteilung des Zeugen Töfel veranlassen die Verteidiger Auskunft über die damalige und die jetzige Tätigkeit des Töfel. Das Gericht lehnt diese Fragen als unerheblich ab, auch sei eine persönliche Gefährdung des Zeugen durch ihre Auskunft nicht ausgeschlossen.

Der Antrag des Staatsanwalts.

In der Sitzung am Montag beantragte der Staatsanwalt Dr. Mann, die Angeklagten Riehmann und Hoppe beide des gemeinschaftlichen Mordes für schuldig zu erklären, was die Verhängung der Todesstrafe zur Folge haben würde. Ferner beantragte der Staatsanwalt, den 3. Angeklagten Winkler der Beihilfe des Mordes für schuldig zu erklären, was einer Verurteilung zu Zuchthaus nicht unter drei Jahren gleichkomme.

Das Urteil.

Berlin, 6. Juli. Im Mordprozeß Blas vernommen die Geschworenen bei Riehmann sämtliche Schuldfragen, erklärten dagegen die Angeklagten Hoppe und Winkler der Beihilfe zum Totschlag schuldig. Dem Angeklagten Winkler wurden mildernde Umstände zugebilligt, dem Angeklagten Hoppe verlag. Der Staatsanwalt beantragte daraufhin gegen Hoppe 10 Jahre Zuchthaus, gegen Winkler drei Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte Hoppe zu sechs Jahren Zuchthaus und Winkler zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von je acht Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Riehmann wurde freigesprochen.

Eine Volksabstimmung über den Fortbestand der Militärgerichtsbarkeit.

Den Reichstagsmitgliedern ist ein Schreiben des Bundes Neues Vaterland zugegangen, in dem es unter Hinweis auf die früheren Proteste des Bundes, des Republikanischen Führerbundes und des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, sowie auf die Ermordung Hans Vaasch und den Freispruch der Marburger Studentenmörder heißt:

Wenn der Reichstag nicht unmittelbar nach seinem Zusammenritt die restlose Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit be-

schließt, werden die politischen Organisationen auf Grund des Art. 73 der Reichsverfassung dazu aufgefordert, durch Volksbegehren und Volksentscheid diese Forderung zu erzwingen.

Ein Beschlusseinstellung über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist dem Reichstage bereits zugegangen. Es ist aber noch nicht festgelegt, wann er zur Verhandlung kommen wird. Der von den genannten Vereinigungen in Aussicht genommene Weg würde übrigens keine Beschleunigung der Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit bedeuten, da das Verfahren beim Volksentscheid und beim Volksbegehren nach der Verfassung erst noch durch ein besonderes Reichsgesetz zu regeln ist. Dieses ist aber auch noch nicht erlassen.

Eine Interpellation über das Spigelwejen.

Die kommunistische Fraktion des Reichstags hat folgende Interpellation eingebracht:

Ist der Regierung bekannt, daß in Deutschland amtliche Organisationen und außeramtliche Organisationen in engem Zusammenhang mit amtlichen Stellen bestehen, die durch Scharen von Spigeln Nachrichten über angebliche Pläne innerhalb der radikalen Arbeiterparteien erlangen lassen, die durch solche erlangene Nachrichten planmäßig große Teile der Arbeiterklasse der Gefahr der Kiebermessung aussetzen, die planmäßig Verbrechen vorbereiten und ausführen und insbesondere die meuchelmörderische Beseitigung von Arbeiterführern planmäßig betreiben.

Ist der Regierung weiter bekannt, daß Polizei- und Gerichtsbehörden unter Verletzung des Gesetzes sich in den Dienst solcher Spigelorganisationen stellen?

Glaubt die Regierung imstande zu sein, diesen Treiben ein Ende zu setzen, ist sie willens, es zu tun und mit welchen Mitteln?

Die Unabhängige Fraktion hat diese Interpellation mit Unterstützung, um deren geschäftsordnungsmäßige Behandlung zu ermöglichen.

Anfrage wegen des Waffenschmuggels.

Berlin, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung der U. V.) Von einer Reihe sozialdemokratischer Mitglieder des Reichstags ist die nachstehende Anfrage eingebracht worden:

„Seit längerer Zeit gehen durch die süddeutsche und deutsch-österreichische Presse unwiderlegbare Meldungen, daß zur Förderung monarchistischer Zwecke Waffen in Waggonladungen unter Deckung und Täuschung sowohl der deutschen wie der österreichischen Zollbehörde über die bayrisch-tiroler Grenze geschmuggelt werden. Die Tiroler Wälder, die Gebirge von Einwohnerwehren in Nordtirol, sind die Unternehmern dieser widergesetzlichen, das Volk um das Reichsgeltemm vermindern und den Versailler Friedensvertrag verletzenden Waffentransporte. Wibergesetzliche Transporte deutscher Waffen sind auch unter Aufsicht eines Reichswachpostens nach Ungarn zur Förderung gegenrevolutionärer monarchistischer Machenschaften gegangen. Was gedenkt die Reichsregierung zur Bekämpfung der Waffenschmuggel und Bekämpfung des Staatseigentums und zur Hemmung weiteren Waffenschmuggels und gegen die Zerstückung der freundschaftlich nachbarlichen Beziehungen mit der deutsch-österreichischen Republik zu tun?“

Beschränkte Redezeit im Reichstag?

Der Reichstagsrat des Reichstages hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Reichstagslage beschäftigt und schlägt vor, um die Verabschiedung des Nachtrages zum Notetat in dieser Woche noch zu erledigen, soll Mitte der Woche eine Wenigkeit ausfallen, um dem Hauptauschuss die Möglichkeit zu geben, die aus dem Reichsrat kommenden Nachträge vorzubereiten. Ende der Woche soll es zum Schluß und zu einer längeren Pause kommen. Die Frage, wie die Verhandlungen und die Redezeiten abgefaßt werden können, soll dem Geschäftsordnungsausschuss überlassen werden. Es wurde vorgeschlagen, die Redezeit im Plenum auf eine halbe oder eine Stunde zu beschränken. Ob das Abstimmen und das Diktatgesetz in den nächsten Tagen erledigt werden können, steht dahin, da von der U.S.P. grundlegende Veränderungen in Anregung gebracht worden sind.

Kein Hochverrat, aber 1 1/2 Jahr Gefängnis.

Unter der Anklage des Hochverrats stand der Händler Gustav Spigel aus Salzwedel vor dem Reichsgericht. Seit dem 24. September 1910 befindet sich der Angeklagte in Untersuchungshaft. Durch Verteilung eines kommunistischen Flugblattes „Der Soldat am Scheidewege“ soll er ausgefordert haben; die Verfassung des deutschen Reiches gemeinsam zu ändern. Ferner soll er durch Verbreitung eines kommunistischen Flugblattes verschlechte Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander aufgefordert haben. Der Reichsanwalt beantragte, die Deltentlichkeit wegen „Gefährdung der Staatssicherheit und der öffentlichen Ordnung“ auszusprechen. Der Verteidiger, Genosse Dr. Kurt Rosenfeld, widersprach diesem Antrag. Das Flugblatt enthalte nur Worte, wie sie heute gang und gäbe seien. Die Hinweisse auf das Räteystem seien heute so vielfach, daß man in der Bekanntheit des Flugblattes an sich kaum etwas finden könne, was die Staatssicherheit gefährdet. Es sei zweifellos gerichtsbehaftet, daß Wendungen ähnlicher Art in weiten Kreisen der Arbeiterbewegung alltäglich sind, es sei deshalb nicht zu verstehen, weshalb die Deltentlichkeit ausgeschlossen werden solle. Der Angeklagte selbst schloß sich den Ausführungen des Verteidigers an. Der Gerichtshof beschloß jedoch, die Deltentlichkeit auszusprechen. Das Urteil lautete wegen Aufreizung nach § 100 auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Auf diese Strafe wurden acht Monate der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet. Die Urteilsbegründung sagt, es sei festzustellen, daß der Angeklagte in der fraglichen Versammlung eine Ansprache gehalten, zwei Flugblätter in größerer Anzahl ausgelegt und die Anwesenden aufgefordert habe, sie an Soldaten oder Zivilisten zu verteilen. Es sei ferner festgestellt, daß ein Teil der Anwesenden solche Flugblätter genommen und verteilt haben. Der Senat war der Meinung, daß möglicherweise in den Reden des Angeklagten und in dem Flugblatt an die Soldaten der Tatbestand der §§ 85 und 81 gefunden werden könne. Er hat aber angenommen, daß sich der Angeklagte insoweit der Tragweite seines Tuns nicht bewußt gewesen sei. Es müßte deshalb die Anklage wegen Aufreizung zum Hochverrat ausgeschlossen werden. Dagegen ist beim Inhalt des Flugblattes der Tatbestand der Anreizung verschlechte Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander gefunden worden.

So geht es, wenn Richter aus der Zeit Wilhelm II. auf Grund von Gesetzen aus dem Zeitalter des Junkers Biemarck im Namen der „freien Republik der Welt“ Recht sprechen.

132 Jahre 2 Monate Freiheitsstrafe!

Zeitz, 6. Juli. (U. V.) Nach einer Verhandlung von 85 Tagen wurde gestern das Urteil im Zeitzer Landrechtsdenkmalprozeß gesprochen. 40 Personen wurden zu insgesamt 132 Jahren 2 Monaten Freiheitsstrafen verurteilt, darunter 80 Jahre Zuchthaus. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Den Geschworenen lagen 282 Fragen zur Beantwortung vor.

Rechtssozialistische Verleumdung.

Anlässlich der am 24. Juni in Landau stattgefundenen Kriegsverhandlung gegen Baum, Kauschert und Fischer bringt die rechtssozialistische Mannheimer Volksstimme einen tendenziös aufgemachten Bericht, der jedem Stinnesblatt Ehre machen würde. Schon die eine der drei Ueberschreitungen — Die unabhängige Tribüne als französisches Kronzeugen gegen deutsche Arbeiter — zeigt, wo die ganze Sache hinget. Gemeint ist unser Mannheimer Parteiblatt, in dessen Nummer 139 ein Artikel hand, der über die Vorgänge in der Pfalz handelt und den die Volksstimme als Denunziation abzustempeln versucht. Vor allem ist der Bericht so aufgeputzt, daß der Eindruck entsteht, die Verurteilung der drei Rechtssozialisten durch das französische Kriegsgericht sei zum wesentlichen auf den Artikel in unserem Mannheimer Parteiblatt zurückzuführen, der sich mit der Helmbreitensorganisation befaßt. Die drei Angeklagten wurden wegen der Ludwigshafener Protestversammlungen gegen die Verhaftung einer Anzahl der Ihrigen verurteilt und zwar: Kauschert zu 8 Tagen Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, Baum zu 8 Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, Fischer zu 8 Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe. Das Urteil entbehrt jeder tatsächlichen Begründung und ist eine Ungeheuerlichkeit. Aber noch schlimmer ist der Versuch der Rechtssozialisten, dieses Urteil unfehlbar dem Genossen an die Hochhöhe zu hängen, um auf diese Weise ihr Parteipapier zu fördern.

Der Erfolg der Sache.

Vor einiger Zeit leitete der Bayerische Kurier eine Spitzelnacht in die Welt, wonach Genosse Pien in München in einer Kommission der U. S. W. im Gewerkschaftshaus Ausführungen gemacht haben soll, die sich mit der Vorbereitung eines Generalstreiks befassen, der — über ganz Deutschland ausgedehnt — organisiert — dem Proletariat die Macht in die Hände spielen sollte. Der Spitzelbericht war recht phantastisch aufgeputzt, wurde aber trotzdem von der ganzen bürgerlichen Presse übernommen. Jetzt ist Genosse Pien n. g. wie die Münchner Neuesten Nachrichten melden, am Sonnabend im Auftrag der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Der Bayerische Kurier hat also das erreicht, was er mit seiner Veröffentlichung beabsichtigte.

Das Verfahren gegen die Kriegsverbrecher.

Wie dem Leipziger Tageblatt von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, sind beim Reichsgericht bisher insgesamt mit 1012 Strafsachen auf Grund des Gesetzes zur Verfolgung von Kriegsverbrechen vom 18. Dezember 1918 anhängig geworden. Hieran entspringt die überwiegende Zahl, insgesamt 888 Sachen, auf die Anklage der Entente. Der Oberrechtsanwalt sei in allen Fällen eingeschritten, in denen die Angaben der Listen über die Person der Beschuldigten ein Einschreiten überhaupt ermöglichen. In 27 Fällen mußte die Einstellung des Verfahrens erfolgen, weil die Beschuldigten gestorben waren. Im übrigen befinden sich von den obengenannten 888 Fällen 887 im Stadium des Ermittlungsverfahrens. Der Fortgang der Ermittlungsverfahren werde dadurch außerordentlich verzögert, daß sowohl die früheren als auch die neuen Auslieferungslisten ausreißende Angaben über die Beschuldigten zur Last gelegten Taten, insbesondere aber über das für die Beschuldigten erforderliche Beweismaterial vermissen ließen. Um den Tatsbestand der Beschuldigten ausreichen klarzustellen und Entschuldigungen über die Erhebung der öffentlichen Angelegenheiten zu können, hat sich der Reichsanwalt durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes an die ehemals feindlichen Regierungen mit dem Ersuchen um genaue Bezeichnungen der strafbaren Handlungen, Aufklärung von Widerprüchen und Beschaffung von Beweismaterial gewandt. Von dem Ergebnis dieser Erhebungen werde der Fortgang und die Erledigung der Verfahren abhängen.

Die Schulden der Alliierten.

Temps bepricht in einem Leitartikel die Frage der Schulden unter den Alliierten. Europa werde sein wirtschaftliches Gleichgewicht und damit auch sein politisches und soziales Gleichgewicht nicht wiederfinden, solange diese Frage nicht gelöst ist. Man sei nach Brüssel gekommen, ohne daß die Lösung hätte vorbereitet werden können. 20 Monate nach dem Sieg wisse man noch nicht, wie man die Schulden der Alliierten unter einander regeln wolle. Ueber diese Schulden macht dann der Temps die folgenden Angaben: Frankreich habe verschiedenen alliierten Staaten aufammen geliehen 7 Milliarden 575 Millionen Franken. Es habe dafür von Amerika geliehen 2 Milliarden 885 Millionen Dollars. Das mache 15^{1/2} Milliarden Goldfranken, nach dem heutigen Kurs 36 Milliarden. England habe Frankreich geliehen 34 Millionen Pfund Sterling, das mache 15 Milliarden Goldfranken aus, nach heutigem Kurs 24 Milliarden. Wenn man die Summen anrechnet, die Frankreich ausgeliehen habe, dann laufe Frankreich an Neuzeil und London 25 Milliarden Goldfranken, das seien heute 60 Milliarden. Aber auch England habe geliehen. Es schulde Amerika 1000 Millionen Pfund Sterling nach heutigem Stand des Kurses, es habe dafür aber geliehen außer Frankreich an Belgien 92 Millionen Pfund, 455 Millionen an Italien, Serbien 20 Mill. Pfund, verschiedenen anderen Alliierten 63 Millionen Pfund und Rußland 588 Millionen Pfund. Das bedeute, wenn man von der russischen Schuld abziehe, daß England 87 Millionen Pfund mehr zu fordern habe, als es Amerika schulde. Amerika endlich habe ausgeliehen außer den 4220 Millionen an England 2885 Millionen Dollars an Frankreich, 1811 Millionen an Italien, 889 Millionen an Belgien, 188 Millionen an Rußland, 27 Millionen an Serbien und 186 Millionen Dollars an andere Alliierte. Temps bepricht also die Frage der gegenseitigen Annulierung der Schuld und schließlich wirft er die Frage der Zinslosigkeit auf, durch die man ebenfalls, wenn der erste Weg nicht gelingt, zu einem guten Ergebnis gelangen könne.

Beteiligung französischer Sozialisten am Kongress der Moskauer Internationale.

Berlin, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung der U. S.) Die Freiheit meldet aus Paris: „Der Nationalrat (Reichstagsersatz) der französischen sozialistischen Partei hat heute an die Genossen Cadin und Trotschard folgendes Telegramm gerichtet: Der Nationalrat der französischen sozialistischen Partei, der am 4. Juli in Boulogne zusammengetreten ist, spricht seine Freude über den freundlichen Empfang aus, den Ihnen die russischen Genossen bereitet haben. Der Nationalrat ermächtigt Sie, an der Tagung der kommunistischen Internationale in Moskau, zu der Sie eingeladen sind, teilzunehmen. Gemäß dem Telegramm, welches hier eingetroffen ist, werden Sie an den Verhandlungen zwecks gegenseitiger Information mit beratender Stimme teilnehmen.“ In dem in der Meldung erwähnten Telegramm hatten die beiden in Rußland weilenden Genossen Cadin und Trotschard um die Ermächtigung zur Teilnahme an dem Kongress ersucht.

Deutschland.

Unterbrechung der Reichstagsverhandlungen.

Berlin, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung der U. S.) Wie unser Berliner Korrespondent erfährt, macht das Programm der Verhandlungen in Spa durch die Hinzunahme der Fragen Danzig und Kriegsverbrechen die Teilnahme weiterer Minister an der Konferenz notwendig. Es wird deshalb heute im Reichstag der Beschluß auf Unterbrechung der Beratungen gefaßt werden müssen.

Die Protestbewegung gegen den Steuerabzug.

Aus Gleiwitz wird berichtet: An einer Protestkundgebung, die von der U. S. W. gegen den zehnprozentigen Steuerabzug hier veranstaltet wurde, beteiligten sich zum erstenmal auch französische Soldaten. Die Verhandlungscommission hat gegen die Soldaten eine Untersuchung eingeleitet.

München, 6. Juli. Der Proteststreik auf der Zeche Ostfild in Dettlingen wurde auf Beschluß einer neuen Betriebsversammlung heute nachmittag abgebrochen.

Kundgebungen gegen die Lebensmittelteuerung in Baden.

Karlsruhe, 6. Juli. Unter freiem Himmel wurde heute nachmittag eine von den freien Gewerkschaften einberufene Demonstration vor dem Reichstag gegen die Lebensmittelteuerung abgehalten. Es wurde eine Kommission aus Arbeitern der verschiedenen Fabriken gebildet, die sofort mit dem Oberbürgermeister in Verhandlungen eintrat. Aus allen Teilen Badens kommen Nachrichten über Kundgebungen gegen die Teuerung. Erstere Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet. In einigen Städten sind die Lebensmittelpreise bereits herabgesetzt worden.

Reichstag.

8. Sitzung, Montag, den 6. Juli.

Zunächst wird die Diktatorvorlage, wonach jeder Abgeordnete monatlich 1500 M. Tagegelder erhalten soll, ohne Aussprache dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Broterzeugung und Lebensmittelpreise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Interpellation (Erfassung (Dem.), Trimborn (Zentr.), Stresemann (D. Wp.) über die Broterzeugung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Sie weist darauf hin, daß die gelieferten Brotmengen zum überwiegenden Teile aus Erntestoffen, wie Weizenmehl, Weizenmehl usw., bestehen. Die Zustände dauern schon monatelang und können in kurzer Zeit schwerwiegende Folgen haben. Mit dieser Interpellation verbunden wird eine Interpellation Hents (U. S. W.) über die fortgesetzte Steigerung der Lebensmittelpreise. Sie fragt: Wie und wann gedenkt der Reichstanzler den durch die in Aussicht stehende überaus gute Ernte möglichen Abbau der Preise für Getreide, Kartoffeln, Fleisch in die Wege zu leiten? Was gedenkt der Reichstanzler gegen diejenigen Landwirte zu unternehmen, die sich in offener Verhöhnung behördlicher Anordnungen der Ablieferung ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse entziehen? Welche Maßnahmen plant er gegen den zunehmenden Lebensmittelwucher?

Hg. Erfassung (Dem.) begründet die erste Interpellation. Wenn im Ruhrrevier nicht Abhilfe geschaffen wird, müssen sich schwerwiegende politische Konsequenzen ergeben.

Hg. Dr. Herz (U. S. W.): Die Ausführungen des Korrespondenten haben deutlich die Not der Bevölkerung gezeigt. Es sind nicht nur die Kreise der Arbeiterschaft, sondern auch die Angestellten und Beamten leiden unerträglich. Es bedürfte nur eines kleinen Anstoßes, um dem Groß über diese Not Ausdruck zu geben. Dieser Anstoß waren die ungenügenden Obstpreise. Wir sind gegen die meist durch Lohndiebstahl hervorgerufenen Lebensmittelunruhen, weil dadurch gegen die Notlage nichts erreicht wird. (Sehr richtig! bei den U. S. W.) Wir sind aber aus all diesen Gründen aus schließlich gegen einen sogenannten „planmäßigen“ Abbau der Zwangswirtschaft, solange Angebot und Nachfrage sich nicht das Gleichgewicht halten. (Beifall bei den U. S. W.) Die Ausführungen des Reichsernährungsministers erwecken den Anschein, als ob die Regierung vor dem Ultimatum der Großagrarien vollkommen kapituliert hätte. (Sehr richtig! links.) Die Kreise der Klein- und Mittelbauern haben sich den temperamentsvollen Äußerungen des Herrn Dr. Heim angeschlossen, daß auch die Landwirtschaft Rücksicht nehmen müsse, die Großagrarien aber kennen nur ihren schrankenlosen Profit. (Sehr wahr! bei den U. S. W.) Die Wägen sind nicht in Einklang mit den Preisen gewesen. Redner bewies dies an vielen Beispielen. Die Gente von 1920 steht sehr gut und trotzdem hat die Regierung neue Preissteigerungen in Aussicht genommen, die alles Blödsinnige in den Schatten stellen und noch weit über die Zahlen der Inbekommmission hinausgehen. (Hört, hört!) Wenn man über die hohen Düngemittelpreise jammert, warum hat man dann die riesigen Gewinne der Düngemittelindustrie, besonders der Kaliindustrie, nicht beschlagnahmt? (Sehr richtig!) Die Produktion an Düngemitteln ist künstlich niedergehalten worden, um riesige Preise zu erzielen. (Sehr wahr! bei den U. S. W.) Es muß sehr unter allen Umständen mit dem Abbau der Preise begonnen werden, wobei bei den Brots- und Getreidepreisen der Anfang gemacht werden muß. (Sehr richtig!) Im Gegensatz dazu hat die Regierung ohne Bewilligung des Reichstages und ohne Befragung des Volkswirtschaftsausschusses wieder eine Frühfrührentenvermehrung genehmigt, statt, wie unser Genosse Bumm es von hier aus verlangt hat, die staatliche Organisation des Frühfrührenten in die Hand zu nehmen. (Hört, hört!) Die Annäherung an die Weltmarktpreise ist das Sehnen der Großagrarien. (Sehr richtig!) Dem Schieberum im großen muß entgegengetreten werden, was Aufgabe der Wuchergerichte gewesen wäre, die aber durch Sabotage der Rechtsparteien ihre Tätigkeit nicht aufnehmen konnten. (Sehr richtig!) Wir fordern die sofortige Vorlage eines Kommunalverfassungsgesetzes, das den Gemeinden die Möglichkeit schneller Zugriffs gibt. Wir sind nie gegen die produktive Landwirtschaft ausgekreut, sondern nur gegen den Großgrundbesitz, der andere für sich arbeiten läßt. (Sehr richtig! bei den U. S. W.) Ihn gilt es möglichst bald und durchgehend zu sozialisieren. Für die Uebergangszeit aber wenden wir uns auf schärfste gegen den Abbau der Zwangswirtschaft; denn hinter diesem Aufsteht nur die nackte Genußsucht. Der Hauptmangel der Zwangswirtschaft ist, daß sie durch die Gegenwirkung des Großgrundbesitzes usw. nur auf dem Papier steht. (Sehr richtig!) Demgegenüber fordern wir den genossenschaftlichen Ausbau in der Landwirtschaft mit allen Mitteln. Nur auf diesem Wege wird die furchtbare Not gelindert werden können. (Sehr richtig! bei den U. S. W.)

Ein Regierungsvorsteher: Im allgemeinen sind die Landwirte ihrer Vorkriegspflicht nachgekommen. Wir brauchen auch jetzt Auslandsgetreide, und dessen Preise müssen bei der Kalkulation in Rechnung gezogen werden. Die Frühfrührenten können wir nicht entbehren. (Auf bei den U. S. W.) Ist das alles?)

Auf Antrag Buntag (Zentr.) wird Besprechung beider Interpellationen beschlossen.

Hg. Kappeler (Soz.): Die Frage, ob wir bis zur Ernte reichen, kann noch nicht beantwortet werden. Süd- und Westdeutschland sind heute ausschließlich auf Auslandseinfuhr angewiesen. Das Bedauerliche ist, daß wir an Stelle des Brotes nicht Kartoffeln geben können, weil die Ablieferung in die Städte nicht im geringsten genügt. (Sehr richtig!) Sollte in den nächsten Wochen durch Murrufen eine Stockung eintreten, dann wäre der Zusammenbruch vollstädtig. Und dann gibt es nur noch das eine, daß die städtische Bevölkerung auf das Land strömt und sich ihre Nahrung selber holt. Das kann doch den Bauern auch nicht recht sein. Die Ursache ist einfach: der Bedarf aus eigenen Mitteln reicht für 40 Millionen — aber 80 Millionen wollen essen. Es gibt nur einen Weg zur Lösung dieser Schwierigkeiten: Erhöhung unserer Gesamtproduktion. Und dann: das Vorhandene muß gerecht verteilt werden. (Sehr richtig! bei den U. S. W.) Unsere ganze Ernährungswirtschaft ist nichts als ein Fortwursteln nach den alten Methoden. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht fähig, uns wieder hochzubringen. Wir müssen dahin kommen, daß, wer nicht arbeitet, auch nichts zu essen bekommt. (Sehr richtig!) — Zuruf: Wer ist denn im Hintopp? Den Arbeiter zwingt schon die Not des Lebens zur Arbeit. Die Zwangswirtschaft geht von dem richtigen Gedanken aus, daß gerade bei knappen Nationen alle möglichst erhalten müssen. Es hanteln jedem wöchentlich noch 200 Gramm Brot mehr gegeben werden, wenn alles Getreide abgesteuert und verteilt würde. (Hört, hört!) Aus dem scherhaften Kreise von Preis und Lohn muß die Landwirtschaft zuerst heraus, und so kann dies auch, weil sie höhere Produktionskosten hat, die nicht von den Schwankungen abhängen wie bei der Industrie. (Widerpruch rechts.) Dann, aber auch nur dann, kann der Landwirtschaft geholfen werden durch Befähigung der Düngeartikel auf Reichsflächen. Von einer Verbilligung der Lebensmittel, wo

von die Regierung spricht, merkt man in der Tat nichts. Eine solche Ernährungspolitik kann unsere Fraktion nicht mitmachen. Wir verlangen eine Herabsetzung der Ausmahlung, den Fortfall jedes Stredungsmittels ab nächster Ernte und auf keinen Fall eine Erhöhung des Brotpreises. (Sehr richtig!) Die Auslieferung von Frühfrührenten hat tatsächlich eine Vermehrung der Anlieferung zur Folge und macht uns darum unabhängiger von der Auslandszufuhr. Es ist unangenehm, daß wir durch die Frühfrührenten auf diese Weise einen ganzen Monat Einfuhrgetreide sparen. Die Landwirtschaft sollte angesichts der furchtbaren Notlage des gesamten werktätigen Volkes auf jede weitere Preiserhöhung verzichten. (Sehr richtig!) Wenn dagegen manche landwirtschaftlichen Kreise mit dem Boykott drohen, so warne ich sie vor der Macht der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. (Sehr richtig!)

Der Präsident verliest einen Antrag Rebebour (U. S. W.): Die Behandlung der Interpellationen durch die Regierung entspricht nicht der Anschauung des Reichstages.

Hg. Sauerbrey (U. S. W.): In den Säuglingsheimen sind die furchtbaren Folgen der Unterernährung deutlich zu beobachten. Die Photographien dieser unterernährten, mit Engländer Karikatur behafteten Kinder sollten auf jedem Gutschose ausgehängt werden. (Zuruf rechts: Die englische Hungerblockade!) Ich leugne nicht die Schuld der Englischen Imperialisten, aber die deutsche Agrarier haben die Hungerblockade fortgesetzt. Der getreue Fritzlin des Reichsernährungsministers hat eine Antwort gegeben, die uns nicht befriedigen kann. (Sehr richtig! bei den U. S. W.) Es muß darauf hinaus, daß die Landwirte der Not des Volkes nicht wehren können, wenn sie dafür große Kriege führen. (Sehr wahr! bei den U. S. W.) In einer solchen Regierung können wir kein Vertrauen haben. Die Zwangswirtschaft hat mit Sozialismus nichts zu tun, aber selbst diese Notstandsmaßnahme wird von den Agrariern sabotiert. Im rheinischen Industriegebiet haben sich die Ernährungsverhältnisse geradezu zu einer Katastrophe ausgegipft. Der Dölkwucher im Rheinland muß tiefe Erbitterung auslösen. Ueber all das gibt der Regierungsvorsteher keine Auskunft. (Sehr richtig!) Die fortschreitende Proletarisierung wird zu einer fortschreitenden Revolutionierung. (Beifall bei den U. S. W.)

Nächste Sitzung Dienstag, 2 Uhr: Kleine Anfragen, Interpellationen über die Arbeitslosigkeit, Fortsetzung der Besprechung über die Ernährungslage.

Schluß 6 Uhr.

Von Nah und Fern.

Handgranatenerplosion in einer Kriegsschadigten Versammlung.

Sagen i. Wehl, 6. Juli. Während einer stark besuchten Versammlung, die der Internationale Bund der Kriegsschadigten und Kriegshinterbliebenen heute abend in der Tonhalle abhielt, am für Völkerverfrieden und Völkerverständigung zu demonstrieren, lag der in der Nähe des Rednerpults aufgestellte große eiserne Ofen mit gewaltigem Getöse in die Luft. Die Dede wurde an verschiedenen Stellen durchschlagen; sämtliche Festescheiben sind zertrümmert und Tische und Stühle durcheinandergeworfen. Etwa vierzig Personen wurden verletzt, darunter eine Anzahl lebensgefährlich. Die sofort vorgenommene kriminalpolizeiliche Untersuchung ergab, daß im unteren Teile des großen eisernen Ofens neben dem Aschenkasten eine Anzahl Handgranatensprengkapseln verborgen gewesen war. Man glaubt, daß die Entzündung durch eine in den Ofen geworfene Zigarre oder Zigarette entstanden ist.

Seinen Vater erschossen.

Frankfurt a. M., 5. Juli. (U. S.) Der 44 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Römer bedrohte am Sonntag vormittag Frau und Sohn mit Totschlag, wie er das öfters tat. Gestern entriß der 10jährige Sohn ihm den Revolver und gab einen Schuß ab, der den Vater in die Brust traf und nach kurzer Zeit den Tod herbeiführte. Der Sohn stellte sich freiwillig der Polizei, die ihn in Haft nahm.

Schweres Straßenbahnunglück.

Erantou (Pennsylvanien), 5. Juli. (Reuter.) Bei einem Straßenbahnunglück in der Nähe von Pittston wurden 18 Personen getötet und 100 verletzt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Albert Fichte in Leipzig.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Viller, Vorstadt-Reipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig

Erdal

Schuhputz



Vor Freude tanz

der schwarze Mann,

er weiß

was Erdal leisten kann.

schwarz / gelb / braun / roibraun
Alleinhersteller: Werner & Merz, Mainz

Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Spieltheater & Silberhalle

Krystall-Palast

Ab heute Dienstag, 6. Juli:
Harry-Piel-Zyklus

HARRY PIEL



HARRY PIEL

Die Abenteuer eines Vielgesuchten.
34 Akte. 34 Akte.

6. Juli:
„Der rätselhafte Klub“
5 Akte.

7. Juli:
„Der große Unbekannte“
5 Akte.

8. Juli:
„Der große Coup“
5 Akte.

9. und 10. Juli:
„Ueber den Wolken“
6 Akte.

11. und 12. Juli:
„Die Geheimnisse des Circus Barré“
7 Akte.

Ab 13. Juli:
„Die Luft-Piraten“
6 Akte.

Wir machen speziell darauf aufmerksam, daß in allen diesen Filmen **Harry Piel** die Hauptrolle selbst spielt.

Gleichzeitig bemerken wir, daß nur wir berechtigt sind, die neuen **Harry-Piel-Filme** der nächstjährigen Serie 1920/21 in Erstaufführung für Leipzig zu spielen.

Sämtliche in anderen Theatern in Erstaufführung für Leipzig angekündigten **Harry-Piel-Filme** gehören nicht zu dieser neuen Serie.
Die Direktion.

Täglich von 3-7 Uhr:
Große Kinder- und Jugend-Vorstellung.

!!! Wichtig für jede Hausfrau !!!

Im **Kaufmanns-Bereinshaus** und im **Auguste-Schmidt-Haus**
Schulstraße Dresden, Straße

Mittwoch, den 7., und Donnerstag, den 8. Juli
um 1/4 Uhr nachmittags und um 6 Uhr abends

öffentl. Probewaschen

Eintritt frei!

mit dem pneumatischen Schnellwasch-Apparat
„Die eiserne Waschfrau“

Die schnellste, gründlichste und billigste Waschmethode!
50% Waschmittel-Ersparnis!

Jede Hausfrau ist hierzu freundlichst eingeladen.
Schmutzige Wäsche
besonders auch Stärkewäsche, wie Kransen, Manschetten, auch Gardinen mitbringen. Sie erhalten diese in 5 Minuten tadellos sauber zurück.

Preis des Apparates 30 Mk.
Besucher des Probewaschens bekommen den Apparat zum **Nachkaufpreis** von 27 Mk.

Kein Kaufzwang! Kein Kaufzwang!
W. Gebeling, Magdeburg, Kühlewienstr. 24

Neu erdummet!

Keiner Hebersee-Blätter-Tabak!

Mittelschnitt 100 Gramm 8,50 Mk.
Grobchnitt 100 Gramm 4,70 Mk.

Jedem neuen Kunden ist gestattet, eine Gratis-Probepackung zu entnehmen, die jedoch nicht zum Kauf verpflichtet. Daher soll jedermann erst probieren und dann urteilen!

Beyers Tabakhaus, Nürnberger Strasse 40.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt!

Preiswertes Angebot in Schuhwaren u. Reparaturen

Kindersandalen 22-24: 26,50, 25-26: 28,50, 27-30: 32, 31-35: 35, 36-40: 38, 41-45: 42, 46-50: 45, 51-55: 48, 56-60: 52, 61-65: 55, 66-70: 58, 71-75: 62, 76-80: 65, 81-85: 68, 86-90: 72, 91-95: 75, 96-100: 78, 101-105: 82, 106-110: 85, 111-115: 88, 116-120: 92, 121-125: 95, 126-130: 98, 131-135: 102, 136-140: 105, 141-145: 108, 146-150: 112, 151-155: 115, 156-160: 118, 161-165: 122, 166-170: 125, 171-175: 128, 176-180: 132, 181-185: 135, 186-190: 138, 191-195: 142, 196-200: 145, 201-205: 148, 206-210: 152, 211-215: 155, 216-220: 158, 221-225: 162, 226-230: 165, 231-235: 168, 236-240: 172, 241-245: 175, 246-250: 178, 251-255: 182, 256-260: 185, 261-265: 188, 266-270: 192, 271-275: 195, 276-280: 198, 281-285: 202, 286-290: 205, 291-295: 208, 296-300: 212, 301-305: 215, 306-310: 218, 311-315: 222, 316-320: 225, 321-325: 228, 326-330: 232, 331-335: 235, 336-340: 238, 341-345: 242, 346-350: 245, 351-355: 248, 356-360: 252, 361-365: 255, 366-370: 258, 371-375: 262, 376-380: 265, 381-385: 268, 386-390: 272, 391-395: 275, 396-400: 278, 401-405: 282, 406-410: 285, 411-415: 288, 416-420: 292, 421-425: 295, 426-430: 298, 431-435: 302, 436-440: 305, 441-445: 308, 446-450: 312, 451-455: 315, 456-460: 318, 461-465: 322, 466-470: 325, 471-475: 328, 476-480: 332, 481-485: 335, 486-490: 338, 491-495: 342, 496-500: 345, 501-505: 348, 506-510: 352, 511-515: 355, 516-520: 358, 521-525: 362, 526-530: 365, 531-535: 368, 536-540: 372, 541-545: 375, 546-550: 378, 551-555: 382, 556-560: 385, 561-565: 388, 566-570: 392, 571-575: 395, 576-580: 398, 581-585: 402, 586-590: 405, 591-595: 408, 596-600: 412, 601-605: 415, 606-610: 418, 611-615: 422, 616-620: 425, 621-625: 428, 626-630: 432, 631-635: 435, 636-640: 438, 641-645: 442, 646-650: 445, 651-655: 448, 656-660: 452, 661-665: 455, 666-670: 458, 671-675: 462, 676-680: 465, 681-685: 468, 686-690: 472, 691-695: 475, 696-700: 478, 701-705: 482, 706-710: 485, 711-715: 488, 716-720: 492, 721-725: 495, 726-730: 498, 731-735: 502, 736-740: 505, 741-745: 508, 746-750: 512, 751-755: 515, 756-760: 518, 761-765: 522, 766-770: 525, 771-775: 528, 776-780: 532, 781-785: 535, 786-790: 538, 791-795: 542, 796-800: 545, 801-805: 548, 806-810: 552, 811-815: 555, 816-820: 558, 821-825: 562, 826-830: 565, 831-835: 568, 836-840: 572, 841-845: 575, 846-850: 578, 851-855: 582, 856-860: 585, 861-865: 588, 866-870: 592, 871-875: 595, 876-880: 598, 881-885: 602, 886-890: 605, 891-895: 608, 896-900: 612, 901-905: 615, 906-910: 618, 911-915: 622, 916-920: 625, 921-925: 628, 926-930: 632, 931-935: 635, 936-940: 638, 941-945: 642, 946-950: 645, 951-955: 648, 956-960: 652, 961-965: 655, 966-970: 658, 971-975: 662, 976-980: 665, 981-985: 668, 986-990: 672, 991-995: 675, 996-1000: 678

H. Grönke
Nur Wurzner Strasse 58.

Licht- und Naturheilverfahren
F. H. Geibler
Blutreinigungskuren, Sorgf. Behandlung, Vorausgehende gründl. Untersuchung der inneren Leiden mit Nachprüfung aus den Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12 3-5. Pfaffendorfer Str. 14.

Besonders vorteilhafte
Ferien-Angebote

In der
Herren-Abteilung

Herren-Jackett-Anzüge	von M. 490.- an
Sport-Anzüge	M. 690.-
Strand-Anzüge	M. 240.-
Reise-Ülster	M. 490.-
Bozener Mäntel	M. 290.-
Lüster-Jackets	M. 75.-
Sommer-Joppen	M. 95.-
Stoff-Hosen	M. 79.-
Wash-Hosen	M. 55.-
Turner-Hosen	M. 59.-
Tennis-Hosen	M. 75.-

In der
Knaben- und Jünglings-Abteilung

Knaben-Schlupf-Anzüge	von M. 110.- an
Jacken-Anzüge	110.-
Wash-Anzüge	60.-

Wash-Hosen u. Wash-Blusen sehr billig

Jünglings-Sport-Anzüge	von M. 250.- an
Jackett-Anzüge	250.-

Pelerinen, Bozener Mäntel, Überzieher sehr billig

In der
Herren-Artikel-Abteilung

Stroh Hüte	von M. 5.- an
Filz Hüte (nur gute, neue Ware)	75.-
Sport-Mützen	16.50
Hosenfräger	4.50
Krawatten	8.50
Mako-Hemden	59.-
Mako-Hosen	59.-
Einsatz-Hemden	65.-
Socken	9.50
Oberhemden	110.-

Mittags 1-3 Uhr geschlossen

H. Hollenkamp & Co
Brühl Nr. 28-32 Leipzig Ecke Reichsstr.
Erstes Herren-Bekleidungs-Haus

In 1 Stunde
Bäume
Krone 12, Co. Kuehne Ballische Str. 57 Pl. Solschtr. 17.

Inferate
Für die fällige Nummer bestimmt, erbitten bis spätestens 9 Uhr vorm. am Erscheinungstage.

Sautjucken
(Krätze)
wirksames Spezialmittel.
König-Salomo-Apoth.
Leipzig.

Vorzügliche Qualitäts-Zigarren
Zigarillos u. Zigarotten
Becker, Riebeckstr. 48
Tabakfabrikate
en gros en detail.

Grosslager POPP PANORAMA
Rohplatz
Fil. Mädler-Passage
Neumarkt 14
gegründet 1863
Mit Preis-Nachlaß

Kinderwagen
Klappportwagen
Promenadenwagen
Lehrwagen
Stuhlwagen
Kindermöbel
Minderbetten
und Matratzen

Reiche Auswahl.
Erneuerung v. Gummlreifen und Reparaturen in la-Ausführung.

Rohr-Möbel

für alle Zwecke.
Günstige Rohmöbel
Einzel-Muster mit Preis-Nachlaß.

7. bis 14. Juli

Gebe meinen wertesten Kunden beinahe Einkauf vor

Schauff Zigarren

auf Qualitäten in den Preislagern vor 180 bis 3,50

10% Rabatt

In der städtischen Verwaltung ist die Stelle eines **besoldet. Magistratsmitgliedes, Stadtrat** sofort zu besetzen. Die Anstellung erfolgt nach den in der Städteordnung für die besoldeten Magistratsmitglieder vorgegebenen Bestimmungen auf 12 Jahre. Gehalt wird nach Gruppe 13 der Besoldungsordnung für die Staatsbeamten gewährt. Die Uebernahme besoldeter Nebenämter ist nicht gestattet. Bei Dienstunfähigkeit wird ein durch Ortsstatut geregeltes Ruhegehalt gezahlt. Geeignete Bewerber werden erucht, ihre Bewerbungen unter Beifügung eines Lebenslaufes und der Befähigung nachweisenden Zeugnisse an den Unterzeichneten - Ratsbücherei Ratshaus - bis zum 31. Juli 1920 einzusenden.
Königsberg i. Pr., den 2. Juli 1920.
Mertins, Stadtverordneten-Vorsteher.

Lichtspiele Zschocher
Telephon 40960 Inh.: M. Raschke
Ab Dienstag bis Donnerstag

Lepain
3. Teil Der König 3. Teil
der Liebe u. Ausbrecher. 5 Akte. 3. Teil
(Freitag folgt der 4. Teil.)

Menschen 1. Teil
Soziales Schauspiel in 6 Akten.
Ueberall mit großem Beifall aufgenommen.
(2. Teil Todessurteil folgt ab Dienstag, 13. Juli.)

Hufeisen bringt Glück
Lustspiel. 2 Akte.
Eintrittspreise:
3. Pl. 1.80, 2. Pl. 2.20,
1. Pl. 2.80, Spers. 3.80

LUNA-Lichtspiele
Leipzig-Eritzsch
Schieberstr.

Von Dienstag, den 6. bis
Donnerstag, den 8. Juli: „Der Goldfisch.“
Max Landa: „Die Maske.“ 5 Akte.

Verkaufsstelle: Hainstraße 23. Telephon 18090.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 6. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Leipziger Angelegenheiten. Umständlicher beginnt der für Mittwoch, den 7. Juli, angelegte Jahresbericht erst am 14. Juli. Dr. Franz wird dafür den bereits für 7. 8. in Aussicht genommenen Vortrag über: Kunstgenuss halten. Die Bibliothek ist von heute an nur Dienstags von 6-8 Uhr geöffnet.

Die Intellektuellen und der Sozialismus.

Die Intellektuellen sind diejenigen, deren Tätigkeit auf geistigem und künstlerischem Gebiete liegt. Weist sind sie Angehörige „freier“ Berufe; zum Teil stehen sie im Angestelltenverhältnis. Manche sind Staats- und Reichsbeamte. Im wesentlichen war ihre Erziehung aufgebaut auf der bürgerlichen Kultur. Sie hatten dem Profitinteresse des Kapitalismus zu dienen und daneben die Bedürfnisse der Bourgeoisie auf geistigen und künstlerischen Gebieten zu befriedigen.

Die bürgerliche Kultur befindet sich im Niedergang. Der Kapitalismus ist bankrott. Kein Wunder, wenn die Intellektuellen in die schwerste Bedrängnis geraten. Die bürgerliche Welt hat den meisten stets nur ein kümmerliches Dasein. In einer Welt, in der nur der erfolgreichste Profitgieriger in die Höhe kam, konnte sich häufig der Denker, der Forscher, der Gelehrte, der Künstler nicht durchsetzen. Nur wenige gelangten zu Wohlstand, zu einem behaglichen, sorgenfreien Leben. Die meisten hatten ein farges und vor allem ein unsicheres Brot. Große Denker und Künstler haben mühsam ringen müssen, um sich nur zu behaupten. Nach ihrem Tode hat der Kapitalismus Millionen an ihren Werken „verdient“. So mancher arme Erfinder ist geprellt worden. Viele Intellektuelle haben sich nicht einmal durchsetzen können, auf halbem Wege sind sie zusammengebrochen, verkommen, verzweifelt. Und unzählige Talente haben sich gar nicht entfalten können. In harter körperlicher Fron ist ihr Geist allmählich verkrüppelt. Dieser Zustand liegt nicht etwa weit zurück. Der Kapitalismus hatte für die Intellektuellen wenig übrig. Sowie er sie brauchte, zog er sie in seine Dienstreise und die meisten bezahlte er mäßig, zum Teil schlecht. Sonst aber hat er sich nicht um sie bekümmert. Ungehobene Reichtümer wurden vor dem Reize geschaffen. Für Kunst und Wissenschaft fiel davon herzlich wenig ab. Der Staat schuldeten sie wohl, aber mit materiellen Mitteln knauerte er, wenn er sie fördern wollte. Die Milliarden deutschen Geldes wurden ins Ausland getragen, oder für Panzerschiffe, Heeresausrüstungen ausgegeben, also für im periaitische Zwecke angelegt. Das Herrschafts- und Ausbeutungsgebiet des deutschen Kapitalismus sollte erweitert werden; insbesondere sollten wertvolle Kolonialländer seinen Reichum vermehren.

Diese Politik ist zusammengebrochen, und der Kapitalismus hat sich dabei tödliche Wunden zugezogen. Noch im Besonderen hat er gewußt, sich maßlos zu bereichern. Das beschleunigt aber seinen Untergang.

Was wird nun aus den Intellektuellen? Auf den Kapitalismus können sie nicht mehr bauen. Eine kleine auerwählte Schicht hat vielleicht heute noch eine gute Stelle, aber auch sie lebt in Sorgen, denn niemand kann wissen, ob nicht der Boden, auf dem sie steht, innerlich kurzer Zeit zusammengebrochen ist. Das große Meer der Intellektuellen aber befindet sich in größter Bedrängnis. Was tun? Man ruft nach Zusammenbruch nach Selbsthilfe. In wälfsten Stunden soll der Weg betreten werden, den die deutsche Arbeiterklasse schon vor mehr als 50 Jahren beschritten hat. Dazu waren bisher viele Intellektuelle nicht zu bewegen. Der Sozialismus ist ihnen fremd. Sie glauben, wenn jeder seine eigenen Pflichten wandle, komme der einzelne besser weg. Was dabei erreicht ist, brauchen wir nicht ausführlich darzulegen. Die Intellektuellen wissen es am besten. Zusammenbruch ist natürlich notwendig. Es ist das erste, was überhaupt getan werden muß. Doch was dann? Will man etwa auf dem moribunden Boden der bürgerlich-kapitalistischen Kultur weiter arbeiten, vielleicht ausbessern, reformieren, oder will man sie gar „neu aufbauen“. Es wird dabei nichts herauskommen.

Es hilft nichts! Auch die Intellektuellen müssen erkennen, daß eine neue sichere Grundlage geschaffen werden muß. Das ist die sozialistische Wirtschaft. Auf diesem neuen, auf diesem festen Fundament kann dann auch neue Kultur entstehen.

Der Sozialismus kann die Wissenschaft, kann die Kunst nicht entbehren. Er braucht die Intellektuellen genau so notwendig wie die Handarbeiter. Kopf- und Handarbeiter sollen gemeinsam die neue Wirtschaft, die neue Kultur und damit eine neue Welt aufbauen. Und in ihr wird der Intellektuelle eine bessere Stellung einnehmen als in der kapitalistischen Wirtschaft. Die sozialistische Produktion wird noch mehr als die kapitalistische die Wissenschaft, die Technik in ihren Dienst stellen. Steigerung der Erlebensfähigkeit der Arbeit, Erleichterung der körperlichen Tätigkeit lassen sich nur erreichen, wenn Wissenschaft und Technik unermüdlich tätig sind. Dem menschlichen Geist sind dann keine Schranken gesetzt. Er soll das Beste leisten, und zwar nicht mehr für den einzelnen Privatunternehmer, sondern für das Wohl der Gesamtheit. Die Initiativen des einzelnen, die heute vielfach gekümmert ist, wird nicht verlagert, denn bessere Leistungen werden auch in der sozialistischen Wirtschaft besser bezahlt werden. Das wird aber für viele nicht ausschlaggebend sein. Haben wir erst eine Arbeiterklasse für alle Mitglieder der Gesellschaft erreicht, so wird der Profitgeist allmählich weichen und das Bestreben, für das Gemeinwohl sein Ganzes einzusetzen, wird mehr in die Erscheinung treten.

Die sozialistische Gesellschaft braucht auch die Kunst; sie wird mehr geachtet und höher bewertet werden als im Zeitalter des Kapitalismus. Der Mensch hat nicht nur Anspruch auf leibliche Nahrung; er muß auch geistige, und künstlerische Genüsse haben. Und die Kunst soll nicht einer kleinen Schicht, sondern der ganzen Gesellschaft zur Verfügung stehen. Das sind für Kunst und Wissenschaft ganz andere Aussichten, als sie ihnen der Kapitalismus bieten kann.

Freilich läßt sich das Ziel, das wir hier nur angedeutet haben nicht in kurzer Zeit erreichen. Der Imperialismus hat Deutschland arm gemacht. Wertvolle Güter sind zerstört. Notwendig ist die Errichtung der sozialistischen Wirtschaft, wenn wir aus dem Ruinselend herauskommen wollen. Sie ist das Werk der Hand- und Kopfarbeiter, die hierzu die Herrschaft im Reiche besitzen müssen. Haben wir sie, dann können wir an den Aufbau der neuen Wirtschaft, der neuen Kultur herangehen. Es werden dann zunächst die gesellschaftlichen Kräfte zusammengeführt werden, damit wir das schaffen, was wir für alle am nötigsten brauchen: Nahrung, Kleidung und Wohnung. Daneben wird sich der Aufstieg der neuen Kultur vollziehen. Wir leben das an Rußland. Hier sind trotz der größten Schwierigkeiten doch zahlreiche Kräfte am Kulturwerk tätig. In Deutschland kann — wenn sich alle Hand- und Kopfarbeiter darin einig sind — die Sozialisierung leichter vorgenommen werden als in Rußland; denn wir haben eine hochentwickelte Industrie, eine leistungsfähige Landwirtschaft, die nur noch mehr auszubauen ist, damit sie höhere Erträge abwirft. Weicht der Wohlstand der Gesellschaft, so wird der Kulturstand steigen, was besonders den Intellektuellen zugute kommen wird.

Der Intellektuelle wird sich also vom Kapitalismus, von den bürgerlichen Parteien abwenden müssen. Er gehört zum revolutionären Proletariat, in die USV. Zusammen-

mit dem Handarbeiter muß er sich die Herrschaft erkämpfen, damit er am Gemeinheitswerk der Arbeiterklasse teilnehmen kann.

Der Leipziger Lehrerverein im Jahre 1919.

Der Leipziger Lehrerverein hat einen Bericht herausgegeben über sein 74. Vereinsjahr, das von dem Gärten und Brauen der Revolution stark beeinflusst wurde. Die Verhältnisse verlangten eine energische Stellungnahme der Lehrerschaft, besonders zu der wirtschaftlichen Lage, zur Selbstverwaltung der Schule, zur allgemeinen Schule und zur weltlichen Schule. Charakteristisch für die veränderten Verhältnisse auch innerhalb der Lehrerschaft ist, daß nicht mehr Wälfstufen abgesetzt wurden, sondern es wurde gefordert und man war auch bereit, für diese Forderungen zu kämpfen und zu leiden. Und dieses entschiedene Vorgehen zeitigte auch Erfolge. — Während des Generalstreiks hatte sich ein Teil der Lehrer trotz der empfohlenen Neutralität dem Bürgerstreik angeschlossen und die Arbeit niedergelegt. Ein besonderer Ausschuß wurde eingesetzt, um die dringendsten Fragen, die sich daraus ergaben, zu erledigen. — Eine Eingabe an die Behörde hatte den Erfolg, daß jeder Lehrer berechtigt sein soll, von der Erteilung der Osterzeugnisse abzusehen, wenn zwingende Gründe vorliegen. Auf der Vertreterversammlung der Sächsischen Lehrerschaft Ostern 1919 stimmten fast alle Redner den Leipziger Thesen zu. Damit forderte die Vertretung der gesamten sächsischen Lehrerschaft die weltliche Schule. In einer öffentlichen Versammlung wurden diese Forderungen der Allgemeinheit unterbreitet und stehen nur ganz vereinzelt auf Widerstand. Eine Wochenversammlung der Lehrer erhob Protest gegen die uneingeschränkte Zulassung von Volksschulen und gegen die Einführung des konfessionellen Religionsunterrichts als ordentlichen Lehrgegenstand der allgemeinen Volksschule. Dem Kultusminister Bud, der in einer Versammlung von 2000 Mitgliedern und Gästen den Entwurf zum Übergangsschulgesetz vorlegte, wurden in einer Entschlüsselung die Forderungen auf Durchführung der Selbstverwaltung, völlige Trennung der Schule von der Kirche und Einführung der weltlichen Schule sowie Einziehung der Lehrer in die staatliche Befolungsordnung übergeben. — Die Freude über das zustande gekommene sächsische Übergangsschulgesetz wurde arg getrübt durch die schwere Niederlage, die die Schule durch die Verfassung des Deutschen Reichs erlitt. Die Einheit der deutschen Schule und der deutschen Kultur wurden den Machtsprüchen konfessioneller Parteilichkeit geopfert. Die Kirche verlegte sich nun darauf, Unterstellungen zu sammeln für die Selbsthaltung des Religionsunterrichts. Der Lehrerverein veranstaltete daraufhin mit gutem Erfolg Elternvorlesungen, in denen das Thema „Weltliche Schule“ erörtert und Entschlüsselungen für die weltliche Schule angenommen wurden. Gegen die Erteilung einzelner Lehrer nahm der Verein Stellung und sprach in einer Entschlüsselung die Erwartung aus, daß seine Mitglieder es ablehnen, unter Aufsicht und Mitwirkung der Kirche sich an der Erteilung des Religionsunterrichts zu beteiligen. — Eine Besserung der wirtschaftlichen Lage erhoffte die Lehrerschaft durch die Umwandlung des Sächsischen Lehrervereins in eine Gewerkschaft; die nötigen Änderungen der Satzung wurden auf dem Vertretertag Weihnachten 1919 beschloffen. — In den Abteilungen und Ausschüssen des Leipziger Lehrervereins wurde ein großer Teil der Vereinsarbeit geleistet. Viele Mitglieder des Leipziger Lehrervereins und des Leipziger Arbeiterbildungsvereins sind dem Lehrerverein beigetreten, so daß der Verein am Ende des Jahres 2017 Mitglieder zählte.

Der Sieg mit seinen Folgen ist auch an der Lehrerschaft nicht spurlos vorbeigegangen. So mancher, der im alten Oberleitungsstandes politischer Betätigung aus dem Wege ging und lieber ein harmloses Stillsitzen erlitt, hat sich den neuen Ideen zugänglich erwiesen. Die kommenden Tage werden die Lehrerschaft davon überzeugen, daß die Umgestaltung der Schule nur im innigsten Zusammenarbeiten mit der aufstrebenden Arbeiterklasse erfolgen kann.

Der Protest der mittleren Postbeamten.

Am 4. Juli haben sich im Krystalpalast etwa 900 mittlere Post- und Telegraphenbeamte versammelt, die in ihrer Einzelstellung in die Befolungsstellen eine Zurücksetzung erlitten. Sie fordern: 1. Sofortige Einziehung aller bisherigen Angehörigen der Affizientenklasse in Gruppe 7 mit der Aufstellungsmöglichkeit ohne Prüfung nach Gruppe 8, wo der älteste Teil schon einzutreten ist. 2. Sofortige Einziehung aller geprellten Sekretäre in Gruppe 8 und Hebung des ältesten Teils in Gruppe 9. 3. Sofortige Einziehung aller vorhandenen Obersekretäre usw. in Gruppe 9 und Hebung des ältesten Teils in Gruppe 10 zusammen mit den Betriebsaufsichtsbeamten. Die Fristen für den Rückzug sind in der Befolungsordnung festzulegen. Ferner die Einziehung der mittleren technischen Telegraphenbeamten nach dem Verbandstagsbeschluss und Verleihung einer zureichenden Amtsbezeichnung an diese Beamten, sowie die Verleihung der Amtsbezeichnungen Telegraphenbaumeister an die Telegraphenaufseher, Postmeister an die Vorleser der Postämter 3 und Ober-Postmeister an die der Postämter 2, sowie Gewährung angemessener Stellenzulagen für die letzten beiden Beamtengruppen.

Quänterhilfe für Leipziger Studierende. Seit dem 28. Juni werden in Leipzig 200 Studierende kostenlos von den englischen Quäntern gespeist. Es werden auch dem Leipziger Tagesblatt 100 Studierende im Konvikt und 100 Studierende in dem seit November 1917 bestehenden Studentenklub Mittag- und Abendessen verpflegt. Die Auswahl der Studierenden, die einzeln und allein nach der Bedürftigkeit erfolgte, war einer von den Quäntern gewählten Kommission übertragen, die außer aus einem Vertreter der Quänter, aus Frau Geheimrat Richter, Herrn Geheimrat Prof. Dr. Altshaus, Herrn Geheimrat Prof. Dr. Ritter und dem Leiter der Akademischen Auskunftsstelle, Herrn Dr. Köster, bestand. Bei der großen Zahl der bedürftigen Studierenden konnte nur ein geringer Prozentsatz der Bewerber berücksichtigt werden.

Bei der ersten Spelung des Quänter-Hilfswertes beauftragte Geheimrat Prof. Dr. Richter in Vertretung der beiden verhandelnden Herren Leiter des Konvikts und des Studentischen Mittagklub die zur Spelung erschienenen Kommissionen und dankte in herzlichen Worten den Quäntern für ihr edles Werk helfender Nächstenliebe.

Die Quänterhilfe wäre für Deutschland nicht notwendig geworden, wenn die deutschen Universitäten, Professoren, Lehrer und Schüler nicht so herporaus mit dazu beigetragen hätten, in Deutschland den Geist von 1914 zu züchten, der seinen Ausbruch fand in dem Gedrüll: „Gott strafe England!“

Auszahlung der Kriegsanleihe in den Schulen. Noch immer sind, wie uns das Schulamt mitteilt, viele in den Schulen gezeichnete Beiträge nicht erhoben worden. Bis zum Beginn der Sommerferien (15. Juli) halten sich die Schulen wöchentlich einmal zur Auszahlung bereit und zwar Montags von 9 bis 11 Uhr, Dienstags von 10 bis 12 Uhr. Nach den Ferien werden die Schulen ihre Mitwirkung bei der Auszahlung der Sammelleistungen voraussichtlich einstellen müssen.

Entscheidung von Brennstoffen. Die im Monat Juni vom Koblenzamt durchgeführten Entnahmen von Brennstoffen in Haushaltungen und Hausbrandbetrieben waren in 27 Fällen von Erfolg und nur in einem Falle erfolglos. Insgesamt wurden entnommen 1400 Zentner Briketts = 70 Tonnen und 180 Zentner Steinkohl = 9 Tonnen.

Bereitstellungen für die Elternräte. Die USV-Mitglieder der Elternräte der Volksschulen von Leipzig und Umgegend haben sich eine Zentrale geschaffen, deren Aufgabe es ist, für Einheitlichkeit in der Tätigkeit der Elternräte und für genügende Ausbildung der Elternratsmitglieder Sorge zu tragen.

In nächster Zeit werden eine Anzahl Vorträge und Diskussionen abgehalten werden, die diesem Zwecke dienen

sollen. Die Vorträge werden folgende Gebiete umfassen: Sozialistische Auswertung des Schulgesetzes, Berufsberatung, Entwicklung der Religion, Moralunterricht oder nicht, Arbeitsschulmethoden, Lehrpläne und Lichtbilder als Unterrichtsmittel, schulärztliche Versorgung, kommunale Schulpolitik usw.

Von ganz besonderem Interesse werden zwei große Lichtbilder-vorträge sein, die am 12. und 13. Juli vom Leiter des Psychologischen Instituts des Leipziger Lehrervereins, Herrn Schulz, über Psychologische Methoden der Begabtenförderung und Psychologische Methoden der Berufsberatung gehalten werden. Der Zutritt zu diesen Vorträgen steht allen Elternratsmitgliedern, auch solchen, die unserer Partei nicht angehören, offen. Die soziale und berufliche Seite der Berufsberatung wird in besonderen Vorträgen von Parteigenossen behandelt werden, die das Gewerkschaftsblatt noch bestimmen wird.

Der starke Besuch, den die erste Zusammenkunft der Elternräte der USV. aufweisen konnte, zeigt dafür, daß auch den weiteren Veranstaltungen ein lebhaftes Interesse aller Kreise entgegengebracht werden wird.

Bei der Elternratswahl in der Volksschule 46. Bindenan Abten von 1908 Wahlberechtigten 522 ihr Wahlrecht aus (87 Prozent). Davon entfielen auf Liste I (USV.) 427 und auf Liste II (Unpolitische) 95 Stimmen. Liste I erhält 8 und Liste II 1 Wählerstimme.

Elternversammlung in Neuschönefeld. Donnerstag, den 8. Juli, abends 7/8 Uhr, in der Knabensturnhalle, Eingang Lorenzstraße 2. Tagesordnung: 1. Bericht des Wahlausschusses; 2. Vortrag über Sozialistische Erziehung im Hause. Ref. Lehrer Volkshd. 3. Verschiedenes. Eltern, erscheint vollständig! Der Elternrat.

Elternratswahl in der 47. Volksschule. Sonntag, den 11. Juli, von 9-12 Uhr, Zimmer 9 (Eingang Elisabethallee) Wahlvorschlüge und Wählerlisten liegen vom 6. bis 9. Juli, nachmittags von 5-7 Uhr, im gleichen Zimmer aus.

Elternratswahl in der 3. Volksschule (Kardinalstraße). Sonntag, den 11. Juli, 8-12 Uhr vormittags. Wahlberechtigt sind beide Eltern und Erzieher. Wahlausweis mitbringen. Nacht alle von eurem Wahlrecht Gebrauch und wählt die Liste der USV.

Elternratswahl in der 1. Volksschule (Kriegsstraße). Sonntag, den 11. Juli, vormittags 10-1 Uhr. Wahlberechtigt sind Eltern oder Erzieher. Wahlausweis mitbringen. Nacht alle von eurem Wahlrecht Gebrauch und wählt die Liste der USV.

Die abtommungsbeachtigten D- und W-Verfahren, die in Leipzig wohnen, traten gestern ihre Kreise nach dem Abstimmungsgebiet an. Sie führen bis Samstag; von hier aus geht es über See nach Ostpreußen. Die Abstimmung findet am 11. Juli statt.

Weber die Krankenkassen bringt das Reichsarbeitsblatt in seiner neuesten Nummer einige Angaben. Danach betrug die Zahl der Krankenkassen am 1. April 1920. Die Krankenkassen hatten im ganzen 4,7 Millionen männliche und 4,2 Millionen weibliche Mitglieder. Diese Zahlen bemessen usw. in welchem hohen Grade auch die proletarische Frau an den bestehenden Differenzen zwischen Krankenkassen und Vorkasse und letzten Endes an der Sozialisierung des Heilwesens interessiert ist.

Der Allgemeine Verband Deutscher Landfrankenkassen, v. B. (Stg. Berlin), der weit über zwei Millionen Versicherte vertritt, hielt vor einigen Tagen in Leipzig seine diesjährige Verbandstagung ab, zu der etwa 400 Vertreter der deutschen Landfrankenkassen aus allen Teilen des Reichs erschienen sind. In der ordentlichen Mitgliederversammlung, in der auch zahlreiche Behörden, u. a. das Reichsarbeitsministerium, vertreten waren, referierte, wie das M. L. B. berichtet, Direktor Dr. Sander vom Reichsarbeitsministerium über das neue Versorgungsrecht, welches die Vorkasse für die Kriegesbeschädigten den Krankenkassen überträgt. Der Direktor des Verbandes, Unger-Berlesberg, besprach die Vorkasse. Er betonte, daß es der bringende Wunsch der Landfrankenkassen sei, endlich einmal in Frieden mit den Ärzten sich zusammenzufinden zu gemeinsamer Arbeit in der sozialen Fürsorge, und hielt es deshalb für notwendig, daß das Verhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten gesetzlich geregelt werde. Vorträge wurden ferner gehalten über die Abänderung der Reichsversicherungsordnung, die Gesundheitskrankheiten, Alkoholismus usw. Ausstellungen der verschiedensten Art fanden in den Nebenräumen des Palmengartens, wo die Tagung abgehalten wurde, statt. Am Donnerstag fand u. a. eine Beschäftigung der hiesigen Ostfrankenkasse statt.

Ein unangenehmes Verfahren. Häufig wird den Verbrauchern nur eine Ware abgegeben, wenn sie eine andre nehmen, die teurer, unbedeuter und daher nicht recht gangbar ist. Das ist unzulässig, was dieser Tage erst wieder das Ernährungsamt in Leipzig bestätigt hat. Es hat einem Verbraucher nachstehende Bescheinigung ausgestellt:

Herr ist berechtigt, auf die Marke 71, auf die es 100 Gramm Butter und 160 Gramm Kofosett gibt, nur die Butter zu entnehmen.

Es ist zweckmäßig, wenn das Ernährungsamt eine dementsprechende allgemein gehaltene Bekanntmachung erläßt, da immer wieder versucht wird, den Käufer zu zwingen, Waren zu erwerben, die er nicht verwenden will und kann.

Von der Strahnbahn. Die Haltestellen Ritterstraße—Crimmische Straße, Ritterstraße—Brühl und Bahnunterführung—Berliner Straße (Baufabrik Wend) werden eingezogen.

Drei Eindreher im Alter von 19 bis 24 Jahren versuchten in der Sonnabendnacht früh 4/8 Uhr in ein Zigarrengeschäft der Kronestraße einzudringen. Sie wurden aber durch den daneben schlafenden Wächter bemerkt, und als sie ihr Vorhaben vereitelt sahen, ergriffen sie die Flucht.

Die Feuerwehr in Tätigkeit. Sonntagvormittag war im Neuen Rathaus ein Personenfahrstuhl zwischen den Stockwerken halten geblieben. Die Feuerwehr deckte die eingeschlossene Personen, indem sie die Fahrbrücke mittelst der Aufzugmaschine weiterbewegte. Weiter fanden mehrere kleine Brände statt.

Knochen- und Kleinstellverkauf. Freibank I Nr. 4861—6650 (6651—6730), Freibank II Nr. 2071—8470 (8471—8520) Müller-Connexion von 8 Uhr ab auf alle Nummern Wälfstschiff Wund 7.50 Mk. Dentische-Verkehr von 8-9 Uhr Nr. 201—300 gehacktes Fleisch, Wund 8.10 Mk. Pohl-Lindenau von 8-9 Uhr auf alle Nummern Wälfstschiff.

Schlachthof, Schäumt II. Täglich von 8 bis 12 Uhr auf Haushaltkarte Ausgabe von einer Dose Kinderjus 7.40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4.80 Mk. sowie dänischer Fleisch-Brühwurst.

Lebensmittellisten für Mittwoch, den 7. Juli.

Für Haushaltungen. Anmeldung. Fleisch; abzugeben Fleischmarken X, Fleischmarkte 17 für Kriegesgefängene. Nahrungsmittel usw. für Kinder bis zu zwei Jahren: Leichter Tag — abzugeben H 1, M 1, N 1, Z 1 der neuen Lebensmittellisten S 1, S 2, S 3. Nahrungsmittel für Schwangere: Leichter Tag — abzugeben SN 1 der neuen Sonder-Lebensmittelliste für Schwangere usw. Kartoffeln; abzugeben Kartoffelmarken H 3/4 3. Ausgabe. Auslandsschweinefleisch für Schwerkrriegesbeschädigte: Ausgabe Leipzig-Lindenau, Quackstraße 2, nachmittags 8-5 Uhr (ein Pfund). Für Händler. Weizenmehl, Hafersfloken: Martenabgabe an den Ömann.

Freigewerkschaftliche Betriebsratzentrale.

Am 5. Juni tagte eine Konferenz der Vertreter der Bezirke und Ortskartelle des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes (Generalkommission) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), um zu dem Aufbau der wirtschaftlichen Räteorganisation auf gewerkschaftlicher Grundlage Stellung zu nehmen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Organisation der Betriebsräte, Referent: Brosat; 2. Die Aufgaben der Betriebsräte, Referent: Körpel (Afa). Ein Antrag von Münchner Delegierten wurde als 3. Verhandlungspunkt bestimmt: Die Lage der Arbeiterschaft.

Brosat erläuterte die im Korrespondenzblatt der Gewerkschaften abgedruckten Richtlinien für die Zusammenfassung der Betriebsräte. Der Bundesvorstand (Generalkommission) und der Zentralvorstand der Afa bilden die Zentrale. Ein Beirat von 17 Personen (12 Arbeiter und 5 Angestellte) dienen dieser Zentrale als Kontrollorgan. Die örtlichen Zentren bilden das Afa und das Gewerkschaftskartell. Auf die Ortsorganisationen als Grundlage der Rätezusammenfassung wird das größte Gewicht gelegt. Die örtlichen Organe bilden der Gruppenrat, Zentralrat, Vollzugsrat und die Vollversammlung der Betriebsräte. Die Zugehörigkeit zu einer Gruppe wird durch die Produktionsart des Betriebes bestimmt, nicht durch den Beruf oder die Fachorganisation. Die Finanzierung müsse durch die Verbände und Kartelle erfolgen. Die Betriebsräte sollen durchaus nicht auf Schritt und Tritt gegängelt werden, doch müsse man, ohne kleinlich zu sein, ein wachsames Auge auf sie haben, damit ihre Entwicklung nicht in verkehrte Bahnen gefahre.

Vorkünftig besteht nicht die Absicht, über die Bezirke der Kartelle hinauszugehen; doch könnten jetzt schon mit Einverständnis der Vorstände Bezirkskongresse einberufen werden. Die ganzen Richtlinien wären nichts Endgültiges; durch die Erfahrung und die praktischen Bedürfnisse müßten sie entsprechend korrigiert werden.

Körpel: Die Gewerkschaften müßten Träger der Betriebsratorganisation sein. In Berlin hat man sich anderthalb Jahre herumgeirrt, ob man sich in der Münzstraße oder in den Zelten oder sonstwo organisieren müsse. In dieser Zeit habe sich der Kapitalismus gestärkt, und die Berliner Betriebsräte und Arbeiter standen nahezu waffenlos einem mächtigen Unternehmertum gegenüber. Das Betriebsratgesetz enthalte in unendlichen Paragraphen glatte Redensarten, die als überflüssiger Unfuss ruhig weggelassen könnten. Dieses Gesetz sei Kampfboden, beschlössen von einer Mehrheit, die durch blürgerliche Parteien beeinflusst wurde. Redner stellt Leitlinie auf für die Arbeiten der Betriebsräte. Die Aufgaben sind:

- Die Einwirkung auf die Produktion ist Aufgabe der Betriebsräte und Obleute.
- Bei der Geschäftsführung greifen die Funktionen der Betriebsräte, der Betriebsobleute, der Arbeiter- und Angestelltenräte ineinander.
- Ebenso ist es bei den sozialen und Berufsaufgaben.
- Die Kenntnis der Betriebe, die nur durch den Gesetzen zusammenhängen, wie Wirtschaftslage, innen- und außenpolitische Verhältnisse, Weltmarkt, Rohstoffquellen, Absatzgebiete, Bedarf und Verbrauch.

Die Trennung dieser Aufgaben durch das Gesetz sei eine künstliche; diese Fragen berühren alle Arbeiter und Angestellten, so daß die Betriebsräte ohne Gewerkschaften unentbehrlich sind. Die Betriebsräte müssen durch ihre gemeinsame Arbeit zu einheitlichen Forderungen in der Ausführung der §§ 66-80 des B.-A.-G. zur Produktion, Kalkulation, Arbeitsbeschaffung usw. kommen. Mit einer scharfen Abgabe an die Betriebsratzentrale in der Münzstraße, die mit gelben Gebilden arbeite, schloß der Redner.

Thomas (Zentralverband der Dachbeder): Durch den Tarifvertrag haben bei uns die Delegierten die Funktionen der Betriebsräte erhalten.

Dihmann (Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes): Das der Konferenz vorgelegte reichhaltige Material kann nicht in der Kürze der Zeit durchgearbeitet werden; deshalb kann auch keine Verpflichtung bestehen, alle Richtlinien anzunehmen. Die Gewerkschaften hätten 20 Jahre gekämpft für die Anerkennung der Arbeiterausschüsse. Deren Aufgaben hätten jetzt die Betriebsräte mit zu erfüllen, deshalb sei die Kontrolle der Tätigkeit der Betriebsräte durch die Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit. Ueber das Gesetz hinaus zu erstrebende Aufgaben der Betriebsräte gehören ebenfalls zu den Funktionen der Gewerkschaften. Dihmann weist auf Kuhlmann hin, wo die Gewerkschaften den Umstellungsprozeß des Wirtschaftlebens vollziehen. Die Betriebsausschüsse haben da nur soziale Aufgaben und unterstützen der Kontrolle der Gewerkschaften. Er bespricht den Organisationsentwurf der Metallarbeiter. Die Betriebsräte müssen bestmöglich durch die Gewerkschaften erfasst werden, und zwar müsse erfolgen:

- eine allgemeine Zusammenfassung aller Betriebsräte,
- eine Zusammenfassung durch den einzelnen Verband.

Diese Betriebsräte müssen den ihnen gebührenden Einfluß auf die Verwaltung des Verbandes erhalten. Gemeinsam arbeiten, als Gleiches mit Gleichem, unter Umgestaltung der Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen, dann werden wir auch das Ziel erreichen.

Schilling (Gewerkschaftskartell Leipzig): Durch Dihmanns Ausführungen ist denjenigen Verwaltungen des Metallarbeiterverbandes der Boden entzogen worden, die glaubten, der Organisationsplan der Metallarbeiter verbiete die gemeinsame Organisation. In Leipzig sind wir mitten in der Arbeit des Aufbaues. Deshalb kommt die Generalkommission reichlich spät mit ihrem Plan. Soweit die Richtlinien für die einzelnen Orte brauchbar sind, wären sie gewiß benutzt worden, schon um eine einheitliche Entwicklung zu erzielen. Eine Verpflichtung könne aber nicht bestehen. Die Finanzierung erfolgt in Leipzig jetzt durch einen Monatsbeitrag von 25 Pfg. Die Ausweisarten der Generalkommission mit ihren bunten Streifen erinnern an die Kompanietrommeln des Militarismus. Das sei Spielerei. Die Bedingung, daß die Gruppenräte mindestens ein Jahr organisiert sein müßten, wäre überflüssig und hemmend. In der Betriebsratorganisation müsse die parteipolitische und gewerkschaftliche Neutralität herrschen. Nur das Bekenntnis zum Sozialismus werde in Leipzig verlangt. Das andere als freigewerkschaftliche Arbeiter und Angestellte in den Gruppenrat gewählt würden, sei in Leipzig nur theoretisch möglich. Aber durch die Betriebsräte und die Gewerkschaften müsse das gesamte Proletariat zu einheitlichen politischen Handlungen gebracht werden, da die Zerstückelung in den sozialistischen Parteien unüberwindlich ist. In den Märztagen hat die Generalkommission offiziell sich zum Sozialismus bekannt. Wenn sie den Kampf dafür aufnimmt, werden die gesamten Arbeiter und Angestellten, die durch die Betriebsratorganisation erfasst werden, nicht folgen. So werden die Gewerkschaften nicht nur die Träger des wirtschaftlichen Räteystems, sondern auch die politische Bewegung des Proletariats.

Ein Vertreter aus Darmstadt weist darauf hin, daß in der Initiative der Kartelle deren Bedeutung liege. Die müssen dauernd durch die Zentrale beeinflusst werden.

Ruff (München): Das Referat Brosats war dürftig, das Problem müsse großzügiger angefaßt werden. In München haben wir 12 Fachgruppen. Die Vorsitzenden der Gruppen und deren Stellvertreter bilden den Zentralrat. Differenzen aus der Befugnis, selbst Verordnungen anzusetzen, haben wir nicht gehabt. Aus der Wichtigkeit der drei sozialistischen Parteien, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, ergebe sich für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, sozialistische Politik zu treiben. Die Angestellten seien in München sehr unzureichend und arbeiten fast nicht mit; nach ihren Erfahrungen könne man nur mit freigewerkschaftlichen Organisationen etwas erreichen.

Vollmershaus (Berlin): Es ist notwendig, daß die Ortsausschüsse, nachdem dieselben Glieder des A. D. G. B. geworden sind, in wichtigen Angelegenheiten gehört werden müssen. Die Erfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften darf unter keinen Umständen dazu führen, sie nur als Gewerkschaftsfunktionäre zu betrachten und den Arbeitgemeinschaften dienlich zu machen. Durch den Entwurf der Gewerkschaftskommission Berlins sei der Bundesvorstand zum schnelleren Handeln gezwungen worden. Nicht die Organisationsform macht den Betrieb zum Mitarbeiter der Umgestaltung des Wirtschaftlebens, sondern der Geist, der herrschend ist. Die Berufsorganisationen dürfen der Entwicklung nicht hemmend im Wege zur Industriegewerkschaft stehen. Mit weitestgehenden Änderungen kann man dem Entwurf zustimmen. Ebenfalls der Entscheidung, wenn sie im ersten Abzug eine Änderung erfährt. Daß der Beirat aus nur wirklichen Betriebsräten gebildet wird, nehme ich ohne weiteres an. Die politische Neutralität der Gewerkschaften gehöre der Vergangenheit an.

Länge (Hamburg): Die Betriebsräte dürfen nicht Organe einer bestimmten politischen Partei sein. Nach diesem Grundsatz haben wir in Hamburg gearbeitet. Einige Arbeitergruppen haben sich bei uns noch abteilt gestellt.

Schenke (Chemnitz): In Chemnitz habe man schon mit der Bezirksorganisation begonnen. Man müsse auch die Betriebsräte mit den geltenden Bestimmungen vertraut machen.

Umbreit (Korrespondenzblatt, Berlin) wehrt die Angriffe auf den Bundesvorstand ab, daß er sehr spät mit dem Entwurf herauskomme. Nicht die Fügigkeit, sondern die Wichtigkeit sei entscheidend. Dihmanns Ausführungen klangen verständlich, doch sei der Entwurf der Metallarbeiter zweideutig, und in Nr. 26 der Metallarbeiterzeitung stände eine Kampfanzeige gegen den Gewerkschaftsbund. Die Mitglieder anderer Organisationen könnten doch nicht durch den Metallarbeiterverband erfasst werden. Doch werden die Redungen überwinden durch die weitere Klärung.

Winkler (Halle): Mitteldeutschland ist neben Berlin der Brennpunkt der Bewegung. Erst Kampf gegen die Wahl von Betriebsräten, und dann demütigen sich dieselben Leute der gewählten Betriebsräte. Die Beschlüsse, welche am 12. und 18. Juni in Halle gefaßt wurden, sind eine Ueberrumpfung; die Gewerkschaften und Kartelle konnten dazu keine Stellung nehmen. Die von Kuhlmann besprochene Plattform, auf die man sich angehen in Berlin geeinigt habe, besteht heute noch nicht. Den Betriebsräten dürfe kein enger Rahmen gesteckt sein, wenn sie Pioniere des Sozialismus sein sollen.

Müller (Leipzig) teilt den Ausführungen von Schilling entgegen. Bei den Angestellten bestände sehr wohl die Gefahr der Wahl Andersorganistischer; Sommer (Bremen) weist auf das Andemokratische des Entwurfs hin, der den Angestellten größere Rechte als den Arbeitern gebe. Schließlich stellt Gram (Eisen) fest, daß eine Einheitlichkeit so weit erreicht sei, daß selbst die ertrottenen Orte mit dem Reingebirge einverstanden seien; die Betriebsräte durch die Gewerkschaften zu erfassen. Im Schlußwort wies Körpel darauf hin, daß die Richtlinien kein hohes System darstellen, sondern nur als Material für die Arbeit dienen sollten. Das Schlußwort Brosats enthielt keine neuen Hinweise.

In der Abstimmung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 5. Juni im Gewerkschaftshaus zu Berlin versammelten Vertreter der Bezirke- und Ortskartelle des A. D. G. B. und der Afa stellen sich auf den Boden des Kampfes um die Richtlinien der beiden Spitzenorganisationen zur Bildung freigewerkschaftlicher Betriebsratzentrale. In Ansehung an das Betriebsratgesetz, dessen Mängel und Hemmnisse für die Arbeiterschaft beseitigt werden müssen, muß der Kampf zur Erringung des vollen Mitbestimmungsrechts und zur Vergesellschaftung der Produktion aufgenommen werden.“

Im derzeitigen Betriebsratgesetz bleiben weite Kreise der in Kleinbetrieben tätigen Arbeitnehmer völlig unberücksichtigt. Schon diese Tatsache bedingt ein inniges Zusammenarbeiten von Betriebsräten, Betriebsobleuten und Gewerkschaften.

Die Konferenz erachtet die dringendste Aufgabe der Betriebsräte in:

- der Einarbeitung in die Warenherzeugung und Warenverteilung,
- der Ausgestaltung der Geschäftsführung nach einheitlichen Gesichtspunkten,
- der Lösung der sozialen und Berufsfragen,
- der Fortführung von volkswirtschaftlicher Ausbildung der Betriebsräte.

Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwendig, in den örtlichen Betriebsratzentralen

- das Material der einzelnen Industriegruppen zu sammeln und einheitlich zu bearbeiten,
- desgleichen die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zusammenzustellen,
- auf diese Weise einen Ueberblick über den Stand der Industriegruppen zu gewinnen,
- durch Vorträge die so gemommene Kenntnis zu verbreiten,
- durch Kurse die Betriebsräte für ihre Aufgabe zu schulen,
- für Verbreitung der Betriebsratzeitschriften zu wirken,
- zur Bearbeitung der sich aus der Geschäftsführung ergebenden Fragen und Differenzen, eine Organisationskommission zu wählen, desgleichen für soziale und Berufsfragen eine Kommission für Sozialpolitik und für die Produktion betreffende Angelegenheiten eine Kommission für Wirtschaftspolitik,
- zu allen Fragen in den Vollversammlungen Stellung zu nehmen, die notwendigen Maßnahmen zu beschließen und für deren Durchführung Sorge zu tragen,
- auf Grund der bei der Durchführung dieser vorgenannten Maßnahmen gesammelten Kenntnis der Lage der Industriezweige gemeinsam mit den Funktionären der Gewerkschaften die Richtlinien für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuarbeiten.

Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabenkreis ist ein getrenntes Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig undenkbar. Nur das enge Zusammenwirken beider Teile der Arbeiterbewegung kann zum Erfolg führen. Je gründlicher die Arbeiter und Angestellten in das Wesen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft eindringen und je sachkundiger sie dem Unternehmer entgegenzutreten, um so unüberwindlicher wird die Macht der Arbeiterklasse.

Ein Antrag, es möge die einjährige Organisationszugehörigkeit als Bedingung für die Wählbarkeit zum Gruppenrat wegfallen, wurde gegen vier Stimmen abgelehnt.

Zu der Forderung nach Einberufung eines Rätekongresses verhielt sich Legien (Generalkommission) nicht ablehnend. Man werde zu gegebener Zeit, wenn der örtliche Aufbau vollendet sei, darauf zurückkommen.

Die Lage der Arbeiterschaft

behandelte besonders Schiller-München, der in eindringlichen Worten die ernste Situation darlegte. Der Bundesvorstand möge zur einheitlichen Aktion aufrufen, um die Lage der Arbeiter ertüchtlicher zu gestalten. Die Ursachen würden durch die Reaktionen geklärt. Ein Redner aus Breslau besprach die Wirkungen der Kohlennot und verlangte ein Eingreifen des Reiches, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Entsprechende Anträge fanden Annahme.

In einer längeren Aussprache über den 23. und 24. Juni 1920 für direkte Steuern eingetretene Werten und nun nicht im Handumdrehen einen Beschluß über eine ungenügend geklärt Frage fassen, könnten. Der Bundesvorstand wurde schließlich beauftragt, bei der Regierung vorstellig zu werden, um eine vorläufige Einstellung des Steuerabzuges zu erreichen.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Sächliche Angelegenheiten.

Weitere Schönheiten des Steuerabzuges.

Der Steuerabzug zellt immer neue Schönheiten. Bekanntlich werden von dem Abzug alle Lohnzahlungen betroffen, ganz unbestimmt darum, wo hoch die später zu zahlende Steuer ist, oder ob der vom Abzug Betroffene überhaupt Steuern zu zahlen hat.

In der Textilindustrie sind noch sehr viele Personen als Heimarbeiter beschäftigt, so beispielsweise in Sachsen, Schlesien, Oberfranken usw., deren Elend erst ganz kürzlich durch besondere Untersuchungen vom Textilarbeiterverband festgestellt wurde. Von diesen Heimarbeitern, besonders den Frauen und Mädchen, Alters- und Invalidenrentnern, wird in sehr zahlreichen Fällen das steuerfreie Existenzminimum nicht überschritten, ja bei weitem nicht erreicht. Es muß bei ihnen also in der Regel Steuerfreiheit eintreten.

Aber auch diesen Armen wird von ihrem künftigen Verdienst 10 Prozent in Abzug gebracht und in Form von Steuermarken in die Steuerkarte eingeklebt.

In Mecklenburg-Greifswalder Industriebezirk wurden derartige Feststellungen gemacht. In diesem Bezirk, so im Müllengrund, also es Frauen, die zu Hause für die Webereien spinnen. Sie sind nicht immer mehr voll leistungsfähig. Der Verdienst schwankt zwischen 10 bis 20 Mk. wöchentlich, wozu noch dienliche Arbeitslosigkeit kommt. Oft hat die Mutter ein Lohnbuch und die Kinder müssen mitspulen auf das Konto der Mutter.

Von dem künftigen Verdienst werden seit dem 25. Juni prompt 10 Prozent in Abzug gebracht. Aufmerksam gemacht, wurde in einem einzigen Dorfe eine ganze Reihe solcher Fälle festgestellt. Eine 60 Jahre alte Witwe, der ihre Schwester mit hilft, verdient in einer Woche oder auch manchmal in zwei Wochen 20 Mk. Abzug 10 Prozent.

Eine alte Frau, die eine Rente bezieht, von der sie in früherer Zeit künftlich zu leben vermochte, die aber heute ein Teintgeld darstellt, spult für die Fabrik, um ihr Leben fristen zu können. Ihr Verdienst mitsamt der Rente erreicht bei weitem nicht eine steuerpflichtige Höhe. Unbarmherzig erfolgt der Steuerabzug.

Und so in unzähligen Fällen. Es ist geradezu ein Skandal. Diese Leute können sich nicht wehren. Als sie aufgefordert wurden, sich gegen den Abzug zu wehren, winkten sie entsetzt ab mit dem Bemerkten: Um Gotteswillen, dann bekommen wir gar keine Arbeit mehr! Und als ihnen erklärt wurde, man wolle versuchen, diesen unhaltbaren Zustand zu beseitigen, baten sie inständig, nur ja alles zu unterlassen, was sie in dieser Hinsicht „kompromittieren“ könnte. Sie fürchten, besonders in dieser Zeit der Krise, die ja in der Textilindustrie besonders mitleid, völlig brotlos zu werden.

Hier ist es Pflicht der zuständigen Behörden, diesem Zustande sofort ein Ende zu bereiten. Der Abzug ist nicht nur ungerecht, er ist unangelegentlich. Der Lohnabzug trifft selbstverständlich nur Steuerzahler. Ist die Pflicht zum Steuerzahlen noch nicht festgestellt, so kann ein Abzug keineswegs erfolgen. Und im Zweifelsfalle zugunsten des Verpflichteten. Das trifft auch hier zu. Steht diese Steuerpflicht nicht fest, so hat man eben abzuwarten, bis sie festgestellt ist. Vorher aber aus Genußwohl jedermann den Abzug zu machen; den zu Unrecht Betroffenen aber auf eine recht unsichere, eventuelle spätere Zurückzahlung zu verzichten, ist eine Maßnahme, die völlig unhaltbar ist.

Es muß ungehämmt Sorge getragen werden, daß diesen Armen der Armen, die nicht die Kraft haben, sich selbst zu helfen und sich zu wehren, nicht noch ein beträchtlicher Teil ihres kargen Einkommens vom Fiskus beschlagnahmt wird.

Unsre Genossen in den Gemeindevertretungen, aber auch in den Parlamenten, wie auch die Gewerkschaftsorganisationen seien auf diese Zustände aufmerksam gemacht.

Gegen den Fleischwucher.

In Lötzen ist eine Delegation von Gewerkschaftskartell und Betriebsräten bei der Amtshauptmannschaft vorstellig geworden und forderte die Beseitigung der Klasse A1 der Schlachtviehpreise bei Kindern und eine allgemeine Verbilligung der Fleischpreise. Die Aussprache ergab, daß die Amtshauptmannschaft nicht in der Lage ist, die Verordnungen des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft zu umgehen. Sie empfiehlt, daß die Delegation mit einem Vertreter der Amtshauptmannschaft in Dresden vorstellig werde. Gleichzeitig hat die Amtshauptmannschaft die Landwirte veranlaßt zu erklären, freiwillig 25 Prozent vom Höchstpreis zurückzugehen. Dadurch soll das Fleisch vorläufig verbilligt und die Würstchen etwas teurer werden, so daß für Kinderleisch für das Pfund 0.40 Mk., für Kalbsfleisch 0.20 Mk. und für Würst 7 Mk. zu zahlen sind. Auch die Regelung der Pferdefleischpreise wurde zugesichert.

Dresden. Ein dreier Raubüberfall wurde hier am hellen Tage ausgeführt. Am Sonnabendvormittag gegen 10 Uhr drangen zwei mit Handaraten und Revolvern bewaffnete Männer in der Tharandter Straße in das Haus des Privatmanns Forting und zwangen den Wohnungsinhaber, den Geldschrank zu öffnen. Die Täter sind mit einem größeren Geldbetrag (purlos) verschwunden.

Zwickau. Die Stadtpetersonen verabschiedeten die Vorlage über die Neubildung der Ratsbeamten und Mitglieder des Stadtrates, wodurch der Stadt eine jährliche Mehrerausgabe von 2,8 Millionen Mark erwächst. Das Gehalt der Stadträte beträgt 12 000 bis 20 000 Mark. Stadtbaurat und Polizeidirektor beziehen 20 000 Mark mehr. Der Bürgermeister erhält 23 000 Mark, der Oberbürgermeister 30 000 Mark Jahresgehalt, wozu überdies noch der Ortszuschlag und 50 Prozent Ausgleich hinzutreten. Die Straßenbahn hatte infolge der Erhöhung der Fahrpreise im vorigen Monat eine Mindereinnahme von 20 000 Mark.

Glauchau. Die Arbeitslosen demonstrierten nach einer kürzlich verlaufenen Versammlung vor dem Rathaus. Sie forderten die Bereitstellung von Rohlandsarbeiten und eine einmalige Beschaffungsbefreiung von 400 Mark.

Reg. Zur Milderung der Wohnungsnot hatten Rat und Stadtpetersonen 340 000 Mark zur Errichtung eines Mietsammlenhauses bewilligt. Ferner wurde der Gemeinnützigen Bauvereins zur Ausführung von 31 Gebäuden mit 60 Wohnungen der städtische Uebereuerungsbeitrag zugesichert. Zu den etwa 4 Millionen Mark betragenden Baukosten will der Bauverein einen hohen Zuschuß gewähren, da die entfallenden Wohnungen hauptsächlich für hiesige Bahnbeamte bestimmt sind.

Bismarck-Gallberg. Die städtischen Kollegien beschloßen in ihrer letzten Sitzung eine Anleihe in Höhe von 1,5 Millionen Mark bei der Kreditanstalt Sächsischer Gemeinden aufzunehmen. Die schwebende Schuld der Stadt beträgt jetzt 1 380 000 Mark.

Limbach. Auf Vorschlag des Schulausschusses stimmte der Stadtrat einer Einschränkung der Lehrmittelfreiheit ab. Michas

Die Steine.

Von Konrad Voelke.

7) „Laten, die zu einem großen Zwecke gehen, können unmöglich einen Stachel im Gewissen hinterlassen. Warum ist mir denn so unbehaglich zumute? Es gibt dafür nur eine Möglichkeit: meine Tat muß unreine Beweggründe haben. Freilich, der Junge war mir widerlich, ich konnte ihn nicht mehr ersehen, ich habe ihn um die Ecke gebracht, um mich von seinem Anblick zu befreien. Ganz sicherlich glaubte ich aber, dem Vaterlande damit zu dienen. Und ich habe auch dem Vaterlande damit gedient. Wenn ich freilich Hans gut hätte leiden können, hätte ich es nicht getan. Ich habe also doch meinen eigenen Vorteil im Auge gehabt. Können Menschen aber überhaupt anders als zum eigenen Vorteil handeln? Die Generale wünschten für das Vaterland zu siegen, aber dann hätten sie sich in ihrem Ruhme gelohnt. Wir alle haben den Sieg gewünscht und haben dafür Entbehrungen ertragen. Aber wir haben das getan, weil uns die gemöhnliche Größe des Vaterlandes in ein Hochgefühl versetzte. Das Hochgefühl ist eine höchst egoistische Erscheinung. Wenn aber eine möglichst große Masse in ein so egoistisches Hochgefühl versetzt wird, dann reden wir von großen, selbstlosen, geistigen Bewegungen. Das Vaterland! Kann der nationale Gedanke ein Ideal sein? Nein, er ist zu begrenzt. Nur ein Hochgefühl, das die ganze Menschheit umfaßt, kann als rein bezeichnet werden. Gehet hin in alle Welt! Mit Gott für König und Vaterland! Könige waren mir immer verhaßt, mit dem Christengott hatte ich nur wenig zu schaffen, du lieber Himmel, soll ich nun auch noch um die nationale Idee gebracht werden? Hans, warum bist du so nachhaftig gewesen! Ich möchte ein germanischer Held sein, nun sehe ich, daß ich ein ganz gewöhnlicher Schwächling bin.“

Um sich Mut zu machen, versuchte er es mit historischer Betrachtung. Alle alten Blutgeschichten fielen ihm ein. Die Christenverfolgungen, das Schlachtfest Karls des Großen, die Nordhellen der Renaissance, die Reherverbrennungen, die Pariser Blutgerichtsbarkeit und das rote Beil der Guillotine, Napoleon, auch die Anzahl derer, die eben im Kriege so nebenher gestorben waren, und die Greuelthaten, die die Völker einander vorwarfen, um sich selbst zu entschuldigen. „Was bin ich für ein Mensch!“ fragte er sich ungetrübter. „Ich frohlockte über die Erstfindung der Giftgase, und jetzt werde ich mit dem wohlthätigen Tode dieses Dioten nicht fertig. Woher kommt das? Wir sind in zweierlei Moral erzogen worden. In einer Blutmoral und in einer Honigmoral. Und der Zwischenraum ist nur mit ein paar Zwirnsträngen überbrückt worden.“

Wenn er sich nur mit jemandem hätte aussprechen können. Mit seiner Frau? Am Gotteswillen! Er bedauerte, nicht katholisch zu sein; der Beichtvater schien ihm eine vorzuziehliche Einrichtung. Eines Sonntags lachte er seinen seit vielen Jahren unbewußten Schred hervor und machte sich zu einem Abgang auf. Seine Frau schlug vor Verwunderung die Hände über dem Kopfe zusammen.

„Was ist nur in den Mann gefahren! Es ist nicht richtig, hier ist ein Geheimnis, das ich dir nicht verbiere.“

Unbehagen kam ihm über die Kirche einermachen verlegt vor. Der Abgang war nicht hart, hier und da war eine Bank ganz leer. Er stellte sich die Erwägungen an. Wenn auch nur ein Prozent der Einnahme für die Armen wäre, wären die Ärmsten Schiff und Emporen überfüllt. Eine Religion, die die Mehrzahl gleichgültig läßt, ist nur noch ein Name. Bisher liegt das freilich nur an den Menschen, die, weil zu beschäftigt, nicht mehr zur Einkehr in sich selber fähig sind.

Der Herrscher sprach vollstimmlich über christliche Frömmlichkeit: „Sorget euch nicht! Gott ist im Regiment und führt alles wohl. Ergreift seine Hand und gebet ihm nach! Eure Beiratsräte sind Menschenwerk. Lebet ihm nach, und ihr werdet zufrieden und glücklich sein.“

Die Einfachheit dieser Predigt heimelte Unbehagen stark an. „Ich hätte ein Vierteljahr früher kommen sollen“, dachte er in der ersten Begeisterung. „Wir sollen das Gute tun, und dann werden wir zufrieden sein. Unsere Lebensform ist zu kompliziert für diese primitive Wahrheit. Ich wollte doch das Gute! Der Blick nach oben gebrütet dazu. Daran hat es mir allerdings gefehlt. Aber zu der gläubigen Hingabe gehört eine ganz besondere Veranstaltung. Ich müßte meinen Vater dafür verantwortlich machen, daß ich nicht fromm bin. Mein Vater hat mir zum Christentum weder zu- noch abgeredet und ich habe die Konfirmationsstunden besucht. Ich hätte also die religiösen Erhebungen erleben können, wenn ich die Veranstaltung dazu gehabt hätte. Das Mittelalter läßt an der Religion nicht ab, diese überlebten Schindeln und Verzerrungen einer ganz einfachen Sache sind lächerlich. Man muß dem Uebernatürlichen ganz ohne Abstrich nachgehen; der Blick in die Luft hindert nicht am Stolpern. Man muß nicht obenhin auswachen wollen, sondern in die dunkeln, geheimnisvollen Tiefen des Menschengeistes hinabsteigen. Wenn mir das gelingt, werde ich Hans vergessen.“

Aber seine schönen Gedanken nützten ihm gar nichts. Er grubelte und versank in alle Abgründe wohlgelegener Mystik, ohne irgendwo festen Fuß zu fassen. Ueberall sah er zu unterst das stumpfsinnige Gesicht seines Sohnes, das wie ein giftiges Gespinnst den Zugang zum Wertheistigen verschloß. Dann zwang er sich leidend und ohne innere Anteilnahme zu seiner Arbeit; er ordnete seine Sammlungen und machte neue Käufe. Das erledigte ihn etwas, aber seine Frau nörgelte über die unnützen Ausgaben und über das Geräusch, das ihr den Weg versperrte. Früher war sie duldsamer gewesen. Glücklicherweise pflegte sie am Nachmittag zu schlafen, und in diesen Stunden überkam Unbehagen ein leidlicher Frieden; denn er hielt dann eine wunderliche Hausandacht ab. Er öffnete die Tür seines Zimmers und lehnte sich an die Wand, ohne sie einzuklinken, an; nun konnte er das sanfte rhythmische Geräusch fallender Tropfen hören; der Hauch der Wasserleitung in der Küche war etwas schadhaft. Nach dieser Vorbereitung suchte er aus seinen Schranken die glänzendsten Stücke seiner Sammlung hervor. Ueber das Gespinnst und Gefunkel der Kristalle und Erze gebeugt, vergaß er seine Sorgen, und der wechselnde Tropfenfall, dem er schwebende Melodien unterlegte, schlüßerte seine Unruhe ein. Er wog und wandte das angeschliffene Handstück eines Labrators und weidete seine Augen an dem leuchtenden, blauen oder goldenen Glanze des Steins. Mit seinem struppigen Bart und seinem lebenden Gesicht glich er in dem zerhörten Schlafrock, der um ihn schlatterte, einem spitzbärtigen Alchimisten. Und er stillerte mit seinen Sähen: Dieser Glanz! Dieses Spiel der Farben! Diese Quintessenz, verschlungene und doch streng geschmähige Wege des gebrochenen Lichtstrahls. Das Allerfeinste leuchtete in den dünnen Schichten des Spates, das Unermeßliche, und doch genau auf milliontel Millimeter Meßbare brennt und wirft Funken im Feuer des Diamanten. Und doch ist es nur ein ungreifbares Nichts, ein Ereignis der glatten Oberfläche. Möglichkeiten schlummern im Stein, die Kristallform weckt sie und sie flammen in Lichtstrahl auf. Dieses geschmähige Gefüge, in dem jedes Atom sein unverrückbares Plätzchen hat! Warum ist der Mensch, das Volk, die Menschheit kein solcher Kristall! Aber der Glanz ist eitel! Der an sich wertlose Korund gibt erst zerstoßen wertvollen Samitgel. Im traumlos süßen Mundbetnen indischer Religionen trippelnd, der Staub der Seelen zum Edelstein. Freilich, dieser

Prozess ist nicht produktiv. Wenn aber jeder Mensch den Willen hätte, sich als ein Baustein in das große Ganze einzuordnen, dann würde auch von uns ein Glanz ausgehen. In den Gesetzen des Staates wird der Versuch dazu gemacht. Ich habe diese, wenn auch vielleicht mangelhaften Gesetze überlesen und bin aus dem Geleise herausgefallen, deshalb weiß ich auch nicht mehr, wohin mit mir.“

(Fortsetzung folgt.)

Max Klinger †.

Nach Michelangelo ist keiner über die Erde gegangen, der so Maler, Musiker, Poet, Kunstschriftsteller, Bildhauer und Radierer mit ganzer Seele und der Kraft eines ungeheuren Könnens war, wie unser heimlicher Meister Klinger. In seinen Arbeitsräumen steht ein mächtiger, prachtvoller Flügel. Nach stundenlangem Vorüberfliegen griff Klinger zuweilen in die Tasten und spielte seine großen Freunde Liszt, Brahms, Beethoven und Wagner. Dann durfte kein Mensch zu ihm, oft tagelang nicht. Dann sind wohl die großen, übermächtigen Gedanken geboren worden, die seinen Werken Paß standen. Während eine Welt den Helden der Geschichte und des Krieges zublickte in den drei Kriegen, die er erlebte, ließ ihn das alles unberührt (ja, erregte in ihm Abstoßen und Ekel, der sich in manchen seiner Bilder ausdrückt). Ihn trieb es zu Brahms, Beethoven, Nietzsche und Lamprucht. Hier erhielt er die Anregungen zu seinem Schaffen. Nicht zuletzt war es aber auch das Elend und die soziale Not seines Volkes, die ihm den Griffel in die nimmermilde Hand drückten. Trotz seiner aristokratischen Weltanschauung trieb ihm sein großes, gerechtes Herz auf die Seite der Not und Entbehrung.

Max Klinger kam am 18. Februar des Jahres 1857 als Sohn eines kunstliebenden, wohlhabenden Mannes zur Welt. Er hatte nicht wie andre seiner Kollegen mit Franzosen und germanischstämmigen Widerwärtigkeiten zu kämpfen, um sich durchzusetzen. Es war bestimmt worden in der Familie, daß er, nachdem er schon als Jahnjäger erstaunliche Leistungen vollbracht, Maler werden sollte. So hatte er unbekümmert um die kleinen Nöte des Tages seinen Neigungen leben können. In der Schule eignete er sich klaffende Bildung an. 1873 ging er zu Gullow nach Karlsruhe und mit diesem 1875 nach Berlin. Adolf Menzel hatte es ihm angetan. Dessen feine, liebevolle Art wirkte auf ihn ein, so daß sich der junge Klinger einem peinlichen, gewissenhaften Naturstudium unterwarf. Er erkannte, daß die feine Beobachtung des Kleinen und Einzelnen die gründliche Kenntnis der Dinge in der Wirklichkeit in ihm förderte und eine notwendige Basis seiner Phantasiekunst bildete.

In der Hohenpetersstraße in Berlin, unterm Dache, hausten Klinger und Genossen. Es war eine Klinkerwirtschaft. Und wenn sie aus waren: Atheisten, Sozialisten, Nihilisten, Anarchisten... eines waren sie alle bestimmt: Egoisten. Ihre Taten waren sanftmütig, toll, krupellos, ehrgeizig, weisfüßig vor Zorn über Wohlstand und Schmelze, schäumend vor Verachtung, ungezogen, ungeschliffen, frech und ungehobelt — kurz: es waren Junge, die gabte Kunsthändler, bettelarm die meisten. Das war Jugend mit der idealen Forderung im Herzen, Jugend mit leuchtender Seele und kraftstrotzenden Vorwärtsträngen. Bis so mancher nachher beim kapitalistischen Ausbeutungssystem, das selbst vor der Kunst nicht halt macht, zum Opfer fiel. Dann sprach das Leben.

Etwas ähnlich freilich hand Klinger in diesem Kreise. Seine Kameraden ließen ihn, denn sie glaubten schon damals an seine zukünftige Reife und Größe. Am liebsten radierete er, und so hat er die alte Griffelkunst wieder zu Ehren gebracht. Sie wurde damals fast nur zur Verweilübung benutzt. Klinger bewies, daß die Griffelkunst wie nichts andres der Phantastische Spielraum gewährt. Das Delbild ist immer etwas in sich abgerundetes. Die Radierung läßt hundert Möglichkeiten der Fortführung des Gedankens offen. So schuf Klinger mit Feinzeile an einer eigenen Ausdrucksform, die er sich mühtig zu eigen machte. Sie wurde seine Sprache.

Eine Eigenart Klingers ist auch der Jollus. Der Jollus war stets der Ausdruck der Denker und Dichter unter den Malern. Diese hatten für die Hülle und Bollständigkeit ihrer Gedanken nicht Raum auf einer Platte, deshalb radieren oder malten sie Folien. Von den verschiedenen Auffassungen seien nur drei erwähnt: Alfred Rethel feigerte die Wucht des Erlebens zum letzten Bild hin, Cornelius wog Bild für Bild gleich schwer ab, Klinger dagegen geht mutwillig, ja launisch vom Hauptthema ab, schweift in die Ferne, kehrt zurück, um das Spiel zu wiederholen. Manchmal sogar beginnt er zu erzählen, ohne die Fortführung zu wissen („Joll“). Seine Zyklen sind labrynthisch, sprunghaft. Sie sind deshalb schwerer zu verstehen als etwa die Zyklen Alfred Rethels.

Max Klinger hat, wie viele der großen Meister, Wandlungen durchlebt, die ihn bis ins Innerste erschütterten. So wurde aus dem verträumten, glücklichen Poeten ein finsterner Bestimmt und Sonderling schwerfüßiger Art. Aus dieser Zeit stammen die Todesphantasien. Hier ist der Mensch Klinger. Unbeglücktes Leid in den Schicksalen der Menschen, zerbrochenes Leben, Tod, Seuche, Pest, Tyrannei, Verurteilung, Wahnsinn und Verzweiflung, Krieg, Mord, Brand und Betrug häufen empor zum Himmel in suchbarer Unselbsterfolge. Aber noch andre Quellen durchweirten den Künstler: das Leid des Weibes und das Zerbrechen des Mannes an Weibe. Wir finden bei ihm nur das zerquälte, in den Staub getretene Ergänzungs- und Zeugungsgeköpfe, die Weibheit am Kreuze. Auch er ringt gleich Rethel mit dem ungeheuren Problem der Erfüllung: Mann und Weib. Auch Klinger ist einsam gewesen. Aber das ist die Probe für die Größe und Echtheit seines Lebenswertes: daß er vermochte, Menschen zu erschauern bis an ihr Leben.

Hans Albert Förster.

Kleine Chronik.

Arbeiter-Bildungsinstitut (A. Kammermusik). Im Gewandhaus war der wärmste Tag dieses Jahres. Aber unbekümmert und ungehindert wie jene drei Männer im feurigen Dien, spielte das Gewandhausquartett im Quintett durch Max Wünsche verfürkt, seinen Schürer vor Leipzigs andächtigstem Publikum. Die gedruckten Erläuterungen mögen manchem eine Hilfe sein — soweit der Genuß der Musik durch „Verständnis“ gesteigert werden kann. Die Wanderer-Fantasia ist ein sehr reiches Beispiel für dieses Problem. Der schwerwichtige, völlig pessimistische Charakter des Wanderer-Liedes wird durch diese Klavierfantasia garabazu verneint und widerlegt, so daß man am Ende doch wohl annehmen muß, nicht der Text des Liedes, sondern lediglich der musikalische Gedanke... Gedanke? das musikalische Motiv — gebe der Fantasia ihren Gehalt. Ich werde bei solchen Dingen immer an einen Oberlehrer erinnert, der es eines Tages als Alterserscheinung suchte, daß er nun zum erstenmal bei Pastor Xens Harmoniumspiel sich dabei ertappt habe, wie er an etwas andres dachte; worauf ein zweiter meinte, er denke bei der Musik immer an etwas andres. Wehmütig liegt es hinsichtlich der Ausführung, der Wiedergabe eines Musikwertes, wobei der Kurzschnapper zur verstandesmäßigen Betrachtung neigt. Hier ist immer wieder Schopenhauer zu zitieren, dessen Betrachtungen über die Musik zu dem tiefsten und treffendsten gehören, was überhaupt geschrieben

worden ist: „Es verdient bemerkt zu werden, daß in der Musik der Wert der Komposition den der Ausführung überwiegt; hingegen beim Schauspiel es sich gerade umgekehrt verhält. Rämlich eine vorzügliche Komposition, sehr mittelmäßig, nur eben rein und richtig ausgeführt, gibt viel mehr Genuß, als die vorzüglichste Ausführung einer schlechten Komposition. Hingegen leistet ein schlechtes Theaterstück, von ausgezeichneten Schauspielern gegeben, viel mehr, als das vorzüglichste, von Stumpfern gespielt.“ — Wozu noch zu sagen wäre, daß die Oper, als eine Verbindung von Musik und Schauspiel, natürlich in der Mitte steht, wie denn sogar jeder Gesang schon anders zu bewerten ist als die Instrumentalkunst. Es kommt also, nach dem Angeführten, wenig auf die „Kassierung“ und das Temperament oder gar das technische Raffinement eines Instrumentalmufflers an; im Gegenteil, es wird von diesen Dingen viel zu viel Aufhebens gemacht, woraus denn jener unsinnige Künstlerstolz resultiert, der über der Wiedergabe fast das Werk verliert. Ueber den Werken Schuberts aber die Wiedergabe vergessen zu machen, das war auch am Sonntag die bemerkswerte Leistung der Streichkünstler, besonders im gewaltigen Quintett, und Josef Pembaurts, besonders in der Fantasie.

Variete. Rämlich Drei Linden. Hier verdient sich bekanntlich Bernhard Widenhain vom Schauspielhaus sein Brot, was ihm niemand verdenken wird, der da weiß, wie schwierig es heute selbst für gute und bekannte Schauspieler ist, die Existenz zu stellen. Mag man immer der Meinung sein, daß geistige Arbeit nicht besser entlohnt zu werden braucht als körperliche, so gehört doch — ganz abgesehen vom Verschwimmen der Grenzen zwischen Körperlicher und geistiger Arbeit — der Schauspielerberuf zu denen, die besondere Aufwendungen erfordern, schon weil im Etat eines Schauspielers die Garderobe vermutlich den größten Posten ausmacht. Es soll also gegen niemanden ein Vorwurf erhoben werden, weil er Vossen spielt wie Keibest, oder finkt wie Unzählige, oder ins Variete geht wie Widenhain. Nur ist leider die majestätische Geschichte, in der er hier auftritt, unheimlich dürftig, so daß selbst das Varietepublikum vor Enttäuschung lange Gesichter zieht. Auch Widenhain kann aus der Rolle des Professors, der mit seinem Radiumsah einen andern fangen will und selbst gefangen wird, schließlich nichts machen. Resultat: man kam zwar, um Widenhain zu sehen und das übrige Programm so mitzunehmen, aber man sah und hörte vielmehr das übrige Programm und möchte das Radium nachher lieber gar nicht mitgenommen haben. Das sonstige Programm bewies rämlich, daß die Leute im Variete mit der Zeit ihre Leistungen in demselben Maße gesteigert haben, wie die der Theater vielfach zurückgegangen sind. Eine feinere Komik ist eingeschoben, die besonders bei gewissen Akrobaten, Zauberkünstlern und Parodisten wohlwollend auffällt und oft geradezu jenen Humor erreicht, den man bei den eigentlichen Humoristen mit ihren gewaltigen Schlägen schmerzhaft vernimmt. Unter den größten Klagen steht sicher mancher Künstler, der mir das materielle und geistige Elend der sogenannten Theater zum Vordruck getrieben hat. Die Krise der Theaterkultur ist ungeheuer und hat vielfach zum künstlerischen Zusammenbruch geführt, vom materiellen ganz zu schweigen. Aber wer an den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung auf Grund einer neuen Ordnung der Dinge glaubt, der wird sich auch für alle Zweige der Kunst eine gewisse Zuversicht bewahren. Wenn nur eben die neue Ordnung der Dinge verwirklicht wird. Sonst könnte man freilich auf alles das hülten, die Gängelkette ausrollen und die Erbsäule ihren kümmerlichen Drehungen überlassen.

Städtische Theater. In der am Dienstag stattfindenden Aufführung der Fledermaus spielt der künstlerische Leiter Josef Groh den Gefängnisdirektor Frank. — Am Dienstag ist in der Aufführung des Waffenschmied die Partie des Georg neu besetzt mit Walter Eichner, ebenso am Freitag in der Berkauffen Braut der Menzel. Ausnahmeweise singt ferner am Dienstag den Grafen Liebenau Walter Zimmer vom Kaufischen Theater in Geza. In der Freischütz-Aufführung am Donnerstag singt Hedwig Borchers zum erstenmal das Knechtchen.

Leipziger Puppenspiele (Rehplah-Hauptrestaurant). 6. bis 11. Juli: Festspielwoche anlässlich der 500. Vorstellung; täglich 4 Uhr: Schneewittchen; 8 Uhr: Genoveva. Die Jubiläumsvorstellung findet am Dienstag um 8 Uhr statt.

Schutz den seltenen Pflanzen! Mitglieder der Naturschutzabteilung des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz unternehmen unter Führung von Professor Dr. Kraumann (Dresden) und Georg Warshner (Dresden) einen Studienausflug nach Gottschea zur Kenntnis der seltenen Pflanzenwelt des östlichen Erzgebirges und zur Beratung über Schutzmaßnahmen zu ihrer Erhaltung. Die Wanderung ging von Gottschea über die Wiswiesen nach Bärenhau, Peterswald, von da über das Friedhöfel und den Nordgrund, wo die Alpenrose in ihren Standorten besichtigt wurde, zu den Sattelbergwiesen über Delsen, die Stadtwiese zurück nach Gottschea. Der Schutz all dieser Herrlichkeiten soll in weitgehendstem Maße unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung durchgeführt werden.

Eingelautene Schriften.

Reclams Universal-Bibliothek. Nr. 6101: Rudolf Hawel, Das Geshirn und andre Geschichten. Nr. 6102: Charles de Montesquieu, Betrachtungen über die Universalmonarchie in Europa. Nr. 6103: Battista Rasi, Ein venezianischer Gefandtschaftsbericht über das Frankreich Marjars. Nr. 6104-05: Ludwig Steub, Die Rose der Sewi. Nr. 6106: Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika. Nr. 6107: Calderon de la Barca, Dame Koboß. Lustspiel. Nr. 6108: Th. Storm, Im Schloß, Peronika. 2 Novellen. Nr. 6109-15: Dr. C. N. Reich, Pflanzenkunde. 1. Bd. Geschichte des Pflanzenstems. Die niederen Pflanzen. Mit 3 schwarzen und 2 bunten Tafeln und 55 Abbildungen. Preis jeder Nummer 1 Mark.

Rut Eisner zum Gedächtnis! Zusammengestellt von W. Thomas unter Mitwirkung der bayrischen Festungsangenen. Verlagsgenossenschaft Volkswille, Augsburg. Preis 80 Pfennig.

Der Arbeiterrat. Seit 28/24. Aus dem Inhalt: M. Sievers, UGB und Rätebewegung. — Tagung der Mitteldeutschen Betriebsräte. — W. Koenen, Wirtschaftsfrage und Betriebsräte. — Preissteigerung. Arbeitsgemeinschaft, Sozialisierung. — A. Ksch, Notizen aus dem Wirtschaftsleben. Dr. Käthe Pfa. Der österreichische Rätekongress. — Die letzte Streikbewegung in Frankreich. — Die neue Irredenta. — Mitteilungen und Bände für die Betriebsräte. Verlag Der Arbeiterrat, Berlin C. 25. Preis der einzelnen Nummer 1 Mk.

Karl Kautsky, Vergangenheit und Zukunft der Internationalen. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 6. Preis 5 Mk.

Josef Bogann, Der weiche Terror in Ungarn. Verlagsgenossenschaft Neue Erde, Wien 7. Preis 16 Mk.

Die Edda. Helmskeder. Uebersetzt von B. J. Gosselberg. Verlag Die Heimkehr, München-Pasing. Preis 10 Mk.

Barbara Ring, Der Weg. Roman. Verlag von Albert Langen, München.

Unwillige Bekanntmachungen.

Kartoffelausgabe.

Falls sich eine Ausgabe von Kartoffeln empfehlen lässt, werden sie in der Verordnungs-woche vom 18. bis 19. Juli 1920 auf die Kartoffelmarken H III 3 und die Kartoffelmarken für Mittelfrüherer und Fremde ausgegeben. Verbrauch wird besonders bekanntgegeben.

Bestrafter: Markenabgabe bis Sonnabend, den 10. Juli.
Rahmenteller: Markenabgabe: Montag, den 12. Juli.
Bezugsgüter (Ka 226) Ablieferung: Dienstag, den 13. Juli.
Gebührenteller: Bezugsgüterentnahme Mittwoch, den 14. Juli.
Ernährungsamt Leipzig, am 6. Juli 1920.

Sparkasse Borsdorf. Tagl. Verzinsung 3% Promont. Tages Nr. 19. Geschäftszeit wochentags 8-2 Uhr. Postfachkonto.

Gemeinde-Sparkasse Liebertowitz.

Unter Verwaltung der Gemeinde.
Einsparungsfähigkeit: 26 329 413 M. 68 Pf.
Rücklagen: 1 287 000
Sparverträge vom 1. Januar bis 30. Juni 1920: 8722 Einzahl. im Betrage v. 3 084 908 M. 28 Pf.
8322 Rückzahl. v. 3 758 849
Tagl. Verzinsung der Einlagen mit 3% Prom. Kollektive Verzinsung und Verwaltung von Wertpapieren. Vermittlung des An- und Verkaufes von minderbekannteren Werten.

Öffnungszeiten: Montags bis Sonnabends v. 8-1 Uhr. Geschäftsszeit der Zweiggeschäftsstellen:
Lützen: Jeden Tag.
Broschleben: (unmittelbar an der Haltestelle der elektrischen Straßenbahn). Jeden Tag.
Wahren: Jeden Tag.
Borsdorf: Jeden Tag vorm. von 8-1 Uhr.
Citzdorf bei der Grotte Leipzig, Neumarkt 85.
Postfach-Ronto Nr. 11430.
Die Sparkassen-Verwaltung.

Verband der Buch- u. Steindruckerei-Hilfsarbeiter

und Arbeiterinnen
Donnerstag, 8. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Saale der Drei Mohren, G.-U., Breitestr.

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Mitteilungen des Vorstandes. 2. Wahl des Obleiters für den neuen Gau Leipzig.
Wahlberechtigt sind alle Mitglieder, die sich mit Verbandsbuch ausweisen und nicht mehr als vier Beitragsrückstände haben. — Ein wahlrechtes Mitgliedsrecht und Wahlrecht verdienen nur solche Mitglieder, die hieron auch ausgiebigen Gebrauch machen; darum Kollegen und Kolleginnen, nehmt vollständig an der Wahlversammlung teil.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Mt. Leipzig, Bezirk Osten. Freitag, den 9. Juli, abends 7 Uhr, im Restaurant Gutenberg, Johannisstraße 10/11. **Dof Bezirksversammlung.** Tagesordnung: 1. Weshalb müssen wir sozialistische Politik treiben und warum können wir keine sozialistische Politik treiben? 2. Genosse Redakteur Lobmann. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Bericht des Obleiters gegen Mitgliederbuch. Gäste willkommen.
Sonnabend, den 10. Juli, Nachmittags nach **Bahnhof-Chenobers.** Gültig abends 7 Uhr vom Lutherdenkmal, Johannisplatz. Kampfansagen und Karten sowie Ueberblätter und Winterfahrkarten mitsubscriben. Für Unterhaltung ist Sorge getragen. Um zahlreiche Beteiligung bitten.
Die Bezirksleiter.

Mt. Leipzig, Bezirk Norden. Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr: **Versammlung im Restaurant zum Weissen, Berliner Str. 24.** Referent: Gen. Krug. Thema wird in der Versammlung bekanntgegeben. Das Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen ist Pflicht.
Die Bezirksleiter.

K. P. D.

Öffentliche Versammlungen:

Deutscher Abend 7 1/2 Uhr: Kleinzschocher, Mitzschkers Festsaal.
Morgen, abends 7 1/2 Uhr: Reichel, Schwarzer Jäger, Großschöcher, Trompeter, Kollmarer, Drei Mohren, Grotte, Gossensschloß, Grotte, Papiermühle.
Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 1/2 Uhr: Zentrum: Panther, Dresdner Straße.
Tagesordnung in allen Versammlungen:
Der wirtschaftliche Zusammenbruch. Kommunistische Partei Deutschlands (Sparkassenbund) Ortsgruppe Leipzig.

Verband der Steinsetzer und Berauligen.

Pillae Leipzig.
Donnerstag, 8. Juli, abends 8 Uhr, im Volkshauses (Zimmer 8):
Halbjährliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Berichte, a) des Vorstandes, b) des Kassierers, c) der Kommissionen.
2. Wahl der auscheidenden Vorstandsmitglieder.
3. Bericht zum Verbandsbeitrag.
4. Stellungnahme zum Volkshaushaus.
5. Geschäftsliches.
Da es Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, in der Versammlung zu erscheinen, ersucht um guten Besuch.
Der Vorstand.

L.-Ost.

Freitag, den 9. Juli, abends 8 Uhr

Grosse öffentl. Versammlung

im Schützenhaus, Sellaerhausen.
Tagesordnung:
Die Konferenz in Spa u. der wirtschaftliche Zusammenbruch
Referent: Reichstagsabg. Friedrich Geyer.
Freie Aussprache.
Arbeiter, Arbeiterinnen, besetzt durch guten Besuch einer lebhaften Interesse.
Der Vorstand des Ortsvereins L.-Ost (U. S. P.).

Unsere Bibliothek

ist wegen Neuankunft auf einige Wochen geschlossen. Noch ausstehende Bücher sind schnellstens abzurufen.

Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte

der U. S. P. D.
Mittwoch, den 7. Juli, abends 8 Uhr
VERSAMMLUNG
im Volkshauses (Gesellschaftssaal).
Tagesordnung:
1. Die historische Entwicklung zum Sozialismus.
Referent: Redakteur Genosse Alfred Herre.
2. Freie Aussprache. — 3. Bericht des Obleiters.
Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Beamten-Ausschuss der U. S. P. D.** NB. Gäre, Frauen und Angehörige unserer Mitglieder gestalten wir uns ebenfalls mit einlaufend.

Metallarbeiter

Verband Metallarbeiter
Freitag, den 9. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Volkshauses
Versammlung
Mittlicher Funktionäre und Betriebsratsmitglieder.
Tagesordnung: Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss u. unsere nächste Arbeit. Zutritt nur gegen Mitgliedsbuch und Funktionärsausweis.
Die Ortsverwaltung.

Bau-Klempner. Mittwoch, den 7. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr: **Versammlung im Volkshauses.** Tagesordnung: Stellungnahme zum Beschluß des Schlichtungsausschusses. Diese wichtige Sache erfordert das Erscheinen aller Kollegen. Die Brandensleitung.
Brandis. Mittwoch, den 7. Juli, abends 7 1/2 Uhr: **Metallarbeiter-Versammlung im Parkschloß.**
Bauschlosser des Ostbezirks. Donnerstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr: **Versammlung im Restaurant August Kuhn in Volkmarstort, Silberstraße 7.** Die Brandensleitung.
Schleifer, Polierer, Galvaniseure. Freitag, den 9. Juli, abends 7 Uhr: **Versammlung im Volkshauses.** Tagesordnung: Brandensangelegenheit. Die Kommission.

Wintergarten

Eilenbahnstraße 58. Fernruf 18195/96

Circus Wolfson.

Die letzte Galavorstellung 6 hochspannende Akte.
Via Ley im Lustspiel in 8 Akten.
Via als Sherlock Holmes.
Und der übrige Spielplan.
Jugendvorstellung.

Lindensfels

Karl-Heine-Straße 50. Fernruf 18195/96
Luise Preußer
Emil Mamelock
im Gesellschafts-drama in 5 Akten: **Herrin ihrer Tat.**
Volte Neumann im Lustspiel in 4 Akten:
Die Frau im Doktorhut.
Jugendvorstellung.

Licht U.T. Spiel

Meinestraße 10. Telefon 8187
Einen Genuss
bietet das glänzende
Doppel-Programm!
10 Akte 10
von hervorragender Schönheit
Lotte Neumann

Inzerate

And nicht an die Redaktion sondern a. b. Expedition b. Zeits. Volkswirtschaft zu richten.
Aufgesuche
Wäsche neu und alt.
Kauf
Kauf alle
Kauf alle
Kauf alle

Film-Palast

L.-Lindenaus, Gauderstraße 31.
Ter 3 Tage bis Donnerstag
New York — Paris.
Der Riesensensationsfilm in 8 Akten.
Spieldauer über 2 Stunden.
Das übrige Programm.

Uhren

Ketten, Schmucksachen
Gehtes Auswahl. Billigste Preise.
Gustav Kaniss
6 Tauchaer Straße 6

Verband der Sattler, Tapezierer u. Portefeuerer

Verwaltungsstelle Leipzig.
Mittwoch, den 7. Juli, abends 7 Uhr:
Lehrlingsversammlung aller Branchen
im Volkshauses, 31. Marktzimmer.
Tagesordnung:
1. Die Ausgestaltung des Berufswesens in unserm Berufe. 2. Bericht des Obleiters.
Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

Markranstädt.

Öffentliche Mieter- u. Einwohnerversammlung
Donnerstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, im Saale der Guten Quoten.
Tagesordnung: 1. Vortrag: Mietsteigerung und Wohnungsmangel. Wie sind dieselben zu beseitigen? Referent: Mieterningungsamtsbevollmächtigter G. Ohnsorge, Velpala. 2. Freie Aussprache. 3. Aufnahme neuer Mitglieder zum Mieterverein. Die Einberufer.

Haarausfall

ein hervorragendes Mittel.
Ein Versuch überzeugt Sie! Einführungspreis 8.- M.
Verkauf u. Vert.: Bayerischer Platz, Ecke Nürnberg. Str.
Institut für Haarleiden.

Familien-Rochrichten

Unsere werten Parteigenossen
Horst Voigt und Frau
nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit.
Ortsverein Schönau.

Für die uns anlässlich unserer **Vermählung** erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten unsere herzlichsten Dank.
L.-Kleinzschocher, Würzburger Strasse 53
Karl Wittenberg und Frau.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, sowie Blumensträuße und Geldspenden bei dem jäherlichen Verlust unsers lieben Sohnes **Walter** sprechen wir hierdurch allen Verwandten, Bekannten und lieben Parteigenossen, meinen lieb. Mitarbeitern der Firma D. R. W. sowie seinem werten Lehrer Herrin nebst lieben Schülern unsern aufrichtigen Dank aus. Dir aber, lieber Walter, rufen wir ein Ruhe laßt in dein frühes Grab nach. L.-Kleinzschocher, den 1. Juli 1920.
Die betrauernde Familie Pfund.

Allen zur Nachricht, daß unsere unvergeßliche Tochter **Gretchen Giersch** nach schwerem Leiden entschlafen ist. Tiefbetrübt
L. 9 5 1 g. Grottestraße 2
Familie Giersch.
Beerdigung Mittwoch, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes.

Am 4. Juli verchied unsere langjährige Kollegin **Frau Gretchen Giersch**
Ihre Andenken werden wir stets in Ehren halten!
Das Gesamtpersonal der
Buchbinderei Breittkopf & Härtel.

Deutscher Buchbinderverband
Am 4. Juli verchied unter langjähriges Mitglied, die Kollegin
Frau Gretchen Giersch
Obere ihrem Andenken! Die Ortsverwaltung.

Metalle!

Felle
Zeitungen kauft
Streubel & Wallach
Gr. Fleischergasse 10

Einkauf

Zeitungen: Bücher
Weißwein, Getreide
Brot, Käse, Fleisch
Käse, Fleisch, Brot
Käse, Fleisch, Brot
Käse, Fleisch, Brot
Käse, Fleisch, Brot

Die Antwort der Moskauer Internationale.

(Fortsetzung.)

2. Die Hauptfehler der USP, und der „Zentrums-Parteien“ überhaupt.

Die Ideologie der Führer der USP ist keine spezifisch deutsche Erscheinung. Auf demselben Standpunkte stehen die Longuetisten in Frankreich, die W.P. in England, die A.S.P. in Amerika. Ihre Eigentümlichkeit ist das beständige Schwanken zwischen dem offenen Sozialverrat vom Typus Koste und der Linie des revolutionären Proletariats, d. h. dem Kommunismus. Diese Fehler fallen wie in folgenden Punkten zusammen:

1. Die Diktatur bedeutet den Sturz der Bourgeoisie durch eine Klasse, das Proletariat, und zwar durch keine revolutionäre Avantgarde. Es heißt in Wirklichkeit, den Gesichtspunkt der Diktatur des Proletariats zu verlassen und tatsächlich auf den Standpunkt der bürgerlichen Demokratie überzugehen, wenn man verlangt, daß die Avantgarde sich erst die Mehrheit des Volkes durch Wahlen in die bürgerlichen Parlamente, in bürgerliche Konstitutionen usw. erwerben müsse, d. h. durch Abstimmung bei Vorhandensein von Lohnsklaverei, bei Vorhandensein von Ausbeutern, unter deren Joch, bei Vorhandensein von Privateigentum an Produktionsmitteln.

So handeln die rechten Führer der deutschen Unabhängigen und der französischen Longuetisten. Diese Parteien wiederholen die Phrasen der bürgerlichen Demokraten über die Mehrheit des „Volkes“ (das von der Bourgeoisie betrogen und vom Kapital nie erhalten wird) und stehen objektiv noch auf der Seite der Bourgeoisie.

2. Die Diktatur des Proletariats bedeutet die Erkenntnis der Notwendigkeit, den Widerstand der Ausbeuter mit Gewalt zu brechen, bedeutet die Bereitschaft, das Vermögen, die Entschlossenheit, dies zu tun. Die Bourgeoisie, sogar die republikanischste und demokratischste (z. B. in Deutschland, in der Schweiz, in Amerika) greift systematisch zu Pogromen, zu Lynchjustiz, zu Morden, zu militärischen Gewalttaten, zum Terror gegen die Kommunisten und in Wirklichkeit gegen alle revolutionären Schritte des Proletariats. Unter diesen Bedingungen auf die Anwendung von Gewalt, auf den Terror zu verzichten, heißt, sich in einen weinerlichen Kleinbürger zu verwandeln, heißt reaktionäre, kleinbürgerliche Mutationen über den sozialen Frieden setzen, heißt konkret gesprochen — Angst vor den Handgegnen des Offiziers haben.

Denn der verbrecherischste und reaktionärste imperialistische Krieg von 1914—1918 hat in allen Ländern, in allen, sogar in den demokratischsten Republiken Zehntausende der reaktionärsten Offiziere erzeugt und in den Vordergrund der Politik gestellt, die den Terror vorbereiten und ihn zum Besten der Bourgeoisie, zum Besten des Kapitals gegen das Proletariat verwirklichen. — Die Reden einiger Führer der Unabhängigen auf dem Leipziger Kongress über die Frage der „moralischen Unzulässigkeit“ des Terrors setzen der Arbeiter in Bezug auf die weihnachtlichen Heiler des Proletariats beweisen, daß diese Führer durch und durch mit kleinbürgerlichen Ansichten durchtränkt sind.

Das Verhalten zum Terror, das die rechten Führer der deutschen Unabhängigen und der französischen Longuetisten in Parlamentsreden, Zeitungsartikeln, in der Agitation und Propaganda offenbaren, ist daher ein vollständiges Vossagen von dem Wesen der Diktatur des Proletariats, ein tatsächlicher Uebergang zur Position der kleinbürgerlichen Demokratie, ist die Demoralisierung des revolutionären Bewusstseins der Arbeiter.

3. Dasselbe bezieht sich auf den Bürgerkrieg. Nach dem imperialistischen Kriege, angesichts der reaktionären Generale und Offiziere, die den Terror gegen das Proletariat anwenden, angesichts der Tatsache, daß schon neue imperialistische Kriege durch die gegenwärtige Politik aller bürgerlichen Staaten vorbereitet werden, und nicht nur bewußt vorbereitet werden, sondern mit objektiver Unvermeidlichkeit aus ihrer ganzen Politik folgen — unter diesen Bedingungen, bei dieser Situation den Bürgerkrieg gegen die Ausbeuter bekämpfen, ihn verurteilen, ihn ablehnen — heißt in Wirklichkeit zum Reaktionär werden. Das heißt, sich vor dem Sieg der Arbeiter, der Zehntausende Opfer kosten kann, fürchten, und ganz sicher ein neues imperialistisches Blutbad zulassen, das mehrere Millionen Opfer kostete und morgen ebensoviel Opfer kosten wird. Das heißt, den reaktionären und gewaltigen Gepflogenheiten und Absichten und der Vorbereitung der bürgerlichen Generale und der bürgerlichen Offiziere tatsächlichen Vorschub leisten.

Derartig reaktionär ist in der Tat die feilsche, kleinbürgerliche, sentimentale Position der rechten Führer der deutschen Unabhängigen wie auch der französischen Longuetisten in der Frage des Bürgerkrieges. Man schließt die Augen angesichts der weißen Garde, ihrer Vorbereitung und Schaffung durch die Bourgeoisie und wendet sich heuchlerisch, parasitisch (ober feige) ab von der Bildung einer roten Garde, einer roten Armee der Proletarier, die fähig wäre, den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken.

4. Die Diktatur des Proletariats und die Rätemacht bedeuten die klare Erkenntnis der Notwendigkeit, den bürgerlichen (wenn auch republikanisch-demokratischen) Staatsapparat, die Gerichte, die Bureaus, die Justiz, wie die militärische, usw. zu zerbrechen, in Stücke zu schlagen. Die rechten Führer der deutschen Unabhängigen und der französischen Longuetisten zeigen weder Erkenntnis dieser Wahrheit, noch alltägliche Agitation in dieser Richtung. Wollschimmer: sie führen die ganze Agitation in entgegengelegtem Geiste.

5. Jede Revolution bedeutet, zum Unterschied von der Reform, eine Krise und zwar eine an und für sich überaus tiefe politische und ökonomische, unabhängig von der durch den Krieg hervorgerufenen Krise. Die Aufgabe der revolutionären Partei des Proletariats ist es, den Arbeitern und Bauern klar zu legen, daß man den Mut haben muß, dieser Krise tapfer zu begegnen und in den revolutionären Maßnahmen die A r a f t u e i l e zu ihrer Überwindung zu finden. Nur durch Überwindung dieser großen Krisen durch revolutionären Entschluß, durch revolutionäre Energie, durch revolutionäre Bereitschaft zu den schwersten Opfern kann das Proletariat die Ausbeuter bezwingen und die Menschheit endgültig vom Kriege, vom Joch des Kapitals, von der Lohnsklaverei befreien.

Einen andern Ausweg gibt es nicht; denn das reformistische Verhalten zum Kapitalismus hat gestern das imperialistische Schlachten von Millionen Menschen und Krisen ohne Ende erzeugt und wird — sie unausbleiblich morgen erzeugen. Diesen Grundgedanken, ohne den die Diktatur des Proletariats eine leere Phrase ist, verstehen die Unabhängigen und die Longuetisten nicht, offenbaren ihn in ihrer Propaganda und Agitation nicht und machen ihn den Massen nicht klar.

Im Gegenteil, sie schüchtern das Proletariat auf alle mögliche Art und Weise ein durch den Hinweis auf die Schwierigkeiten, die die proletarische Revolution nach sich zieht. Objektiv ist jedoch die Wiedergeburt der Wirtschaft nur auf Grund der proletarischen Diktatur denkbar; denn auf kapitalistischer Basis ist möglich nur eine beständige und immer tiefergehende Auflösung. Durch ihre kleinbürgerliche Feigheit ziehen die Führer der USP, den ohnehin qualvollen Prozeß nur in die Länge und vergrößern dadurch die Leiden des Proletariats.

6. Das Sowjetsystem ist die Zerstörung der bürgerlichen Lage. Die Freiheit, die Presse zu besitzen, die Freiheit der Religion und Kapitalisten, Zeitungen zu kaufen, Hunderte von Zeitungen auszugeben und dadurch die sogenannte „öffentliche Meinung“ zu fälschen, — die man „Pressfreiheit“ nennt.

Diese Wahrheit erkennen die Deutschen Unabhängigen wie ihre ausländischen Kollegen nicht; sie handeln nicht nach ihr, sie

aglieren nicht täglich für die revolutionäre Vernichtung jener Unterjochung der Presse durch das Kapital, die die bürgerliche Demokratie fälschlicherweise Pressfreiheit nennt. Da sie einseitige Agitation unterlassen, erkennen die Unabhängigen nur durch Lippenbekenntnis die Sowjetmacht an; in Wirklichkeit sind sie von dem Vorurteil der bürgerlichen Demokratie vollständig beherrscht.

Die Expropriation der Druckereien und Papiervorräte — diese Hauptakte verstehen sie nicht zu erklären; denn sie begreifen sie selbst nicht. Dasselbe bezieht sich auf die Versammlungsfreiheit — diese Freiheit ist eine Lüge, solange die Reichen die besten Gebäude besitzen oder öffentliche Gebäude kaufen — auf die Bewaffnung des Volkes, die Gewissensfreiheit — die Freiheit des Kapitals, ganze Kirchenorganisationen zwecks Betäubung der Massen mit religiösem Opium zu kaufen und zu bestechen — und auf alle übrigen bürgerlich-demokratischen Freiheiten.

7. Die Diktatur des Proletariats bedeutet das Vermögen, die Bereitschaft und die Entschlossenheit, die ganze Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten durch revolutionäre Maßnahmen, durch Expropriation der Ausbeuter auf ihre Seite, auf die Seite der revolutionären Avantgarde des Proletariats, zu ziehen. — Diese sind in der täglichen Agitation der deutschen Unabhängigen (z. B. in der Freiheit) nicht zu finden. Auch bei den Longuetisten sind sie nicht zu finden. — Im besonderen ist diese Agitation unter den ländlichen Proletariern notwendig, unter den Kleinbauern (Bauern, die keine Lohnarbeit ausbeuten, Bauern, die wenig oder gar kein Getreide verkaufen). Diesen Schichten der Bevölkerung muß täglich, einfach, populär, auf die konkreteste Weise klar gemacht werden, daß das Proletariat nach der Eroberung der Staatsmacht unverzüglich auf Kosten der exproprierten Großgrundbesitzer ihre Lage verbessern, sie vom Joch der Großgrundbesitzer befreien, ihnen als einer Klasse große Güter geben, sie von Schulden befreien wird usw. Dasselbe muß der städtischen, nichtproletarischen oder nicht ganz proletarischen werktätigen Masse erklärt werden. — Eine solche Agitation wird von den Unabhängigen nicht geführt.

8. Die Diktatur des Proletariats bedeutet und setzt die klare Erkenntnis der Wahrheit voraus, daß das Proletariat kraft seiner objektiven Lage in jeder kapitalistischen Gesellschaft die Interessen der ganzen Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten aller Halbproletarier (d. h. der von teilweise Verlaß ihrer Arbeitskraft Lebenden), aller Kleinbauern und dergl. richtig vertritt.

Diese Schichten der Bevölkerung folgen den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (darunter auch den sozialistischen Parteien der 2. Internationale) nicht kraft ihrer freien Willensäußerung, wie die kleinbürgerliche Demokratie annimmt, sondern kraft des direkten Betrugs durch die Bourgeoisie, kraft ihrer Unterjochung durch das Kapital, kraft des Selbstbetrugs der kleinbürgerlichen Führer.

Diese Schichten der Bevölkerung (die Halbproletarier und Kleinbauern) wird und kann das Proletariat nur nach seinem Siege, nur nach der Eroberung der Staatsmacht auf seine Seite ziehen, d. h. nachdem es die Bourgeoisie gestürzt, dadurch alle diese Werktätigen vom Joch des Kapitals befreit und ihnen in der Praxis gezeigt hat, welchen Nutzen Befreiung von den Ausbeutern die proletarische Staatsmacht gewährt.

Diesen Gedanken, der die Grundlage und die wesentliche Idee der Diktatur des Proletariats ausmacht, verstehen die deutschen Unabhängigen und die Longuetisten nicht, tragen ihn nicht in die Massen, propagieren ihn nicht täglich.

9. Die Unabhängigen (der rechte Flügel) und die Longuetisten betreiben keine Agitation im Meer (Eintritt ins Meer zwecks Vorbereitung seines Uebergangs auf die Seite der Arbeiter gegen die Bourgeoisie). Sie schaffen keine Organisation zu diesem Zweck.

Sie antworten nicht auf die Gewalttaten der Bourgeoisie, auf deren endlose Uebertrickungen der „Gesellschaft“ (wobei während des imperialistischen Krieges so auch nach dessen Beendigung) durch systematische Propaganda illegaler Organisationen und Schaffung derselben.

Ohne Verbindung von legaler Arbeit mit illegaler, von legalen Organisationen mit illegalen kann von einer wirklich revolutionären Partei des Proletariats weder in Deutschland, noch in Schweden, noch in England, noch in Frankreich, noch in Amerika die Rede sein.

10. Die Grundfrage der sozialistischen Revolution, die Expropriation der Ausbeuter, stellen die rechten Führer unter der Benennung „Sozialisierung“ und stellen sie reformistisch und nicht revolutionär. Das Wort „Sozialisierung“ verleiht die Notwendigkeit der Konstitution, die durch das unerträgliche Joch der imperialistischen Schulden und der Verarmung der Arbeiter hervorgerufen wird, verleiht den Widerstand der Ausbeuter und die Notwendigkeit revolutionärer Maßnahmen des Proletariats zu seiner Unterdrückung. Diese Fragestellung erzeugt, notwendigerweise reformistische Mutationen, die der Diktatur des Proletariats durch aus nicht entsprechen.

11. Die Kommunistische Internationale hält es nicht nur für ungerührt, sondern auch prinzipiell für unzulässig, daß die USP Deutschlands, die tatsächlich die Grundideen der deutschen Spartakisten übernimmt, wobei sie sich diese Ideen zu langsam, inkonsequent und unvollständig aneignet, in den Beschlüssen ihres Kongresses kein Wort über die Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (mit dem Spartakusbund) sagt. Die Einheit des revolutionären Proletariats erfordert solche Verbindung. Man kann jedoch die Diktatur des Proletariats und die Sowjetmacht in Wirklichkeit nicht anerkennen, ohne tatsächliche, erste, gewissenhafte Schritte dazu zu unternehmen, daß die Avantgarde des Proletariats des gegebenen Landes, die durch langen und schweren Kampf (wie gegen die Opportunisten, so auch gegen die Syndikalisten und die angeblich linken Halbmonarchisten) ihre Fähigkeit, die Arbeiterklasse zu einer solchen Diktatur zu führen, bewiesen hat, von allen bewußten Arbeitern unterstützt, ihre Autorität gestärkt, ihre errungene Tradition festhält und entwickelt werde. Der Spartakusbund in Deutschland, der von solchen Führern, wie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, begründet worden ist, ist gerade ein solcher, der die internationale Bedeutung einer Avantgarde erhalten hat, und der Versuch, ihn zu umgehen, wie dies die Unabhängigen in Deutschland tun, ist unmöglich.

Das hängt zusammen mit der Tatsache, daß die Führer der USP Deutschlands wissenschaftlich nicht die Meinung der Arbeitermassen dieser Partei ausdrücken, da sie viel mehr rechts stehen als diese. Mit diesem Uebel, das dem Proletariat in der Epoche von 1889 bis 1919 unerträglich Leid verursacht hat, kann man sich nicht ausöhnen; denn dieses Uebel wird durch das Auseinandergehen von Wort und Tat verhäßt.

Auf solche Weise ist die ganze Propaganda, die ganze Agitation, die ganze Organisation der rechten Unabhängigen und der Longuetisten im großen und ganzen eine mehr kleinbürgerlich-demokratische als eine revolutionär-proletarische. Sie ist passivistisch und nicht sozialrevolutionär.

Infolgedessen erfolgt die „Anerkennung“ der Diktatur des Proletariats, und der Sowjetmacht nur in Worten.

III. Die USP, und die Internationale.

Dieselbe kleinbürgerliche feige Politik betreiben die rechten Führer der USP, auch in Bezug auf die Frage der internationalen Vereinigung des Proletariats.

1. Die rechten Unabhängigen und die Longuetisten vertiefen und entwickeln in den Massen nicht das Bewußtsein der Fäulnis und der Verderblichkeit jenes Reformismus, der tatsächlich in der Zweiten Internationale vorherrschte (1889—1914) und sie zu

grunde gerichtet hat, sondern sie verdunkeln dieses Bewußtsein, verhüllen die Krankheit, anstatt sie aufzudecken. Die Frage des Zusammenbruchs der Zweiten Internationale, eine Frage von größter weltgeschichtlicher Bedeutung, die Ursachen dieses Zusammenbruchs, die Hauptfehler und die Verbrechen der Zweiten Internationale, ihre Rolle in der Eigenhaft eines Hilfskollors bei dem „Wälterbunde“ — alle diese Fragen wurden von der USP gar nicht aufgeworfen. Dadurch verhüllt sie diese Verbrechen und verdunkelt das Klassenbewußtsein der proletarischen Massen.

2. Die Unabhängigen und die Longuetisten verstehen nicht und klären die Massen nicht darüber auf, daß die imperialistischen Mehrgewinne der vorgekehrten Länder diesen erlauben (und gegenwärtig erlauben), die Oberhöhlen des Proletariats zu bestechen, ihnen Broden des Mehrgewinns (den sie aus den Kolonien und der finanziellen Ausbeutung der schwachen Länder ziehen) zuwerfen, eine privilegierte Schicht geschulter Arbeiter zu schaffen usw.

Ohne Enthüllung dieses Uebels, ohne Kampf nicht nur gegen die Aristokratie der Trade-Unions, sondern auch gegen alle Aufseher der Kleinbürgertums der Zünfte, der Arbeiteraristokratie, der Privilegien der Oberhöhlen der Arbeiter, ohne schonungslose Vertreibung der Vertreter dieses Geistes aus der revolutionären Partei, ohne Appellation an die Unterhöhlen, an die immer breiteren Massen, an die wirkliche Mehrheit der Ausgebeuteten kann von einer Diktatur des Proletariats keine Rede sein.

3. Die Unlust oder das Unvermögen, mit dem vom Imperialismus angeführten Oberhöhlen der Arbeiter zu brechen, offenbart sich bei den rechten Unabhängigen und den Longuetisten ebenfalls darin, daß sie nicht für die direkte und bedingungslose Unterstützung aller Aufstände und revolutionären Bewegungen der Kolonialvölker agitieren. — Unter diesen Bedingungen wird Beurteilung der Kolonialpolitik und des Imperialismus zur Heuchelei oder zum einfachen Seufzer eines stumpfsinnigen Kleinbürgers.

4. Während sie aus der Zweiten Internationale austreten und sie in Worten verurteilen (z. B. Crispin in seiner Schrift), streifen die Unabhängigen einem Friedrich Adler, dem Mitglied der österreichischen Partei der Herren Koste und Scheidemann, die Hand hin. — Die Unabhängigen üben in ihrer Mitte Verraten, die alle Grundbegriffe der Diktatur des Proletariats verneinen (Rautsky u. Co.).

Die Unabhängigen haben an der Berner und der Luzerner gefassten Konferenz teilgenommen. Die Unabhängigen haben auch nach dem Leipziger Kongreß ihre Zentralorgan „Freiheit“ in den Händen des Erzrechtens Hilferding, eines Anhänger der gelben Zweiten Internationale, gelassen. Dieses Auseinandergehen von Wort und Tat charakterisiert die ganze Politik der Führer der Partei der Unabhängigen in Deutschland, der Longuetisten in Frankreich. Eben die Führer teilen die Vorurteile der kleinbürgerlichen Demokratie und der reformistisch-demokratisierten Oberhöhlen des Proletariats, entgegen den revolutionären Sympathien der Arbeitermassen, die zum Sowjetsystem neigen.

5. Während die Führer der USP, unter dem Druck der Arbeitermassen mit der Kommunistischen Internationale in Verhandlungen treten, wenden sie sich gleichzeitig an die Parteien der Zweiten Internationale (darunter an die weiße Mannheimer heimliche Sozialdemokratische Finnlands); diese Parteien nennen sie sozialrevolutionär, und sie schlagen der Kommunistischen Internationale vor, sich mit diesen Parteien zu vereinigen.

Dieser hilflose Versuch, noch eine vierte, eine Bastardinternationale zu gründen, ohne klares Programm, ohne feste Taktik, ohne Aussicht auf eine Zukunft, ohne Perspektiven, ist dem Untergang geweiht. Er beweist aber, daß die rechten Führer der Unabhängigen den Beschluß des Leipziger Kongresses ihrer eigenen Partei sabotieren und an eine aufrichtige Vereinigung mit der Avantgarde des ringenden internationalen Proletariats nicht denken.

Im Zusammenhang mit allem Vorhergehenden erklärt der Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale:

a) Die Kommunistische Internationale stellt gegenwärtig die größte Kraft vor, die schon die wichtigsten wirtschaftlichen revolutionären Elemente der internationalen proletarischen Bewegung vereint hat.

In dem ersten konstituierenden Kongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau (März 1919) nahmen folgende Parteien und Organisationen teil. Kommunistische Partei Deutschlands; Kommunistische Partei Rußlands; Kommunistische Partei Deutsch-Oesterreichs; Kommunistische Partei Ungarns; Linke der schwedischen sozialdemokratischen Partei; Sozialdemokratische Partei Norwegens; Sozialdemokratische Partei Dänemarks; Sozialdemokratische Partei Schwedens; Amerikanische J. U. P.; Revolutionäre Balkanföderation (Bulgarische „Tejenjalt“) und Kommunistische Partei Rumäniens; Kommunistische Partei Polens; Kommunistische Partei Finnlands; Kommunistische Partei der Ukraine; Kommunistische Partei Lettlands; Kommunistische Partei Litauens und Weißrusslands; Kommunistische Partei Armeniens; Kommunistische Partei Estlands; Kommunistische Partei der deutschen Kolonien in Rußland; Kommunistische Partei Englands; Vereinigte Gruppe der Ostküste Rußlands; Zimmerwälder französische Linke; Tschechische Kommunistische Gruppe; Bulgarische Kommunistische Gruppe; Südbaltische Kommunistische Gruppe; Englische Kommunistische Gruppe; Französische Kommunistische Gruppe; Amerikanische Liga der sozialistischen Propaganda; Schweizer Kommunistische Gruppe; Sozialdemokratische Partei Hollands; Tunesianer Sektion des Zentralbureaus der Ostküste; Türkische Sektion des Zentralbureaus der Ostküste; Westindianische Sektion des Zentralbureaus der Ostküste; Perische Sektion des Zentralbureaus der Ostküste; Sozialistische Arbeiterpartei Finnlands; Zimmerwälder Kommission; Arbeiterverband Korea.

In den zehn Monaten, die seit dem konstituierenden Kongreß vergangen sind, sind folgende Berichte über die Solidarifizierung mit der Kommunistischen Internationale eingelaufen (wir bemerken, daß unten angeführte Angaben sehr unvollständig sind; in Wirklichkeit sind der Dritten Internationale viel mehr Parteien und Organisationen beigetreten): Am 19. März 1919 wurde der Beschluß des Komitees der Italienischen Sozialistischen Partei in Mailand über den Beitritt in die Kommunistische Internationale gefaßt. — Am 8. April 1919 wurde der Beschluß des Kongresses der Norwegischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei über ihren Beitritt zur Kommunistischen Internationale gefaßt. — Am 10. Mai 1919 erklärten wir die Mitteilung von dem Beitritt des Schwedischen Sozialdemokratischen Frauenverbandes zur Dritten Internationale. — Am 14. Juni 1919 wurde der Beschluß des Komitees der Schwedischen Sozialdemokratischen Partei über den Beitritt zur Dritten Internationale gefaßt. — Am 22. Juni 1919 erklärten wir die Mitteilung des Ausschusses des Kongresses der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei der Tessalien über ihren Beitritt. — Am 20. Juni 1919 erklärten wir die Mitteilung des Ausschusses des Zentralbureaus der Polnischen Kommunistischen Partei über den Beitritt zum Beitritt zur Dritten Internationale. — Am Juli 1919 beschloß der Kongreß der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, der Dritten Internationale beizutreten. Bei dem Neuenbunde sprach sich dafür nur die Minderheit, aber eine sehr bedeutende aus. — Am August 1919 faßte der Kongreß der Sozialisten der Vereinigten Staaten den Beschluß, der Kommunistischen Internationale beizutreten. In Amerika bestehen gegenwärtig zwei kommunistische Parteien, welche gehören der Dritten Internationale an. — Ebenfalls im August 1919 haben wir die Mitteilung von dem Beitritt der Kom-

munftlichen Partei Ofgastzens zur Dritten Internationale er-
halten. — Im September 1919 liefen Nachrichten über die Ver-
einigung der Sozialistischen Partei Esths-Bohringens mit der
Kommunistischen Internationale ein. Diefelben Nachrichten er-
hielten wir in diesem Monat von der Ukrainischen Föderation der
Sozialistischen Parteien in Amerika und über eine Reihe finn-
lischer Arbeiterorganisationen. — Im Oktober 1919 beftätigte der
Kongreß der Italienischen Sozialistischen Partei in Bologna mit
ungeheurer Mehrheit den Beitritt zur Kommunistischen Inter-
nationale. — Am 21. Oktober 1919 lief der Bericht ein über den
Beitritt der Britischen Sozialistischen Partei, der Dritten Inter-
nationale beizutreten. — Am 20. November 1919 erhielten wir
die Nachricht vom Beitritt eines Teiles der Dänischen Sozialisti-
schen Partei zur Dritten Internationale. — Im Dezember 1919
ließ die Nachricht ein über den Beitritt der Böhmisches, der Lot-
ringer und der Mexikanischen Sozialistischen Partei zur Dritten
Internationalen. — In demselben Monat erhielten wir die Mit-
teilung, daß in einer der europäischen Städte ein internationaler
Kongreß der Arbeiterjugend stattfand, an dem die Delegierten
von 220 000 Mitgliedern der Partei teilgenommen haben, und der
einstimmig beschloß, der Kommunistischen Internationale beizu-
treten. — Im Dezember 1919 wurden auf dem Kongreß der Spa-
nischen Sozialisten für die Dritte Internationale 12 500 Stimmen,
gegen dieselbe 14 000 Stimmen abgegeben. — Auf dem Skandi-
nawischen Arbeiterkongreß (Dezember 1919) waren 288 Delegierte
von 300 000 Arbeitern anwesend. Die kommunistischen Resolutio-
nen wurden einstimmig angenommen. — Im Januar 1920 er-
hielten wir den Bericht über den Beitritt der Arbeiterpartei
Schottlands zur Kommunistischen Internationale.

Diese Aufzählung genügt, um zu sehen, daß in den Reihen
der Kommunistischen Internationale schon jetzt die ganze Kwanti-
tät der kämpfenden internationalen Proletariate vereinigt ist.
Die Arbeiterpartei, die aufschicht für die Diktatur des Proletariats
und die Kämpfe kämpfen wollen, können und müssen
sich mit dem Kern vereinigen, den die Dritte Kommunistische In-
ternationale darstellt.

b) Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
ist der Meinung, daß es im Interesse des Erfolges des interna-
tionalen proletarischen Kampfes nicht zulässig sei, unter irgendwelchem
Vorwand und wo es auch sei, noch eine neue Zwischenvereinigung
der Arbeiter zu schaffen, die in Wirklichkeit keinesfalls revolutionär
sein kann. Die Zerspaltung der Kräfte des Proletariats
würde nur im Interesse des Kapitals und seiner Diener, der ge-
wesenen Sozialisten, liegen.

c) Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
hält es für äußerst wünschenswert, mit den Parteien, die sich zum
endgültigen Bruch mit der Zweiten Internationale bereit er-
klären, in Verhandlungen zu treten. Zu diesem Zwecke fordert
das Exekutivkomitee die Vertreter dieser Parteien auf, nach Rus-
land zu kommen, wo das Vollzugsorgan der Kommunistischen In-
ternationale seinen Aufenthalt hat. Wie groß auch die techni-
schen Schwierigkeiten beim Passieren der Grenzen sind, so ist doch
die Hilfe der Delegierten der angeführten Parteien, wie die Er-
fahrung gezeigt hat, möglich.

d) Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
ist sich dessen bewußt, daß infolge der Komplexität der Ver-
hältnisse und der spezifischen Eigentümlichkeiten in der Entwik-
lung der Revolution mit diesen Eigentümlichkeiten streng gerech-
net werden muß. Wir sind durchaus bereit, die Dritte Inter-
nationale zu erweitern, die Erfahrung der proletarischen Be-
wegung in allen Ländern in Betracht zu ziehen, das Programm
der Dritten Internationale auf Grund der Theorie des Marxismus
und der Erfahrung des revolutionären Kampfes in der
ganzen Welt zu korrigieren und zu ergänzen. Wir lehnen aber
entschieden jede Mitarbeiterschaft mit den rechten Führern der
Unabhängigen und der Langzeitisten ab, die die Bewegung zurück
in den bürgerlichen Sumpf der gelben Zweiten Internationale
ziehen.

Indem das Exekutivkomitee den Beschluß des Leipziger Kon-
gresses in dem Teile, der von dem Bruch mit der Zweiten Inter-
nationale spricht, begrüßt, die Delegation der USP zu Verhand-
lungen auffordert, drückt es die feste Überzeugung aus, daß durch
die revolutionäre Erkenntnisfähigkeit der proletarischen Massen
die Reihen der Führer der USP, gestärkt werden, die Partei
zur Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands
gebracht wird und schließlich sich ihre besten Elemente unter dem
gemeinsamen Banner der Kommunistischen Internationale organi-
sieren werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
schickt den aufgestellten Arbeitern Deutschlands vor, diese An-
wort in öffentlichen proletarischen Versammlungen zu erörtern
und genaue und klare Antworten auf die beherrschten Fragen von
den Führern der USP zu verlangen.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale
sendet dem heldenhaften Proletariat Deutschlands brüderliche
Grüße.

Moskau, den 5. Februar 1920.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
Vorstand: G. Sinowjew.

Die U. S. P. und die Internationale

(Bericht des Zentralkomitees über die Ausführung des Leipziger
Parteitagsbeschlusses.)

Um alle jene Legenden über unsere angebliche Verschleppungs-
taktik in der Frage des internationalen Zusammenschlusses, die
teils aus Antenninismus des wahren Sachverhaltes, teils aus Ge-
dankenlosigkeit oder Boswilligkeit in die Welt gesetzt werden,
zu zerstreuen, haben wir uns entschlossen, der Öffentlichkeit einen
Bericht über unsere unausgesetzten Bemühungen zur Durchführung
des Leipziger Parteitagsbeschlusses zu unterbreiten. Dieser Bericht
erscheint zu einer Zeit, wo unsere Kommission vor ihrer Abreise
nach Moskau steht, um dort mit den Vertretern der 3. Inter-
nationale wegen des Zusammenschlusses der Unabhängigen So-
zialdemokratischen Partei Deutschlands mit der 3. Internationale
zu verhandeln. Und wir dürfen annehmen, daß die Verhandlungen
ein gutes Resultat für eine aktionsfähige proletarische revolu-
tionäre Internationale zeitigen werden.

Der Leipziger Parteitag beauftragte das Zentralkomitee,
auf Grund des Aktionsprogramms unserer Partei mit allen
sozialrevolutionären Parteien der andern Länder und mit der
3. Internationale sofort in Verhandlungen zu treten, um durch
Zusammenschluß unserer Partei mit der 3. Internationale und
den sozialrevolutionären Parteien der andern Länder eine aktions-
fähige proletarische Internationale zu ermöglichen. Wie energisch
und wie fortgesetzt das Zentralkomitee an der Durchführung dieses
Beschlusses gearbeitet hat, das geht aus diesem Bericht hervor.

Am 8. Dezember 1919 wurde der Parteitag in Leipzig ge-
schlossen. Schon in Leipzig sprachen wir mit Genossen aus Nor-
wegen und Schweden, und kaum nach Berlin zurückgekehrt am
9. Dezember in Berlin mit linkssozialistischen Genossen aus
Schweden, Norwegen, Dänemark, Rumänien und vom Jüdischen
Arbeiterbund Rußlands über den internationalen Zusammen-
schluß. Dabei wurde besonders mit skandinavischen Genossen dar-
über beraten, in welcher Weise unsere Partei in ihren Bemühungen
mit der 3. Internationale wegen des Zusammenschlusses zu ver-
handeln, vom skandinavischen Exekutivkomitee der 3. Inter-
nationale unterstützt werden könnte. Die skandinavischen Ge-
nosser wollten in ihren Ländern dafür eintreten, daß vom Skandi-
nawischen Exekutivkomitee Vertreter unserer Partei mit Genossen
aus Moskau auf einer Konferenz zusammengeführt würden.

Am 10. Dezember hatten Vertreter des Zentralkomitees
eine Besprechung mit dem Genossen Kadel, der damals vor
seiner Rückkehr nach Rußland stand. Kadel sah in den Beschlüssen
des Leipziger Parteitages eine günstige Grundlage für Verhand-
lungen wegen eines Zusammenschlusses unserer Partei mit der

3. Internationale. Er wollte in Moskau solche Verhandlungen
bestimmten und fördern. Kadel hielt jedoch das skandinavische
Exekutivkomitee nicht für geeignet, eine Konferenz einzuberufen.
Das wäre die Sache des Moskauer Exekutivkomitees der 3. Inter-
nationale. Dies würde den skandinavischen Genossen von Moskau
aus auch gesagt werden, man würde aber keine Preisfrage
daraus machen und sich damit abfinden, wenn die skandinavische
eine Konferenz einberufen wollten. Kadel stellte unser Genossen
eine baldige Antwort auf unser Ersuchen um Einberufung einer
Konferenz in Aussicht.

Am 15. Dezember sandte das Zentralkomitee unser
Partei folgendes Schreiben an 19 ausländische Parteien und
Gruppen:

Zwei Beschlüsse unseres außerordentlichen Parteitags, der
vom 30. November bis zum 8. Dezember 1919 in Leipzig tagte,
sind von besonderer Bedeutung nicht nur für die revolutionäre
Arbeiterbewegung in Deutschland, sondern auch für die Arbeiter-
bewegung in allen Ländern, wo das Proletariat um seine Be-
freiung ringt.

Der Parteitag hat einstimmig ein neues Aktionsprogramm
beschlossen, in dem für die Tätigkeit unserer Partei die Grund-
züge des revolutionären marxistischen Sozialismus klar formuliert
sind. Wir fügen einige Exemplare dieses Aktions-
programms bei. Es ist daraus ersichtlich, daß die Unabhängige
Sozialdemokratische Partei Deutschlands unerschütterlich an
dem selbständigen proletarischen Klassenkampf festhält, daß sie
die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse
erstrebt und für die Diktatur des Proletariats auf der Grund-
lage des Rätesystems eintritt. Unsere Partei hat wiederholt
bestanden, daß sie auf dem Boden des Rätesystems steht und daß
sie schon vor der Eroberung der politischen Macht alle Bestre-
bungen der Räteorganisation unterstützt, sie als proletarische
Kampforganisation für den Sozialismus auszubauen.

Der zweite bedeutende Beschluß des Parteitages war die
Annahme der ebenfalls beigefügten Resolution zur Frage der
Internationalen. Diese Resolution wurde mit 227 gegen 64
Stimmen angenommen. Damit hat unsere Partei sich endgültig
von der 2. Internationale losgelöst. Gleichzeitig hat der Partei-
tag das Zentralkomitee beauftragt, auf Grund des oben-
erwähnten Aktionsprogramms mit der 3. Internationale und mit
den sozialrevolutionären Parteien der andern Länder in
Verhandlungen zu treten, um einen Zusammenschluß unserer
Partei mit der 3. Internationale und den sozialrevolutionären
Parteien der andern Länder herbeizuführen und so mit der
3. Internationale eine aktionsfähige Internationale zu ermög-
lichen.

Im Sinne des uns gewordenen Auftrages wenden wir
uns hiermit an die 3. Internationale und an die sozialrevolutionä-
ren Parteien der andern Länder mit dem Vorschlag, etwa im
Februar 1920, wenn möglich in Deutschland oder in Oesterreich,
eine vorbereitende Besprechung zu veranstalten, die sich mit der
Frage der Internationale beschäftigen soll.

Wir geben bei unserm Vorschlag von der Voraussetzung
aus, daß die 3. Internationale und die sozialrevolutionären
Parteien der andern Länder mit uns dahin zu wirken en-
tschlossen sind, daß sich das revolutionäre Proletariat aller Län-
der zu einer geschlossenen Front zusammenschließt, um der immer
mehr erhaltenden internationalen kapitalistischen Reaktion
wirksam entgegenzutreten und den Sozialismus zum Siege
zu führen.

Wir bitten, unsern Vorschlag zur Kenntnis zu nehmen und
uns über die Aufnahme des Vorschlages so rasch wie möglich
Mitteilung zu machen.

Das Schreiben wurde einmal auf indirektem Wege nach
Moskau geschickt und außerdem dem Genossen Kadel persönlich
überreicht, damit er es in Moskau ablesere.

Wir gingen in unserm Schreiben unter Befolgung des
Parteitagsbeschlusses von der Ansicht aus, daß sich zunächst Be-
treter aller sozialrevolutionären Parteien, die bereit wären, mit
der 3. Internationale zu brechen und sich mit der 3. Internatio-
nale zusammenzuschließen, zu einer vorbereitenden Besprechung
zusammenschließen sollten. Bei dieser Gelegenheit sollte auch eine
Verständigung über die Einberufung einer internationalen Kon-
ferenz und über die Grundzüge der Zulassung der einzelnen Par-
teien und Gruppen erzielt werden. Zu diesen Zusammenkünften
sollte von den Moskauer Genossen aufgefordert werden. Deutsch-
land oder Oesterreich hätten wir aus Gründen der Kostenfrage
(Saluta) für internationale Zusammenkünfte vorgeschlagen.
Durch unser Schreiben wurde eine lebhafte Korrespondenz zwischen
uns und den vielen ausländischen Parteien ausgelöst. Dazu kamen
zahlreiche persönliche Ausdrücken mit Sozialisten aus den ver-
schiedensten Ländern.

Am 2. Januar 1920 hatten wir die Nachricht von der nor-
wegischen Arbeiterpartei in unsern Händen, daß sie
für eine Konferenz sei und bereit wäre, die Arrange-
ments dafür zu übernehmen; wenn die Konferenz in Skandi-
nawien stattfinden würde. — Am 5. Januar erhielten wir einen
Brief von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, in
dem angeknüpft wurde, daß sie einen Vertreter nach Berlin zu
einer Aussprache mit uns senden werde. Am selben Tage ging
ein Telegramm des Wiener Berichterstatters des Avantl bei uns
ein mit der Mitteilung, daß der Parteivorstand der italie-
nischen Sozialistischen Partei zu unserm Schreiben Stellung
nehmen werde. — Am 7. Januar traf von der Independent Labour
Party Englands die Bestätigung über den Eingang unser
Briefes ein und die Meldung, daß die englischen Genossen sich
mit unserm Vorschlag beschäftigen werden. Am 8. Januar teilte
uns die Sozialistische Partei Frankreichs mit, daß sie zu
ihrem nächsten Parteitag ebenfalls zur Frage der Internationalen
Stellung nehmen werde. Für eine Konferenz hielten die fran-
zösischen Genossen ein neutrales Land am geeignetsten. Weitere
Berichte wurden erbeten. — Die britische Sozialistische Partei
lehnte in einem Brief, den wir am 19. Januar erhielten, eine
Teilnahme an einer Konferenz ab und empfahl sofortigen An-
schluß an die 3. Internationale. — Am 18. und 14. Januar hatten
wir eine Aussprache mit einem Vertreter der schwedischen
Sozialdemokratie in unserm Parteibureau in Berlin. Es han-
delte sich dabei um eine Aussprache über unser Parteitagsre-
solutions zur Frage der Internationale. — Die schwedischen
Linkssozialisten ludigten uns am 16. Januar an, daß sie einen
Vertreter nach Berlin schicken würden, der sich mit uns über die
Frage der Internationale aussprechen wolle. Am 16. Januar traf
ferner eine Einladung von den französischen Genossen zu
einer Aussprache mit uns und schweizerischen Genossen in
Bern ein. — Die dänischen Linkssozialisten teilten uns am
18. Januar mit, daß sie sich an einer Konferenz beteiligen wol-
den. — Interessante Einblicke in die Verhältnisse der Arbeiter-
bewegung in Finnland gaben uns zwei Briefe. Den einen
erhielten wir am 20., den andern am 27. Januar. Der erste kam
von finnischen Linkssozialisten und machte Angaben über eine
wachsende linkssozialistische Bewegung in Finnland, die den
Wunsch habe, auch mit unsrer Partei in Verbindung zu treten.

Die offizielle Partei sprach die Hoffnung aus, daß es immer
noch gelingen könnte, die 2. Internationale zu einem guten Werk-
zeug für den internationalen Klassenkampf zu machen. Die eng-
lische Independent Labour Party teilte am 22. Januar mit, daß
sich die Gesamtleitung ihrer Partei mit der Frage der Inter-
nationale beschäftigen werde.

Auch sie wünschte eine Konferenz in einem neutralen Lande.
Am 20. bis 25. Januar hatte ein Vertreter unserer Par-
tei in Bern Besprechungen mit einem Vertreter der französischen
Sozialdemokratie und der schweizerischen Parteileitung. Diese
Aussprache diente dazu, sich gegenseitig über die Stellung der
verschiedenen Parteien zur Frage der Internationale und über
die politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern näher zu
unterrichten. Von der Absicht, eine Konferenz der westeuropäischen
sozialistischen Parteien, die sich von der 2. Internationale los-
gelöst haben oder losgehen werden, zu berufen, hat unser Vor-

stand keine direkte Verbindung mit dem Zentralkomitee finden
konnte. Ich werde in Moskau berichten, daß der erste Brief dem
Zentralkomitee nicht erreicht hat.

Crispian: Bei einem nächsten Durchlesen des Briefes
bemerkte ich eine Reihe von Fragen, die beantwortet werden sollen.
Ist die Verantwortung dieser Fragen die Voraussetzung, daß über-
haupt Verhandlungen mit der Moskauer Internationale statt-
finden können?

Borodin: Es wäre gut, wenn Sie mir die Antwort auf
diese Fragen geben könnten. Ich beabsichtige, in ein bis zwei

Wochen, Abstand zu nehmen. Es liegt im Interesse eines rascheren
und glatteren Zusammenschlusses mit der 3. Internationale, wenn
Einberufungen von internationalen Konferenzen von den Mos-
kauern Genossen ausgehen. Die Moskauer Genossen seien von
uns darum eruchtet worden und es müsse bald eine Antwort von
ihnen da sein. Es erfolgt dank auch in Bern eine Verständigung
darüber, die Antwort aus Moskau abzuwarten. Am
12. Februar besuchte uns Genosse Trewellan von der eng-
lischen Independent Labour Party in unserm Bureau
in Berlin. Der Genosse kam nicht im offiziellen Auftrag der
Partei; er befand sich auf einer Informationsreise und berichtete,
daß die englischen Genossen unsere Beschlüsse zur Frage der In-
ternationale nicht kritisiert hätten, daß sie unsere besondere Situation
berücksichtigen und dementsprechend tätig sein wollten. Am
18. Februar ging abermals ein Brief von der englischen Indepen-
dent Labour Party bei uns ein, in dem die Veranstaltung einer
internationalen Konferenz angeregt wurde. Dem Brief war die
Absicht eines Schreibens an die Schweizer Partei beigelegt,
das in demselben Sinne gehalten war. Am 24. Februar traf eine
Einladung der 3. Internationale angebotenen linkssozia-
listischen Partei Dänemarks zu ihrem Parteitag bei uns ein.
Wir beauftragten einen unser Genossen mit der Vertretung
unserer Partei. Unser Delegierter konnte aber nicht die Ein-
reiseerlaubnis nach Dänemark erhalten. Am 12. März
hatte das Zentralkomitee eine eingehende Besprechung mit dem
Genossen Souvarine aus Paris, der zur Richtung vor-
schritt, über die Frage der Internationale. Am 10. Mai wurden
wir von der norwegischen Arbeiterpartei zu ihrem Kongreß
eingeladen. Auch diesmal konnte die Einreiseerlaubnis nach
Norwegen für unsern Vertreter nicht zeitig genug beschafft werden.

Aus dieser gedrängten Uebersicht, die keineswegs schon die
ganze internationale Korrespondenz und alle internationalen Be-
ziehungen umfaßt, ist ersichtlich, daß wir unablässig bemüht
waren, die internationalen Beziehungen wieder inniger zu ge-
stalten. Wir haben auf alle Briefe ausländischer Parteien regel-
mäßig umgehend geantwortet und sind außerdem bemüht ge-
wesen, durch Versand und Abgabe von Broschüren, Flugblättern
und ähnlichem Material in den andern Ländern Aufmerksamkeit
über die Verhältnisse in Deutschland zu verbreiten. Unser Pressebrief
geht regelmäßig an eine Reihe ausländischer sozialistischer
Zeitung. Aus Moskau kam keine Antwort. Dadurch er-
gab sich ein gewisser Stillstand in der Förderung der interna-
tionalen Beziehungen. Wir einten immer wieder davon ab, eine
internationale Konferenz abzuhalten, die nicht von Moskau ein-
berufen würde. Wir wollten die Verhandlungen mit der Dritten
Internationalen nicht komplizieren und auch den Schein ver-
meiden, als bestände die Absicht, eine Internationale neben der
Dritten zu erstellen. Im Januar regte Genosse Dittmann an,
in Moskau anzufahren, warum wir auf unser Schreiben
noch keine Antwort bekommen hätten. Auf Vratens des
Genossen Stocker wurde davon Abstand genommen,
weil das Eintreffen der Antwort aus besonderen Gründen ver-
zögert sein könnte.

Im Februar wurde die Frage der Internationale in einer
Sitzung des Zentralkomitees, des Bezirks und der
Kontrollkommission unserer Partei erneut eingehend be-
rätet. Es wurde festgestellt, daß alle Maßnahmen auf diesem Ge-
biet einstimmig beschlossen worden waren und daß die Zeit
ihrer Durchführung einstimmig Billigung fand. Die
Sitzung beschloß, eine Kommission nach Moskau zu senden mit dem
Auftrag, an Ort und Stelle wegen des Zusammenschlusses mit der
Dritten Internationale zu verhandeln. Bei unserer Rückkehr
mit einem maßgebenden Vertreter der Volkswirtschaft wegen der
Einreiseerlaubnis nach Rußland wurde uns erklärt,
daß wir uns zunächst ein Beschwörungsschreiben des Moskauer
Sekretariats beschaffen müßten. Da uns weder die Mit-
glieder noch die Adresse des Sekretariats mitgeteilt wurde,
so mußten wir uns durch die Vermittlung eines russischen Genossen
schriftlich an das Sekretariat wenden. Auf unser schriftliches Er-
suchen an das Westeuropäische Sekretariat, unsere Bemühungen um
die Einberufung einer Kommission nach Moskau zu unterstützen,
haben wir gar keine Antwort bekommen.

Dann kam der 13. März. Das Niederringen der Kapp-Pöb-
linge nahm alle unsere Kräfte in Anspruch. Trotzdem fanden wir
Zeit, selbst während dieses gewaltigen Kampfes, am 10. März
uns in Berlin mit dem französischen Genossen Mikra
über den Stand der internationalen Fragen auszusprechen. Wieder
boten wir, die Absicht einer Einberufung einer internationalen
Konferenz für die westeuropäischen sozialistischen Parteien zurück-
zustellen. Es mußte doch endlich eine Antwort aus Moskau kommen.

Die Bemühungen der sozialistischen Parteien, der Arbeiter-
und Angehörigen-Organisationen, einer russischen Soldateska,
besonders im Ruhrgebiet, Zügel anzulegen, waren noch im Gange,
als uns am 9. April der russische Genosse Borodin
besuchte. Borodin übergab uns einen Brief des Westeuro-
päischen Sekretariats der Kommunistischen Internatio-
nale vom 8. April 1920. Dieser Brief, dem ein Schreiben des
Exekutivkomitees der Kommunistischen Internatio-
nale vom 5. Februar 1920 beilag, enthält die Mit-
teilung, daß das Westeuropäische Sekretariat den Auftrag erhalten
hätte, uns das Schreiben der Dritten Internationale zuzustellen.
Einige Antworten unserer Partei an die Exekutivkomitee der Dritten
Internationalen sei das Sekretariat bereit zu vermitteln. Doch
schickte auch in diesem Brief die Adresse des Westeuropäischen Sekre-
tariats. Auf unsre Frage an den Genossen Borodin, ob er uns
die Adresse mitteilen könne, antwortete dieser, daß er das nicht
könne, er würde uns aber die Adresse in den nächsten Tagen
bestimmt bringen. Genosse Borodin hat uns die Adresse des West-
europäischen Sekretariats nicht gebracht. Die Art, wie wir am
9. April 1920 zu der Antwort der Dritten Internationale vom
5. Februar 1920 auf unser Schreiben vom 15. Dezember
1919 gekommen sind, sei hiermit durch die Wiedergabe der Auf-
zeichnungen unserer Unterredung mit dem Genossen Borodin mit-
geteilt:

Aussprache des Parteivorstandes mit dem Genossen Borodin.
Crispian: Ich möchte Sie fragen, woher Sie kommen, in
welchem Auftrage und welche Mission Sie zu uns führt. Sie über-
brachten uns einen Brief der Moskauer Internationale. Ist dieser
Brief schon veröffentlicht oder für uns allein bestimmt? Warum
erhalten wir ihn so spät?

Borodin: Ich komme von dem Exekutivkomitee der
Dritten Internationale. Ich bin auf dem Wege nach Moskau
und habe hier in Deutschland einen Brief der Moskauer Exeku-
tive vorgelesen, der augenscheinlich eine Antwort auf den Leipzi-
ger Beschlusses darstellt. Dieser Brief hat aus dem einen oder
andern Grunde Ihre Partei nicht erreicht. Ein früherer Brief
wurde in einer privaten Unterhaltung einigen Mitgliedern der
Unabhängigen Partei vorgelesen, aber ein ausführlicherer Brief
aus Moskau kam erst vor drei oder vier Tagen hier an. Ich be-
schloß sofort, hierher zu kommen, Ihr Zentralkomitee zu infor-
mieren und zu erfahren, welchen Standpunkt das Zentralkomitee
gegenüber diesem Briefe einnimmt. Der Grund der Ver-
spätung des Eintreffens liegt in der schlechten Verbin-
dung mit Moskau, da diese Verbindung nur durch Kurie
hergestellt werden kann. Dieser Brief wurde keinem ein-
zigen gezeigt, sondern dies ist die erste Stelle, wohin der Brief ge-
bracht wurde.

Crispian: Wo befindet sich der erste Brief?
Borodin: Es ist möglich, daß das Westeuropäische Sekre-
tariat keine direkte Verbindung mit dem Zentralkomitee finden
konnte. Ich werde in Moskau berichten, daß der erste Brief dem
Zentralkomitee nicht erreicht hat.

Crispian: Bei einem nächsten Durchlesen des Briefes
bemerkte ich eine Reihe von Fragen, die beantwortet werden sollen.
Ist die Verantwortung dieser Fragen die Voraussetzung, daß über-
haupt Verhandlungen mit der Moskauer Internationale statt-
finden können?

Borodin: Es wäre gut, wenn Sie mir die Antwort auf
diese Fragen geben könnten. Ich beabsichtige, in ein bis zwei

